



SGB II – Folien

von Harald Thomé

Referent für Arbeitslosen- und Sozialrecht

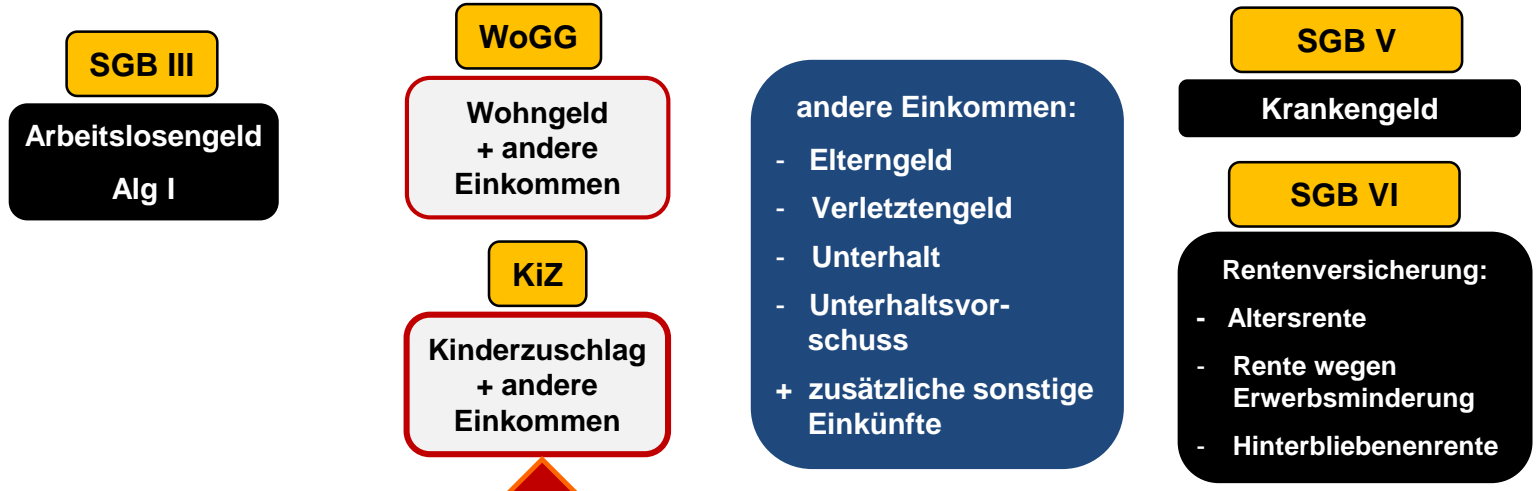
www.harald-thome.de

Stand: 02. Februar 2022

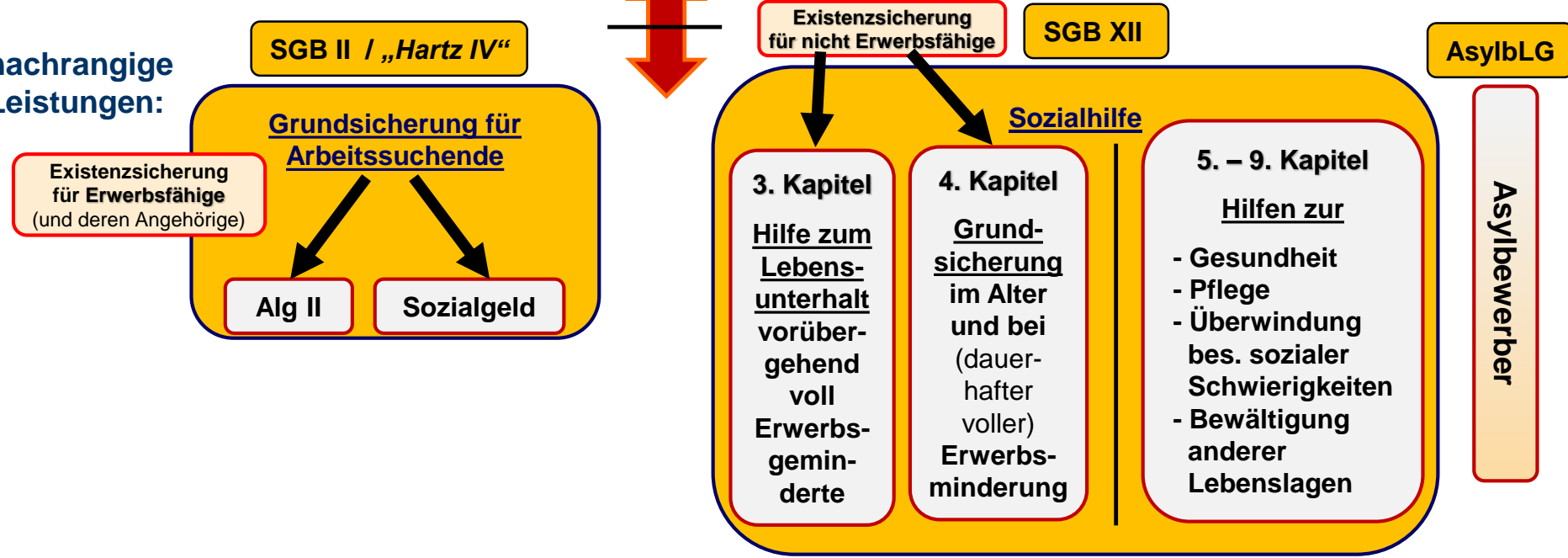
Foliengliederung	Folienseite
Überblick Leistungssysteme	Folie 2
Antragstellung	Folie 3 - 6
Beweissichere Zugänge u. Beratungspflicht	Folie 7 - 10
Mitwirkungspflicht u. Anspruchsdurchsetzung	Folie 11 - 14
Leistungsberechtigte und Ausschlüsse	Folie 15 - 21
Regelleistungen u. Mehrbedarfe	Folie 22 - 34
Bildung u. Teilhabe	Folie 35 - 37
KdU u. Auszug U-25'er	Folie 38 - 58
Einkommen u. EK-Bereinigung	Folie 59 - 87
Beispielsrechnung	Folie 89 - 93
Vermögen	Folie 94 - 96
Einstehengemeinschaft / BG / Rausfall von U-25ern aus BG	Folie 97 - 105
Haushaltsgemeinschaft	Folie 106 - 107
Erstausstattung, Schwangerenbedarfe u. unabweisbare Bedarfe	Folie 108 - 119
Überprüfungsverfahren	Folie 120
Abkürzungsverzeichnis	Folie 121
Leitfadenwerbung und Nachwort	Folie 122 - 123

Überblick: System der sozialen Sicherung

vorrangige Leistungen:



nachrangige Leistungen:



Beginn des Verfahrens im SGB II

Der Anspruch auf SGB II-Leistungen entsteht durch einen Antrag. Der Antrag ist an keine Form gebunden (§ 9 SGB X iVm § 37 Abs. 1 S. 1 SGB II). Jede schriftliche, mündliche oder fernmündliche Erklärung, die das Begehren auf Leistungen erkennen lässt, ist ein wirksamer Antrag. Eine eigenhändige Unterschrift ist nicht erforderlich (LSG NRW 14.9.2017 - L 19 AS 360/17). Daher kann der Antrag auch »unschriftlich« per Mail, Fax usw. gestellt werden.

Die Leistungsträger sind verpflichtet, den wirklichen Willen des Antragstellers zu erforschen und das Begehren des Antragstellenden auszulegen (BSG 28.10.2009 – B 14 AS 56/08 ER; allg. Beratungspflicht § 14 SGB I, besondere nach § 14 Abs. 2 SGB II) und den Antrag entsprechend auszulegen (§ 2 Abs. 2 SGB I) und dafür Sorge zu tragen, dass sachdienliche und vollständige Anträge gestellt werden (§ 16 Abs. 3 SGB I).

Wirkung eines Antrages im SGB II

- Ein SGB II - Antrag **wirkt auf den Monatsersten zurück** (§ 37 Abs. 2 S. 2 SGB II).
- Der ALG II-Antrag umfasst **alle Rechtsanspruchsleistungen**, diese können rückwirkend ab Antragstellung, maximal ab **Januar**, des **jeweiligen Vorjahres** geltend gemacht werden (§ 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB X iVm § 44 Abs. 4 SGB X iVm § 40 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB II).

Gesondert beantragt werden müssen folgende Rechtsanspruchsleistungen (§ 37 Abs. 1 S. 2 SGB II):

- **Darlehen bei unabweisbarem Bedarf** (§ 24 Abs. 1 SGB II)
- **Erstausstattung der Wohnung**, einschließlich Haushaltsgeräten und **Bekleidung** (§ 24 Abs. 3 Nr. 1 SGB II)
- **Schwangerenbekleidung** und **Babyerstattung** (§ 24 Abs. 3 Nr. 2 SGB II)
- Eigenanteile bei Anschaffung u. Reparatur von **orthopädischen Schuhen**; **Reparatur und Miete von therapeutischem Gerät und Ausrüstungen** (§ 24 Abs. 3 Nr. 1 SGB II), im Kern: **Brillenreparatur** (BSG 25.10.2017 - B 14 AS 4/17 R)
- **Nachhilfeunterricht** im Rahmen vom Bildung und Teilhabepakets (§ 28 Abs. 5 SGB II)

Sowie:

- **Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung** (§ 21 Abs. 5 SGB II), sind nach BSG Rechtsprechung ebenfalls gesondert zu beantragen (BSG 20.2.2014 - B 14 AS 65/12 R).

Die Regeln des § 16 SGB I:

Abs. 1: Ein Antrag soll beim **zuständigen Leistungsträger** gestellt werden (§ 16 Abs. 1 S. 1 SGB I).

Abs. 2: Ein Antrag kann aber auch bei unzuständigen **Leistungsträgern** (Sozialamt, Jugendamt, Krankenkasse, Versorgungsamt ...) und **Gemeinden** (Bürgermeister, Gemeindebüro, Rathaus, städtische Migrationsberatung oder Streetworker vom Jugendamt), sowie **amtlichen Vertretungen der BRD im Ausland** gestellt werden (§ 16 Abs. 2 S. 2 SGB I).

Der bei der unzuständigen Stelle gestellte Antrag **gilt ab Eingang als gestellt** und ist von der unzuständigen Stelle unverzüglich **weiterzuleiten** (§ 16 Abs. 2 SGB I).



Ansonsten gilt: Behörden sind zur Entgegennahme von Anträgen und Erklärungen verpflichtet, sie dürfen sie nicht deshalb verweigern, weil sie sie für unzulässig oder unbegründet halten (§ 20 Abs. 3 SGB X).

Aussagen wie „wir haben 4, 6 oder 8 Wochen Zeit den Antrag zu bearbeiten, vorher müsse dieser nicht bearbeitet werden“ **entbehren jedweder Rechtsgrundlage** und sind **rechtswidrig**. Hierbei kann es sich nur um interne Verwaltungsvorgaben handeln, die gegen geltendes Recht verstoßen.

Abs. 3: „Die Leistungsträger sind verpflichtet, darauf hinzuwirken, dass unverzüglich klare und sachdienliche Anträge gestellt und unvollständige Angaben ergänzt werden“ (§ 16 Abs. 3 SGB I).

Diese »Hinwirkungspflicht« bedeutet: dass Menschen, die nicht in der Lage sind den Antrag selbst auszufüllen (**psychische Belastung, Analphabetismus, der deutschen Sprache nicht mächtig sind**) **nicht weggeschickt werden dürfen**. Im Rahmen der Hinwirkungspflicht haben die Leistungsträger zunächst zu prüfen, ob sie den Antrag **selbst vervollständigen** bzw. Support zur Vervollständigung geben oder der Berechtigte **verbindlich an dritte Stellen** weitergeleitet werden muss, wenn dieser Dritte eine Leistung für die Verwaltung erbringt, ist diese **selbstverständlich auch zu bezahlen**.

- ➔ Nach **EU-Recht** dürfen **EU-Bürger*innen** und **Drittstaatler*innen** u. deren Angehörigen, mit rechtmäßigen Wohnsitz in einem EU-Land, im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit aufgrund ihrer Sprache bei der Beantragung von „Leistungen der sozialen Sicherheit“ **nicht diskriminiert und benachteiligt** werden (Art. 2 883/2004 iVm Art. 81 S. 1 VO 883/2004; VO (EU) Nr. 1231/2010, exakte Rechtsquellen: <https://t1p.de/1gp9>, 1.3.1, Seite 8).

Das bedeutet: wird in einer fremden Sprache vorgesprochen, darf die Behörde mit Verweis auf „Amtssprache Deutsch“ die Kommunikation ablehnen. Entweder muss dann ein Übersetzer organisiert werden oder es muss in der fremden Sprache gesprochen werden (§ 19 Abs. 2 S. 2 SGB X) in **dieser Sprache** gesprochen werden. Im Zweifel sind **kostenfreie Übersetzungen vorzunehmen** und **Dolmetscherdienste anzubieten** (BA Handbuch Interner Dienstbetrieb, 14. Übersetzungsdienste und Kommunikationshilfen Rn 1.2.1). Wurden Übersetzungskosten vom Antragsteller erbracht **sind** diese vom Jobcenter zu **erstatten** (BA Weisung 201611028 vom 21.11.2016, 4.2) Quelle BA Weisung 201611028 vom 21.11.2016: <https://t1p.de/o3a9>

Hinweis: Im SGB II sind die Regelung der VO 883/2004 anzuwenden. In anderen Rechtsgebieten ist § 19 Abs. 2 SGB X und § 87 Abs. 2 AO anzuwenden. Wenn eine Übersetzung nach § 19 Abs. 2 S. 3 SGB X von Amtswegen getätigt wird, sind mit Blick auf die fluchtbedingten, finanziellen Möglichkeiten der Leistungsberechtigten **keine Kosten geltend zu machen** (BA Handbuch Interner Dienstbetrieb, 14. Übersetzungsdienste und Kommunikationshilfen Rn 1.3.2.2).

Dezidierte Unterlagen und Informationen im „**Handbuch Interner Dienstbetrieb**“ von der BA, Stand: 9/2021, Kap. 14. Übersetzungsdienste und Kommunikationshilfe, hier zum Download: <https://t1p.de/1gp9>

- ➔ **Hinweis für Menschen in Optionsjobcentern:** Dort gelten natürlich nicht die Weisungen der BA, die dort beschriebene Rechtslage aber sehr wohl.

Beweissicherer Zugang von Anträgen und Unterlagen

Allgemeines Phänomen ist, dass in Jobcentern eingereichte Anträgen und Unterlagen regelmäßig verloren gehen. Den Antragstellenden obliegt die **Beweispflicht über das Einreichen**, es wird daher empfohlen sich um beweissichere Zugänge zu kümmern. Nachfolgende kommen in Frage:

1. Möglichkeit:

Schriftliche Eingangsbestätigung beim Jobcenter

Im Sozialrecht gibt es kein normiertes Recht, aus dem sich der Anspruch auf Eingangsbestätigung mittelbar ergibt, der Anspruch könnte sich aber aus den Untätigkeitsfristen bei Anträgen und Widersprüchen (nach § 88 SGG) ableiten lassen. Die BA hat mit Weisung vom 20.06.2018 (Weisung 201806011) klargestellt:

*„Die BA befürwortet die Ausstellung von Eingangsbestätigungen durch Jobcenter trotz fehlender gesetzlicher Verpflichtung **auf ausdrücklichen Wunsch der Leistungsberechtigten** sowie für fristwahrende Schreiben wie Widersprüche und Anträge“.*

Download der Weisung: <https://t1p.de/1oww>. Mit Schreiben vom 19.11.2021 an Tacheles hat die BA Zentrale den Fortbestand des Anspruchs auf Eingangsbestätigung bestätigt: <https://t1p.de/ahj0>, nochmals bestätigt wurde dies in der Weisung zum Sozialschutzpaket zu § 67 (Stand: 26.01.2022 Nr. 2.7. Abs. 2, Download: <https://t1p.de/yI8d>)

→ Sollten Jobcenter Eingangsbestätigungen ablehnen, sollten solche Vorgänge zur fachaufsichtsrechtlichen Klärung der BA Zentrale vorgelegt werden.

2. Möglichkeit:

Qualifizierte Faxübersendung

Ein Faxsendebericht mit Verkleinerung der ersten Seite beweist, dass und welches Schriftstück versandt wurde und das es angekommen ist, bei mehreren Seiten empfiehlt sich ein Anlagenverzeichnis. Das BSG erkennt die Faxübersendung **als bewiesenen Zugang an** (BSG 20.10.2009 – B 5 R 84/09 B).

3. Möglichkeit:

Zugang per „einfacher“ E-Mail

Die **Übersendung per einfacher E-Mail** an die vom Jobcenter öffentlich angezeigten oder benutzten E-Mails gilt als **bewiesener Zugang**. Im Bestreitensfall muss zum Nachweis ein Ausdruck aus dem Postfach „Gesendete Nachrichten“ aus dem die korrekte E-Mail des Jobcenters ersichtlich wird vorgelegt werden (BSG 12.7.2019 - B 14 AS 51/18 R; LSG NRW 14.9.2017 - L 19 AS 360/17).

Beweissicherer Zugang von Anträgen und Unterlagen

4. Möglichkeit:

Zeugenbeweis bei Einschmeißen in Behördenbriefkasten

Das Einwerfen des Schriftstücks oder Unterlagen in den behördlichen Hausbriefkasten gilt auch als „bewiesener Zugang“ wenn es unter Zeugen erfolgt. Ein solcher Zeuge sollte mitbekommen, welche Unterlagen in den Briefumschlag eingefügt wurden und das Einwerfen sehen. Hilfreich wäre auch ein Vermerk in den Unterlagen, aus dem sich ergibt welche Unterlagen, wann und in welchen Briefkasten geschmissen wurden. Der Zeuge sollte möglichst nicht Leistungsbezieher der gleichen Bedarfsgemeinschaft sein.

Das Einschmeißen in einen gelben Briefkasten ist kein bewiesener Zugang, das filmen des Einschmeißens im Jobcenterbriefkasten ist ebenfalls kein Beweis.

5. Möglichkeit:

Übersendung über ein De-Mail-Konto, Bürger-EGVP-Konto oder eBO - Konto

Unterlagen gelten als **bewiesen** versendet, wenn über ein **DE-Mail Postfach**, über ein **Bürger-EGVP-Konto** (elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach) oder über das ab dem 1.1.2022 eingeführte **eBO** (elektronische Elektronisches Bürger- und Organisationenpostfach) in der Versandoption „absenderbestätigt“ versendet wurden.

Beratungspflicht nach dem SGB I:

„Jeder hat Anspruch auf Beratung über seine Rechte und Pflichten nach diesem Gesetzbuch. Zuständig für die Beratung sind die Leistungsträger, denen gegenüber die Rechte geltend zu machen oder die Pflichten zu erfüllen sind“ (§ 14 SGB I).

Besondere und verschärfte Beratungspflicht nach dem SGB II:

„¹Leistungsberechtigte Personen erhalten Beratung. ²Aufgabe der Beratung ist insbesondere die Erteilung von Auskunft und Rat zu Selbsthilfeobliegenheiten und Mitwirkungspflichten, zur Berechnung der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und zur Auswahl der Leistungen im Rahmen des Eingliederungsprozesses. ³Art und Umfang der Beratung richten sich nach dem Beratungsbedarf der leistungsberechtigten Person“ (§ 14 Abs.2 SGB II).

Anspruch auf Beratung haben **natürliche** und **juristische Personen**, also nicht nur Leistungsberechtigte, sondern auch Nichtleistungsberechtigte, wie Beratungsstellen, Angehörige, unabhängig von Wohn- und Aufenthaltsort oder Nationalität (FW zu § 14 SGB I, 1.1, Download: <https://t1p.de/dc9n>). Die Beratungspflicht soll sicherstellen, dass jeder Einzelne die ihm eingeräumten sozialen Rechte verwirklichen kann (Knickrehm / Kreikebohm / Waltermann, Kom. zum Sozialrecht 7. Aufl., § 14 Rn 1.2)

Die Beratung erfolgt entweder auf Grund eines auch formlos geäußerten Beratungsbegehrens, also **auf Antrag** oder von **Amtswegen**. Von Amtswegen immer dann, wenn sich die Beratungsnotwendigkeit aufgrund der Fallgestaltung der Behörde erschließt = **Spontanberatung**.

Spontanberatung bedeutet: die Verpflichtung der Behörde **aus dem Einzelfall sich ergebende**, rechtliche für den Leistungsberechtigten **günstige** und auch **nachteilige Fallgestaltung** von Amtswegen **hinzuweisen zu müssen** (ständige Rspr. BSG 4.9.2013 - B 12 AL 2/12 R; BSG 18.1.2011 - B 4 AS 29/10 R; BGH 2.8.2018 – III ZR 466/16).

Bei **Verletzung der Beratungspflicht** oder **sonstiger behördlicher Pflichten** hat die geschädigte Person einen **Korrekturanspruch** gegenüber dem Sozialleistungsträger. Das können erfolgen in Form von:

- **Amtshaftung** nach § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG
- **sozialrechtlicher Herstellungsanspruch** (das ist die Amtshaftung im Sozialrecht, entwickelt durch Rechtsprechung)

Beide Regelungen **sind Folgenbeseitigungsansprüche** der Bürger*innen gegenüber dem Staat. Voraussetzung ist immer eine **Pflichtverletzung** der Behörde, die für den Schaden ursächlich verantwortlich ist, beispielsweise nicht rechtzeitige Leistungssachbearbeitung oder eine **falsche** oder **unterlassene Beratung**.

Beispiele für Spontanberatung aus der Praxis

Die Behörde ist verpflichtet einen Hinweis auf günstige und auch nachteilige Fallgestaltungen zu geben. Beispielsweise auf Stellung:

- eines Weiterbewilligungsantrages,
- eines Antrages auf Einstiegsgeld bei anstehender Arbeitsaufnahme (§16b SGB II),
- eines Antrages auf Schwangerenbekleidung, Babyerstaussattung oder Jugendbett,
- ein Antrages auf Krankenkost bei verzehrenden Krankheiten,
- wie ausländische Pässe finanziert werden können,
- was zu tun ist, wenn die Ausländerbehörde nicht erreichbar ist oder
- ohne Personalausweis oder Kontoauszüge SGB II – Leistungen gezahlt werden können

→ **Beispiel aus der Rspr für sozialrechtlichen Herstellungsanspruch:** durch rechtswidrige Leistungsver-sagung im SGB II entstandene **Mahn-**, **Zins-** und **Gerichtskosten** sind als Kosten der Unterkunft zu übernehmen (Bayerisches LSG 18.1.2021 - L 16 AS 654/20 B ER; LSG Baden-Württemberg 27.6.2014 - L 9 AS 1742/14, Rn. 56)

Die **Amtshaftung** stellt auf einen **Ersatz entstandener Kosten** ab. Der **sozialrechtliche Herstellungsanspruch** ist dann anzuwenden, wenn der entstandene Schaden durch ein **zulässiges Verwaltungshandeln noch korrigierbar** ist.

In beiden Fällen ist die geschädigte Person **grundsätzlich so zu stellen, wie sie stünde, wenn die Behörde pflichtgemäß gehandelt hätte** (Art. 34 GG, § 839 BGB, Umfassend dazu: BGH 2.8.2018 – III ZR 466/16).

*„Im Sozialrecht bestehen für die Sozialleistungsträger **besondere Beratungs- und Betreuungspflichten**. Eine **umfassende Beratung** des Versicherten ist die Grundlage für das Funktionieren des immer komplizierter werdenden sozialen Leistungssystems. Im Vordergrund steht dabei nicht mehr nur die Beantwortung von Fragen oder Bitten um Beratung, sondern die **verständnisvolle Förderung** des Versicherten, das heißt die **aufmerksame Prüfung** durch den Sachbearbeiter, **ob Anlass besteht**, den Versicherten auch **von Amts wegen auf Gestaltungsmöglichkeiten** oder **Nachteile hinzuweisen**, die sich mit seinem Anliegen verbinden“ (Pressemitteilung BGH Nr. 130/2018).*

Beratungsunterlassungsfehler kommen im Bereich der Jobcenter massenhaft vor.

Mehr dazu unter: <https://www.staats-haftung.de>

§ 60 SGB I - Angabe von Tatsachen

(1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat

1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen.

(2) Soweit für die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

§ 61 SGB I - Persönliches Erscheinen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers zur mündlichen Erörterung des Antrags oder zur Vornahme anderer für die Entscheidung über die Leistung notwendiger Maßnahmen persönlich erscheinen.

§ 62 SGB I - Untersuchungen

Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, soll sich auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers ärztlichen und psychologischen Untersuchungsmaßnahmen unterziehen, soweit diese für die Entscheidung über die Leistung erforderlich sind.

§ 63 SGB I - Heilbehandlung und § 64 SGB I - Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben, sind ebenfalls Mitwirkungspflichten, haben aber im Existenzsicherungsbereich kaum Relevanz.

Die Beschaffung von Kostenvoranschlägen oder Gutachten gehört nicht zu den Mitwirkungspflichten nach § 60 Abs. 1 Nr. 3 SGB I (Mrozynski, SGB I, 5. Aufl., § § 65a Rn 14, 60 Rn, 24)

Antragstellung / Grenzen der Mitwirkung

§ 65 SGB I - Grenzen der Mitwirkung

(1) Die Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 64 **bestehen nicht**, soweit

.....

2. ihre Erfüllung dem Betroffenen aus einem **wichtigen Grund** nicht zugemutet werden kann oder
3. der Leistungsträger sich durch einen **geringeren Aufwand als der Antragsteller** oder Leistungsberechtigte **die erforderlichen Kenntnisse selbst beschaffen** kann.

§ 66 SGB I - Folgen fehlender Mitwirkung

- (1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach den §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird **hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann** der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung **ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind**. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise **absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert**.
- (3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, **nachdem** der Leistungsberechtigte auf diese Folge **schriftlich hingewiesen worden ist** und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer **ihm gesetzten angemessenen Frist** nachgekommen ist.

§ 67 Nachholung der Mitwirkung

Wird die **Mitwirkung nachgeholt** und liegen die **Leistungsvoraussetzungen** vor, **kann** der Leistungsträger Sozialleistungen, die er nach § 66 versagt oder entzogen hat, **nachträglich ganz oder teilweise erbringen**.

→ Das BSG stellt klar, dass die Aufklärung des Sachverhaltes »**erheblich**« erschwert sein muss, diese liegt nur vor, wenn die Aufklärung des Sachverhaltes durch die fehlende Mitwirkung unmöglich gemacht wird (BSG 26.11. 2020 – B 14 AS 13/19 R).

Rechtsfolgen bei Nachholung der Mitwirkung:

Wird die Mitwirkung nachgeholt, ist dies eine „*Änderung Zugunsten des Leistungsberechtigten*“ im Sinne des § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB X. Hier sind im SGB II - Leistungen **zukünftig** (§ 48 Abs. 1 S. 1 SGB X) und **rückwirkend** (§ 40 Abs. 2 Nr. 3 SGB II iVm § 330 Abs. 3 SGB III iVm § 48 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB X) zu erbringen.

Zunächst die Rechtslage:

§ 88 SGG (Sozialgerichtsgesetz)

(1) Ist ein **Antrag** auf Vornahme eines Verwaltungsakts ohne zureichenden Grund in angemessener Frist sachlich nicht beschieden worden, so ist die Klage nicht vor Ablauf von **sechs Monaten** seit dem Antrag auf Vornahme des Verwaltungsakts zulässig. Liegt ein zureichender Grund dafür vor, dass der beantragte Verwaltungsakt noch nicht erlassen ist, so setzt das Gericht das Verfahren bis zum Ablauf einer von ihm bestimmten Frist aus, die verlängert werden kann. Wird innerhalb dieser Frist dem Antrag stattgegeben, so ist die Hauptsache für erledigt zu erklären.

(2) Das gleiche gilt, wenn über einen **Widerspruch** nicht entschieden worden ist, mit der Maßgabe, dass als angemessene Frist eine solche von **drei Monaten** gilt.

§ 42 SGB I - Vorschüsse

(1) ¹Besteht ein Anspruch auf Geldleistungen dem Grunde nach und ist zur Feststellung seiner Höhe voraussichtlich längere Zeit erforderlich, **kann** der zuständige Leistungsträger **Vorschüsse zahlen**, deren Höhe er nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt. ²Er **hat** Vorschüsse nach Satz 1 zu zahlen, wenn der Berechtigte **es beantragt**; die Vorschusszahlung beginnt **spätestens nach Ablauf eines Kalendermonats** nach Eingang des Antrags.

§ 41a SGB II - Vorläufige Entscheidung

(1) Über die Erbringung von Geld- und Sachleistungen **ist vorläufig zu entscheiden**, wenn

1. zur Feststellung der Voraussetzungen des Anspruchs auf Geld- und Sachleistungen voraussichtlich **längere Zeit erforderlich ist** und **die Voraussetzungen für den Anspruch mit hinreichender Wahrscheinlichkeit vorliegen** ...

Satz 3: Eine vorläufige Entscheidung ergeht nicht, wenn Leistungsberechtigte die Umstände, die einer sofortigen abschließenden Entscheidung entgegenstehen, zu vertreten haben.

Hinweis zur Rechtslage im SGB XII:

Im 4. Kap. des SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) gelten die Regeln der vorläufigen Leistungsgewährung nach § 44a Abs. 1 Nr. 1 SGB XII (ähnlich SGB II). Im 3. Kap. Des SGB XII (Sozialhilfe) gilt nur das Vorschussrecht des § 42 SGB I.

Antragstellung / Wege zur schnellen Zahlung

Wie schnell die Behörde zu reagieren hat, ergibt sich **aus dem Einzelfall** und dem **Umfangs der Hilfebedürftigkeit**. Im Einzelfall ist **sofort zu reagieren**.

Im Kern sollte immer erstmal ein **»Akutantrag«** gestellt werden, so dass die Behörde in die Lage versetzt wird, die **Notlage zu erkennen** und **einzelfallbezogen zu handeln**. In dem Antrag sollte der **Bedarf**, die Gründe der **Aktheit** so genau wie möglich dargelegt werden und durch **notwendige Dokumente glaubhaft gemacht** werden.

Ein solcher Akutantrag ist juristisch ein



Antrag auf vorläufige Leistungsgewährung nach § 41a Abs. 1 Nr. 1 SGB II / **Vorschuss** nach § 42 Abs. 1 S. 2 SGB I

und sollte auch so genannt werden. **Wichtig ist dabei** natürlich die Wahl des Kommunikationsweges weil viele Jobcenter ziemlich abgeschottet sind.

Grundsätzliche Interventionspunkte:



Einschaltung von **Vorgesetzten** (Teamleiter, Abteilungsleiter)



Einschaltung von **Kundenreaktionsmanagement, Beschwerdemanagement, Bürgerbeauftragte**



Einstweiliger Rechtsschutz beim Sozialgericht (§ 86a Abs. 1 SGG) über Rechtsanwalt oder Rechtsantragstelle beim Sozialgericht

Wenn **dem Grunde nach ein Anspruch besteht**, die Abklärung des **detaillierten Sachverhalts voraussichtlich noch längere Zeit erforderlich macht** oder Beweisdokumente noch vorgelegt werden müssen, **ist** vorläufig zu gewähren. Als Verwaltungsakt ohne Bindungswirkung und Vertrauensschutz (§ 41a Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGB II).

„Der Normzweck ist eine vorläufige Entscheidung zur existenziellen Sicherung des Lebensunterhaltes und Befriedigung eines bereits vor abschließender Leistungsfeststellung bestehenden Bedarfes, obwohl zum Entscheidungszeitpunkt noch nicht alle leistungserheblichen Tatsachen feststehen“ (FW 41a.1)

Das Leistungssystem "Grundsicherung für Arbeitssuchende"

Anspruch auf ALG II-Leistungen haben Personen:

- ab Vollendung des **15. Lebensjahres** bis zum Ende des Monats **des Erreichens der Altersgrenze** für Rente (§§ 7 Abs. 1 Nr. 1, 7a SGB II, Sozialrechtsfähigkeit ab 15 J. (§ 36 SGB I), Übergang → § 37a Abs. 1 SGB XII, Tilgung 5 % des RS, Erlass bei max. ½ RS),
- die **erwerbsfähig** sind, also mind. 3 Std. täglich **arbeiten** können, die Arbeitsmarktlage ist irrelevant (§§ 7 Abs. 1 Nr. 2, 8 Abs. 1 und 2 SGB II),
- die **bedürftig** sind, d.h. ihren Lebensunterhalt **nicht mit Einkommen und Vermögen** sicherstellen können (§§ 7 Abs. 1 Nr. 3 SGB II, § 9 Abs. 1 SGB II),
- mit **gewöhnlichem Aufenthalt** in der Bundesrepublik (§ 7 Abs. 1 Nr. 4 SGB II i.V.m. § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I) oder Umgang wahrnehmende Kinder aus dem Ausland (BSG 28.10.2014 – B 14 AS 65/13 R),
- die **werktätlich, postalisch, persönlich erreichbar** sind und sich **im orts- und zeitnahen Bereich** im Sinne der EAO aufhalten (§ 7 Abs. 4a SGB II). Hier gilt noch alte Rechtslage bis zur SGB II-EAO (§ 77 Abs. 1 SGB II).
- und insofern **kein Ausschlussstatbestand** vorliegt.

Die vier großen Ausschlussstatbestände:

- längerer Aufenthalt in Klinik (§ 7 Abs. 4 SGB II),
- Inhaftierung (§ 7 Abs. 4 SGB II),
- Ausländer zum Zweck der Arbeitssuche (§ 7 Abs. 1 SGB II),
- Auszubildende (§ 7 Abs. 5 SGB II).

Sozialgeld erhalten:

- Personen, die **mit Erwerbsfähigen in einer Bedarfsgemeinschaft** leben und selbst **nicht erwerbsfähig** sind (§ 19 Abs. 1 Satz 2 SGB II).

Das sind:

- **unter-15-jährige Kinder**, insofern sie **hilfebedürftig** (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II) sind, sowie
- vorübergehend (und nicht dauerhaft) **erwerbsunfähige oder erwerbsunfähig deklarierte Partner** oder **Eltern** erwerbsfähiger Kinder.

Sozialgeld wird nur gezahlt, wenn mind. eine „erwerbsfähige“ Person die grundsätzliche Zugehörigkeit zum SGB II auslöst. Dabei ist es unerheblich, ob diese Person noch minderjährig ist oder dem Arbeitsmarkt wegen Ausbildung oder Schule nicht zur Verfügung steht. Ist keine Person arbeitsfähig, ist ein Sozialhilfeanspruch nach dem SGB XII zu prüfen.

SGB II-Leistungsausschlüsse & stationäre Einrichtungen

Aufenthalt in einer stationären Einrichtung (§ 7 Abs. 4 SGB II)

Grundsätzlich gilt: Wer sich in einer vollstationären Einrichtung befindet, hat **keinen SGB II-Anspruch** (§ 7 Abs. 4 S. 1 SGB II). Bei stationären Einrichtungen handelt es sich in der Regel um **Krankenhäuser, Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen**, sowie sonstige stationäre Einrichtungen, in denen Menschen mit besonderen Problemlagen untergebracht sind. Eine stationäre Einrichtung ist eine Einrichtung, wo der Träger der Einrichtung die „Gesamtverantwortung für die tägliche Lebensführung“ übernimmt (BSG 5.6.2014 - B 4 AS 32/13 R).

Dieser **Leistungsausschluss gilt nicht** bei:

- Personen, die **prognostisch** oder **tatsächlich** für weniger als **sechs Monate** in einer stationären Einrichtung untergebracht sind (§ 7 Absatz 4 Satz 3 SGB II).

Während des **Aufenthaltes in einer stationären Einrichtung besteht ein KdU-Anspruch** → bei Rausfall aus SGB II besteht ein Anspruch auf Sozialhilfe (3. Kap. SGB XII).

Im Falle eines Einrichtungswechsels sind **die Aufenthaltszeiträume zusammenzurechnen**, wenn die Unterbringung in beiden **Einrichtungen durch einen gemeinsamen Zweck** (z.B. Entgiftung und Therapie bei Suchtmittelabhängigkeit) **verbunden ist** (LSG Hessen 21.1.2015 - L 6 AS 361/12).



Während des Klinikaufenthalts **sind die Unterkunftskosten** immer als tatsächliche KdU **zu übernehmen**, eine Nichtzahlung wegen »Unterkunft in der Klinik« **ist rechtswidrig**.



Eine Kürzung der Regelbedarfe im SGB II wegen der Klinikverpflegung **ist unzulässig** (§ 1 Abs. 1 Nr. 11 ALG II-V).

Exkurs: Anrechnung von Verpflegung in vollstationären Einrichtungen im SGB XII

Wird der Aufenthalt in der stationären Einrichtung durch die **Krankenkasse** oder den **Rentenversicherung** finanziert, ist die Kürzung des Regelbedarfes auf den sog. „**Barbetrag**“ von 121,23 € (§ 27b Abs. 2 SGB XII) **nicht zulässig**. Die Kürzung auf den Barbetrag im SGB XII ist nur zulässig, wenn sowohl die Hilfe zum Lebensunterhalt / Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung, als auch das Mittagessen von einem Sozialhilfeträger finanziert werden (BSG 23.3.2010 – B 8 SO 17/09 R).

SGB II-Leistungsausschlüsse

Richterlich angeordneter Freiheitsentziehung (§ 7 Abs. 4 SGB II)

Einrichtungen zum Vollzug richterlich angeordneter Freiheitsentziehung führen zum SGB II – Leistungsausschluss (§ 7 Abs. 4 S. 2 SGB II). Der Leistungsausschluss beginnt ab dem ersten Tag der **richterlich angeordneten Freiheitsentziehung**. Diese liegt vor bei **U-Haft, Strafhaft, Ersatzfreiheitsstrafe, Arrest, Maßregelvollzug, Jugendarrest ist strittig** (denn keine Freiheitsstrafe, sondern Zuchtmittel (LSG Sachsen-Anhalt 24.9.2014 - L 4 AS 318/13; SG Dresden 27.1.2014 - 7 AS 2328/13; SG Gießen 1.3.2010 - S 29 AS 1053/09; aA: laut FW 7.98 doch Leistungsausschluss), **Absonderung** nach dem Infektionsschutzgesetz (§ 30 IfSG) oder **Gefährderhaft** nach **Polizeigesetz vor**.

Sozialrechtliches Problem ist der **drohende Verlust der Unterkunft** bei nicht längerfristiger Inhaftierung.

BSG: Mietkosten bei Inhaftierung sind ausschließlich über die »Hilfen nach § 67 SGB XII« zu erbringen

Das BSG hat klargestellt, dass **Mietkosten bei Inhaftierten ausschließlich** über „**Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten**“ nach § 67 ff SGB XII sicherzustellen sind. **Zu den § 67'ner Hilfen** gehören **Leistungen zum Erhalt einer Wohnung** (§ 68 Abs. 1 S. 1 SGB XII). Durch drohenden Wohnungsverlust bei Haftentlassung entstehen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten, die nicht aus eigener Kraft habe überwinden können (BSG 12.12.2013 - B 8 SO 24/12 R; LSG Bay 22.8.2014 – L 8 SO 117/14 B ER; LSG NSB 24.6.2021 - L 8 SO 50/18).

Von den Sozialämtern wird gerne vertreten: „nur bei kurzer Inhaftierung bis sechs Monate“. **Durch die Zuordnung in die Hilfen nach § 67 SGB XII entfällt diese sechs-Monate-Regelung** und die Inhaftierung kann auch länger andauern. Hier sind Übernahmen bis 12 Monate kein Problem, es kommt auch **nicht auf die Gesamtdauer der Haft**, sondern auf den (voraussichtlichen) **Leistungszeitraum bis zur Haftentlassung** an.

Wann sind die Kosten zum Erhalt der Wohnung zu übernehmen:

- **bei Mieten und Energieabschlägen**, auch bei kurzer Inhaftierung (zwei, drei Monate)
- **bei Inhaftierung, oberhalb von sechs Monaten**
- **auch** bei Wohnungen, die „sozialrechtlich unangemessen teuer“ sind
- so können auch **Miet(kopf)anteile von inhaftierten BG-Mitgliedern** übernommen werden.

Anmerkung: Solange nicht mindestens einem Partner der Wille zur Fortsetzung der Lebensgemeinschaft fehlt, wird die BG auch während der Inhaftierung beibehalten.

Zum Leistungsausschluss von EU-Bürgern

Wegen der umfassenden Komplexität der Fragestellung des Leistungsan- und –aus-schlusses von EU-Bürger*innen verweise ich auf folgende frei zum Download verfügbaren und kostenlosen Materialien:

- **NEU:** DPWV - Broschüre „**Ausgeschlossen oder privilegiert – zur aufenthalts- und sozialrechtlichen Situation von Unionsbürger*innen und ihren Familienangehörigen**“: <https://t1p.de/l1ept>
- **Arbeitshilfe: Beratung von Unionsbürger*innen: Die Freizügigkeitsrechte in familiären Konstellationen**
Download: <https://t1p.de/ha4k>
- **Arbeitshilfe für die Beratung von Unionsbürger*innen / Anspruch auf SGB II-Leistungen mit Aufenthaltsrecht nach Art. 10 VO 492/201:** <https://t1p.de/72y6>
(Streichung des Leistungsausschlusses von die Schule besuchenden Kindern ehemaligen Arbeitnehmer*innen und deren Eltern)
- GGUA Arbeitshilfe Unionsbürger*innen: **SGB-II-Leistungsansprüche für unverheiratete Eltern mit gemeinsamen Kindern:** <https://t1p.de/xnjin>
- Handreichung "**Zugang zum Gesundheitssystem für Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, Angehörige der EWR und der Schweiz**“: <https://t1p.de/y9z2>
- Arbeitshilfe „**FAQ zu Auswirkungen von Corona auf den Aufenthalt von zugewanderten Fachkräften**“: <https://t1p.de/7qei>
- Arbeitshilfe „**Auswirkungen von Corona auf den Aufenthalt von ausländischen Arbeitnehmer*innen, Auszubildenden und Studierenden**“: <https://t1p.de/5j8d>

„Auszubildende, deren Ausbildung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes dem Grunde nach förderungsfähig ist, haben über die Leistungen nach § 27 hinaus keinen Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts“ (§ 7 Abs. 5 S. 1 SGB II)

Grundregel: Zunächst ein kompletter Leistungsausschluss für Auszubildende

Vom Leistungsausschluss sind alle Lebensunterhaltsleistungen erfasst:

(nach § 7 Abs. 5 SGB II)

Im Kern:

- Regelleistung und Unterkunft- und Heizkosten, Mehrbedarf Warmwasser
- Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge

Vom Leistungsausschluss sind nicht erfasst, die nicht ausbildungsgeprägten Mehrbedarfe (§ 27 Abs. 2 SGB II)

Das sind im Wesentlichen:

- **Mehrbedarfe** für
 - **Schwangere** (§ 21 Abs. 2),
 - **Alleinerziehende** (§ 21 Abs. 3),
 - **kostenaufwändige Ernährung** (§ 21 Abs. 5),
 - **und laufende und einmalige unabweisbare Bedarfe** (§ 21 Abs. 6 SGB II),
- **Schwangerenbekleidung** und **Babyerstaussstattung** (§ 27 Abs. 3 Nr. 2 SGB II)
- SGB II-Leistungen in **besonderen Härtefällen**, zB BAföG ausgelaufen ist und wegen Alleinerziehung oder Behinderung neben dem Studium nicht mehr arbeiten können (§ 27 Abs. 3 SGB II)

Kein SGB II – Ausschluss besteht bei folgenden Fallgruppen:

- **»Wohnen können« im Elternhaus:** Schüler, die im **Elternhaus »Wohnenkönnen«**, aber nicht bei ihren Eltern wohnen und deshalb nach § 2 Abs. 1a BAföG keinen Anspruch auf BAföG haben (§ 7 Abs. 6 Nr. 1 SGB II)
- **Schüler und Studenten mit geringem BAföG:** Auszubildende an **Fachschul- und Berufsfachschul-**klassen und **Abendgymnasien** und **Kollegs** die **tatsächlich BAföG erhalten** und **Studierende** die **im Elternhaus wohnen und BAföG erhalten** (§ 7 Abs. 6 Nr. 2 SGB II)
- **Bei Beantragung von BAföG:** Schüler und Studierende an höheren Fachschulen, Akademien und Hochschulen, die **BAföG beantragt haben**, aber wo noch **nicht über den Antrag entschieden wurde** (§ 7 Abs. 6 Nr. 2 lit b) SGB II)
- **Abendschüler bei Überschreitung der Altersgrenze:** Abendschüler die wegen **Überschreitung der Altersgrenze von 30 Jahren** nach § 10 BAföG keinen BAföG Anspruch haben (§ 7 Abs. 6 Nr. 3 SGB II)

1. Variante SGB II-Ansprüche:

Bedarf Studentin:

449,00 € RB
 + 161,64 € MB Alleinerziehende
 + 210,00 € ½ Miete und Heizung

820,64 € sozialrechtlicher Bedarf

abzüglich Einkommen:

861,00 € BAföG
 + 150,00 € Kinderbetreuungszuschlag
 + 100,00 € Minijob

1111,00 € Summe Einkommen

- 150,00 € Kinderbetreuungszuschl.*
 - 106,56 € KV, PV u. Zusatzbeitrag
 - 100,00 € Grundfreibetrag Arbeit
 - 140,00 € höherer Mindestabsetzbetrag
 (§ 11b Abs. 2 S. 5 SGB II)

614,44 € anrechenbares EK

Endrechnung:

820,64 € Bedarf
 - 614,44 € anrechenbares EK

206,20 € Unterfinanzierung

Daher ist der Alleinerziehenden MB in Höhe von **161,64 €** zu zahlen.

Berechnung Mindestabsetzbetrag:

30,00 € Versicherungspauschale
 + 70,00 € Kfz-Versicherung
 + 40,00 € Ratenzahlung Laptop

140,00 € höherer Absetzbetrag

Bedarf Kind:

285,00 € RB
 + 210,00 € ½ Miete und Heizung

= 495,00 € Bedarf

abzüglich Einkommen:

- 219,00 € Kindergeld
 - 174,00 € Unterhaltsvorschuss

**= 102,00 € Unterfinanzierung
 = SGB II-Anspruch**

*Der Betreuungszuschlag in Höhe von 150 € für das Kind nach dem BAföG bleibt anrechnungsfrei, weil andere Zweckidentität (§11a Abs. 3 SGB II)

SGB II-Leistungsansprüche Kind + Mutter:

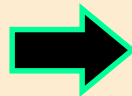
102,00 € für Kind
 + 161,64 € für Mutter

263,64 € Leistungsanspruch beim Jobcenter

Zur Verfügung stehendes Geld (alle Quellen)

861,00 € BAföG
 + 150,00 € Betreuungszuschlag
 + 219,00 € KG Kind
 + 174,00 € UVG
 + 100,00 € Minijob
 + 263,64 € Leistungen JC

1.767,64 € Gesamteinkommen alle Quellen



Auszubildende und SGB II

Dazu empfehle ich folgendes Hintergrundmaterial zum Download:

Wegen der umfassenden Komplexität des Leistungsausschlusses möchte ich auf folgende Materialien zum Download verweisen:

- Joachim Schaller: SGB II und Ausbildungsförderung 12.04.2021: <https://t1p.de/gk0b>
- Joachim Schaller: BAföG für Ausländer: <https://t1p.de/gf89>
- Joachim Schaller: Wohngeld für Auszubildende: <https://t1p.de/keig>
- Merkblatt Auszubildende von ASG e.V., Hannover: <https://tinyurl.com/kp6zt5j2>

Systematik SGB II

Ein Anspruch auf SGB II-Leistungen besteht unter folgenden Voraussetzungen:

„Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem im jeweiligen Monat zufließenden Einkommen sichern kann ...“ (§ 9 Abs. 1 SGB II).

Der SGB II-Anspruch ermittelt sich folgendermaßen:

1. Schritt: Ermittlung des Bedarfs

Regelbedarfe

- + Mehrbedarfe
- + tatsächliche Kosten für Unterkunft, Heizung und Warmwasser
- + ggf. Krankenkasse (§ 26 Abs. 1 SGB II) *
- + ggf. BuT (§ 34a Abs. 1 S. 2 SGB XII) **
- + ggf. Erstausstattungsbedarfe ***

= Summe sozialrechtlicher Bedarf

2. Schritt: Ermittlung des Einkommens

Das im Bedarfsmonat tatsächlich zufließende Einkommen ist zu ermitteln. Von diesem sind dann alle Abzugs- und Freibeträge abzuziehen (§ 11 Abs.1, § 11b SGB II)

= anzurechnendes Einkommen

3. Schritt: Gegenüberstellung von Einkommen und Bedarf

Ist der sozialrechtliche **Bedarf nicht gedeckt**, wird ein Antrag gestellt und **liegen keine Ausschlussstatbestände vor**, muss der sozialrechtliche Bedarf durch SGB II - Leistungen gedeckt werden.

= Rechtsanspruch auf SGB II - Leistungen

* Wenn Einkommen vorhanden ist, ist der KV-Beitrag vom Einkommen abzusetzen (§ 11b Abs. 1 Nr. 3 Ziff. a SGB II); nur wenn nicht, dann ist die KV bedarfserhöhend zu berücksichtigen.

** Wenn BuT-Bedarfe nicht aus eigenen Mitteln vollständig bestritten werden können und kein laufender SGB II/ SGB XII-Bezug vorliegt, können die ungedeckten Bedarfe beantragt werden (§ 34a Abs. 1 S. 2 SGB XII). Hier ist auch für Arbeitsfähige das Sozialamt zuständig.

*** nach § 24 Abs. 3 S. 3 SGB II können Erstausstattungsbedarfe auch für nicht Leistungsbeziehende gewährt werden.

Regelbedarfsstufen im Jahr 2022

Regelbedarfsstufen			
Regelbedarfsstufe 1		ALG II für Volljährige	
449 € (367 € AsylbLG)	Alleinstehende, Alleinerziehende und Personen mit minderjährigem Lebenspartner	100 %	§ 20 Abs. 2 S. 1 SGB II
Regelbedarfsstufe 2		ALG II für Volljährige	
404 € (330 € AsylbLG)	volljährige Partner innerhalb Bedarfsgemeinschaft, bzw. Unterbringung in Sammelunterkunft	90 %	§ 20 Abs. 4 SGB II
Regelbedarfsstufe 3		ALG II für Volljährige / Volljährige in Einrichtungen (nach SGB XII)	
360 € (294 € AsylbLG)	Erwachsene in einer stationären Einrichtung; Erwachsene unter 25 Jahren, die im Haushalt der Eltern leben	80 %	§ 20 Abs. 3 SGB II iVm. § 20 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 SGB II
Regelbedarfsstufe 4		ALG II für Jugendliche	
376 € (326 € AsylbLG)	Jugendliche zwischen 14 bis 17 Jahren und minderjährige Partner zwischen 15 - 17 Jahren	§ 20 Abs. 2 S. 2 Nr. 1 § 23 Nr. 1 SGB II	
Regelbedarfsstufe 5		Sozialgeld für Kinder	
311 € (283 € AsylbLG)	Kinder zwischen 6 - 13 Jahren	§ 23 Nr. 1 SGB II	
Regelbedarfsstufe 6		Sozialgeld für Kinder	
285 € (249 € AsylbLG)	Kinder von 0 bis 5 Jahren	§ 23 Nr. 1 SGB II	

Unterschiede Regelbedarfe im SGB II / SGB XII:

- im SGB II gibt es **pauschalisierte** RB's/Pauschalisierungsgrundsatz (§ 20 Abs. 1 S. 3 SGB II)
- im SGB XII **individualisierte** RB's/Individualisierungsgrundsatz (§ 27a Abs. 4 S. 1 SGB XII)
- ➔ im SGB XII in München Stadt und Umland gibt es höhere RB's: im SGB XII 449 €+ 14 € = **463 € in München**, 449 € + 22 € = **470 € in Fürstenfeldbruck** bei RB 1 im Jahr 2021

Mehrbedarfe 2022 (zusätzliche monatliche Leistungen neben den Regelbedarfen)

76,33 € bei 100 % RB 68,68 € bei 90 % RB 61,20 € bei 80 % RB	Schwangere ab 13. Schwangerschaftswoche , bis Ende des Monats der Entbindung.	17 %	§ 21 Abs. 2 SGB II
161,64 €	Mehrbedarf für Alleinerziehende , mit einem Kind unter 7 Jahren oder Alleinerziehende mit zwei und mehr Kindern unter 16 Jahren	36 %	§ 21 Abs. 3 Nr.1 SGB II
53,88 €	Alleinerziehende pro Kind 12 % (max. 60 %)*	12 %	§ 21 Abs. 3 Nr.2 SGB II
157,15 €	Behinderte Leistungsberechtigte , die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben nach § 112 SGB IX erhalten	35 %	§ 21 Abs. 4 SGB II, § 23 S. 1 Nr. 2 + 3 SGB II
61,20 € - 76,33 €	Befristet vollerwerbsgemindert Behinderte mit Schwerbehindertenausweis und Merkzeichen G oder „ aG “**	17 %	§ 23 S. 1 Nr. 4 SGB II
22,45 € - 134,70 €	Mehrbedarf bei medizinisch notwendiger kostenintensiver Ernährung*	5 - 30 %	§ 21 Abs. 5 SGB II
in tatsächlicher Höhe	Sonderbedarfe für laufende und einmalige Bedarfe , soweit im Einzelfall ein unabweisbarer , besonderer Bedarf besteht	ohne Grenze	§ 21 Abs. 6 SGB II
in tatsächlicher Höhe	Aufwendungen zur Anschaffung oder Ausleihe von Schulbüchern oder gleichstehenden Arbeitsheften , die aufgrund schulrechtlichen Bestimmungen oder schulischer Vorgaben erforderlich sind.	ohne Grenze	§ 21 Abs. 6a SGB II
2,28 € - 10,33 € oder höher	Mehrbedarf für Warmwasserzubereitung bei dezentraler Warmwassererzeugung, soweit nicht ein abweichender Bedarf besteht und dieser durch eine separate Messeinrichtung nachgewiesen wurde	bis 2,3 % oder abweichend	§ 21 Abs. 7 SGB II

Besonderheiten: Krankenkostmehrbedarfe immer in **RS-Stufe 1**, alle anderen MB's in Höhe der maßgeblichen RB Stufe.
Deckelung der MB's: Die Summe aller Mehrbedarfe nach § 21 Abs. 2 – 5 SGB II darf die jeweilige maßgebliche Regelbedarfsstufe nicht überschreiten (§ 21 Abs. 8 SGB II). Bei dieser Addition sind die Sonderbedarfe nach § 21 Abs. 6 SGB II außer Acht zu lassen.

Mehrbedarf für kostenaufwendige Ernährung aufgrund einer Krankheit (§ 21 Abs. 5 SGB II)

Zur Ermittlung der Höhe des Mehrbedarfes wird im SGB II/SGB XII auf die jeweils aktuellen „Empfehlungen“ **des Deutschen Verein (DV)** zurückgegriffen, die letzte erfolgt vom **16. Sept. 2020**. **Download:** <https://t1p.de/cez0> / BA Weisung: <https://t1p.de/isen>
NEU: beim Krankenkostmehrbedarf ist immer von der RB – Stufe 1 auszugehen, also auch bei Kindern und Jugendlichen (FW 21.33).

Krankheit	% vom RB	Betrag 2022
Terminale Niereninsuffizienz mit Dialysetherapie	5 %	22,45 €
<p style="color: blue; margin: 0;">Bei den nachfolgenden Erkrankungen ist ein Mehrbedarf i. d. R. nur bei Erfüllung eines phänotypischen* und einem zusätzlichen ätiologischen Kriterium** anzunehmen:</p> <p>Tumorerkrankungen, Chronisch obstruktive Lungenerkrankungen (COPD), CED (Morbus Crohn, Collitis Ulcerosa), Neurologische Erkrankungen (auch Schluckstörungen), terminale Niereninsuffizienz, insb. bei Dialyse¹ und präterminale Niereninsuffizienz, insb. bei Dialyse, Wundheilungsstörungen, Lebererkrankungen (z.B. alkoholische Steatohepatitis, Leberzirrhose)</p> <p>*Phänotypische Kriterien sind ein BMI unter 20 oder deutlich reduzierte Muskelmasse oder ein schneller, krankheitsbedingter Gewichtsverlust (über 5 % des Ausgangsgewichtes innerhalb der vorausgegangenen sechs Monate oder mehr als 10 % bei einem längeren vorausgegangenen Zeitraum als sechs Monaten).</p> <p>Ein *ätiologisches Kriterium ist die Krankheitsschwere oder eine geringe Nahrungsaufnahme bzw. verminderte Nährstoffaufnahme (< 50 % des geschätzten Energiebedarfes in einem Zeitraum von mehr als einer Woche). Der Gewichtsverlust darf zudem nicht aus willkürlicher (absichtlicher) Gewichtsabnahme (z. B. bei Diät oder Magersucht) beruhen. Die Notwendigkeit eines Mehrbedarfes bedarf einer individuellen medizinischen Beurteilung.</p>	10 %	44,90 € /
Zöliakie/Sprue	20 %	89,80 €
Mukoviszidose/zystische Fibrose	30%	134,70 €
Schluckstörungen	in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen, i. d. R. bis zu 100,- € möglich	
Auch bei anderen Erkrankungen, z.B. bei Allergien (LSG BaWü 2.1.2007 - L 13 AS 4100/06 PKH-B), bei Laktoseintoleranz (BSG 14.2.2013 - B 14 AS 48/12 R), Laktose- und Fruktoseintoleranz (BSG 21.11.13 - B 14 AS 140/13 B) und Gelenkerkrankungen (SG Aachen 29.12.2005 - S 11 AS 110/05 ER) kann ein Anspruch bestehen.		

Der **Mehrbedarf für kostenaufwändige Ernährung** wird erst ab Antragstellung erbracht (BSG 20.2.2014 - B 14 AS 65/12 R, FW 21.26).

Mehrbedarf für Warmwasser / 2022

Mehrbedarf bei dezentral (von der Heizung getrennt) zubereitetem Warmwasser

Regelbedarfs- stufe	Regelbedarfs- höhe 2022	Erklärung	Mehrbe- darf in %	Betrag 2022
1	449 €	für Alleinstehende	2,3	10,33 €
2	404 €	Volljährige Partner innerhalb BG	2,3	9,29 €
3	360 €	18 - 24-Jährige im Elternhaus	2,3	8,28 €
4	376 €	Jugendliche von 14 bis 17 Jahren	1,4	5,26 €
5	311 €	Kinder von 6 bis 13 Jahren	1,2	3,73 €
6	285 €	Kinder unter 6 Jahren	0,8	2,28 €

Mit dem Mehrbedarf wird auf **zentral, also vermierterseitig zubereitetes Warmwasser** abgestellt, sowie auf Warmwasser, welches **dezentral mit Strom oder Gas** (Boiler, Durchlauferhitzer, Gasterme) **produziert wird**.

Höhere, also **abweichende Bedarfe** sind durch Rechtsänderung vom 1.1.2021 nur zu übernehmen, wenn dieser durch eine **separate Messeinrichtung nachgewiesen** werden (§ 21 Abs. 7 SGB II).


Hinweis: In besonderen krankheitsbedingten Fällen, wäre darüber nachzudenken, dass der nachträgliche Einbau einer separaten Messeinrichtung als einmaliger Bedarf, der nicht im Regelsatz enthalten ist nach § 21 Abs. 6 SGB II auf Zuschussbasis zu übernehmen ist.

Laufende und einmalige Bedarfe nach § 21 Abs. 6 SGB II

„Bei Leistungsberechtigten wird ein Mehrbedarf anerkannt, soweit im Einzelfall ein **unabweisbarer**, besonderer laufender nicht nur einmaliger Bedarf besteht; **bei einmaligen Bedarfen ist weitere Voraussetzung, dass ein [Anspar]Darlehen nach § 24 Absatz 1 ausnahmsweise nicht zumutbar oder wegen der Art des Bedarfs nicht möglich ist**“ (§ 21 Abs. 6 SGB II).

Das **Bundesverfassungsgericht** (BVerfG) hat in seinem **ersten Regelsatzurteil** das „**unverfügbare Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimum**“ klargestellt und jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zusichert, die für seine physische Existenz und ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind. Dabei hat das BVerfG aufgrund der Pauschalisierung der Regelleistungen im SGB II (§ 20 Abs. 2 S. 3 SGB II) eine Öffnungsklausel für laufende, unabweisbare Bedarfe angeordnet (BVerfG 9.2.2010 – 1 BvL 1, 3, 4/09 Rn 136, 204).

Im **zweiten Regelsatzurteil** 2014 hat das BVerfG darauf hingewiesen, dass die Regelsätze in einer Höhe festgesetzt wurden, die kurz vor Verfassungswidrigkeit liegen. Das **BVerfG hat verschiedene Änderungen eingefordert**: es müsse eine Anspruchsgrundlage für **Elektrogroßgeräte, Brillen** (Rn 120) und **einmalige Bedarfe** (Rn 116) geschaffen werden. Bis zur Gesetzesänderung, sind die Sozialgerichte aufgefordert, den jeweiligen Bedarf durch verfassungskonforme Auslegung sicherzustellen (BVerfG 23.7.2014 – 1 BvL 10/12, Rn 116).



Aufgrund der eklatanten Unterdeckung von Bildungskosten im Regelsatz, für Oberschüler 27 Cent im Monat, hat das BSG in zwei Urteilen zu Schulbüchern im Mai 2019 (BSG 8.5.2019 – B 14 AS 6/18 R und B 14 AS 13/18 R) Schulbuchkosten in Höhe von jeweils 135,65 € in verfassungskonformer Auslegung als „*prognostisch typischerweise laufenden, nicht nur einmaliger Bedarf*“ angesehen (Rn 19), und das beklagte Jobcenter zur zuschussweisen Übernahme verpflichtet. Diese Urteile waren weiterer Auslöser für die Änderungen in § 21, 6 und 6a SGB II.

Zum 1. Januar 2021 wurde die vom BVerfG geforderte Öffnungsklausel im geänderten § 21 Abs. 6 SGB II ins Gesetz aufgenommen.

Im SGB XII wurde keine Öffnungsklausel für einmalige Bedarfe geschaffen. Die Kritik des BVerfG aus 2014 ist auch auf das SGB XII anzuwenden. Im SGB XII existiert für einmalige Bedarfe keine Anspruchsgrundlage (§ 27a Abs. 4 2.HS SGB XII). Daher besteht im SGB XII bei einmaligen Bedarfen, die vom RB umfasst sind, nur die Möglichkeit ein Darlehen wegen „ergänzender Bedarfe“ nach § 37 Abs. 1 SGB XII zu erhalten. Dies ist aber wegen der oft zu geringen Bemessung des RB nicht zumutbar. **Im SGB XII ist genauso eine verfassungskonforme Auslegung des § 27a Abs. 4 SGB XII vorzunehmen.**

Laut BMAS-Weisung ist bei einmaligen Bedarfe nach § 37 Absatz 1 SGB XII eine Darlehensgewährung mit gleichzeitigem dauerhaften Verzicht auf die Rückzahlung nach § 37 Absatz 4 SGB XII angezeigt = „**Nulldarlehen**“. Diese verbindliche Erklärung des dauerhaften Verzicht auf die Rückzahlung sollte gleich mit dem Antrag gestellt werden (BMAS vom 09. Februar 2021 - Aktz.: Vb1-50114, Download: <https://t1p.de/ormb>)

Laufende und einmalige Bedarfe nach § 21 Abs. 6 SGB II

Grundsätzlich gilt: Auch medizinisch **notwendige**, rezeptfreie **Arznei- oder Heilmittel** können zur Sicherstellung zur medizinischen Versorgung, auch wenn sie nicht in den Leistungskatalog des SGB V gehören, einen unabweisbaren Bedarf im Sinne des § 21 Abs. 6 SGB II darstellen (BSG 26.5.2011 - B 14 AS 146/10 R; BSG 12.12.2013 - B 4 AS 6/13 B).

Härtefallregelung anlässlich Erkrankung/Behinderung:

- **Bei Gehbehinderung**, da im SGB II für Gehbehinderte kein MB gewährt wird, sind **bezzifferte Fahrtkosten zu Behandlern und Versorgungseinrichtungen** als MB in tatsächlicher Höhe zu übernehmen (BSG 18.2.2010 - B 4 AS 29/09 R),
- **Kosten für Körperpflege-, Reinigungs- und Desinfektionsartikel** bei fortgeschrittener HIV-Erkrankung, und bei gleichzeitigem hohem Wäscheverschleiß (BSG 19.8.2010 - B 14 AS 13/10 R); sowie **Pflegeprodukte bei Hauterkrankung**, wie medizinisch **notwendige Verbandstoffe, Salben**, z.B. bei Neurodermitis.
- **Vom Arzt verordnete und von der Krankenkasse nicht übernommene Arznei- oder Heilmittel, sog. OTC-Präparate** (Apothekenpflichtige, nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel) (Gesetzesbegründung: BT-Drs. 17/1465, 9), BSG 6.3.2012 - B 1 KR 24/10 R, BSG 26.5.2011 - B 14 AS 146/10 R; LSG NRW 4.6.2014 - L 7 AS 357/13 B, LSG Bay 25.6.2010 - L 7 AS 1432/08, LSG Sa-An 23.6.2011 - L5 AS 129/11 B ER, SG Bremen 18.0.2011 - S 22 AS 2474/10 ER, SG Gießen 19.8.2010 - S 29 AS 981/10 ER),
- **Putz-/Haushaltshilfe** für körperlich stark beeinträchtigte Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe im Haushalt bedürfen, z.B. Rollstuhlfahrer (SG Stuttgart 7.7.2010 - S 24 AS 3645/10, FW 21.37).
- **Erhöhter Energieverbrauch wegen Waschzwang** (LSG NSB 23.2.2011 - L13 AS 90/08),
- **Kosten für Dolmetscher oder Übersetzer** zur Behandlung **bei Ärzten und Therapeuten** sind von den Patienten selber zu tragen. Der Arzt ist verpflichtet, den Patienten über Art, Umfang und Risiken der Behandlung aufzuklären. Aus diesem Grund stellen diese Kosten einen laufenden oder einmaligen **unabweisbaren Bedarf** im Sinne von § 21 Abs. 6 SGB II da und sind vom Jobcenter **auf Zuschussbasis zu übernehmen**.
- **Dolmetscherkosten bei Psychotherapie bei Geflüchteten** im Rahmen abweichender Regelbedarf nach § 27a Abs. 2 Nr. 2 SGB XII (SG Münster 8.6.2020 - S 20 AY 3/17).
- **Fahrtkosten bei Substitutionsbehandlung** bei Drogenabhängigen (LSG BaWü 18.3.2020 - L 3 AS 3212/18; LSG NRW 15.2.2016 - L 7 AS 1881/15). Unabweisbar ist ein Bedarf dann, wenn keine tatsächliche Alternative besteht, also eine wohnortnähere Behandlung nicht möglich ist (SG Gießen 19.8.2010 - S 29 AS 981/10 ER; SG Koblenz 17.3.2015 - S 6 AS 214 /15 ER). Ein **Abzug von Eigenanteilen** für Fahrtkosten im Regelbedarfes ist **nicht zulässig** (SG Detmold 11.9.2014 - S 23 AS 1971/12; FW 21.38a).
- **Kosten für ein medizinisch indiziertes Kontaktlinsen-Abo** in Höhe von 68 EUR /mtl. (LSG Hessen 01.12.2021 - L 6 AS 359/19)

Härtefallregelung bei laufenden Kosten anlässlich Erkrankung/Behinderung

- **Fahrtkosten aufgrund medizinischer Anlässe:** Fahrtkosten zu **ambulanten ärztlichen Behandlungen** (LSG Sachsen 5.11.2020 - L 7 AS 83/17; SG Regensburg 5.9.2014 - S 9 SO 61/14 ER), zu **Kontrolluntersuchungen** (SG Chemnitz 13.10.2014 - S 26 AS 3947/14 ER), zu **Facharztbesuchen** bei Trauma-Störungen (SG Mainz 12.11.2013–S 15 AS 1324/10), zu **Therapien** (SG Freiburg 21.6.2016 – S 7 710/13), zu **Nachsorgeuntersuchungen** in eine Klinik nach Transplantationen (LSG Sachsen-Anhalt 17.12.2015 – L 6 KR 31/13 u. 16.5.2015- L 6 KR 49/14).
- **Auch möglich:** aus medizinischen Gründen **anfallende Fahrtkosten mit dem Taxi** bei **Sozialphobie** oder coronabedingt **bei besonders gefährdeten Personen**.
- **Selbstbeteiligungen bei privaten Krankenversicherungen bis zum Wechsel in den Basistarif** (BSG 29.4.2015 – B 14 AS 8/14 R)

Kosten der Umgangswahrnehmung

- Kosten, die anlässlich der **Wahrnehmung des Umgangsrechtes entstehen**, das sind **Fahrt-, Übernachtungs-, Pass-, und Visakosten**. Diese sind im Rahmen der „Sozialüblichkeit“ zu übernehmen. Fahrten mit dem PKW sind nach § 5 Abs.1 BRKG mit **0,20 €** pro gefahrenen Km abzurechnen (LSG NRW 21.3.2013 – L 7 AS 1911/12).
- **Anspruchsinhaber** sind entweder hilfebedürftige den **Umgang wahrnehmen wollende Elternteile** oder das den **Umgang wahrnehmende wollende Kinder**. In der Zeit des Aufenthaltes im Haushalt des anderen Elternteils begründet das Kind dort eine „temporäre BG“ und hat dort bei mehr als 12-stündigem Aufenthalt tagesanteilige Leistungsansprüche (BSG 2.7.2009 - B 14 AS 75/08 R; BSG 12.6.2013 - B 14 AS 50/12 R). Eine temporäre BG ist auch mit Kindern, die **gewöhnlich im Ausland leben**, aber temporär sich am Ort des umgangsberechtigten Elternteils aufhalten möglich (BSG 28.10.2014 – B 14 AS 65/13 R).
- Kosten der **Umgangswahrnehmung sind auch zu im Ausland lebenden Kindern möglich**, so in **Kalifornien** (LSG RP 20.6.2012 - L 3 AS 210/12 B ER), **Australien** (SG Bremen 13.5.2013 - S 23 AS 612/12 ER) oder **Indonesien** (LSG NRW 17.3. 2014 - L 7 AS 2392/13 B ER) jeweils unter der Berücksichtigung von „Sozialüblichkeit“ einmal im Jahr. Bei Kindern **ab ca. 14 Jahren wird davon ausgegangen, dass sie grundsätzlich selbstständig den ÖPNV benutzen können** (LSG Bay 25.6.2010 - L7 AS 404/10 B ER m.w.N.).

Hinweis: Grundsätzlich sind Umgangswahrnehmungskosten selbstverständlich auch für Geflüchtete und deren Angehörige zu im Ausland verbliebenen Angehörigen möglich, insofern es denn die Coronlage und die aufenthaltsrechtliche Situation ermöglicht.

Fahrt- und Besuchskosten in sonstigen Fällen:

- **Reisekosten zur Aufrechterhaltung des Kontaktes und Umgangs mit einem im Ausland lebenden leiblichen Kindes** (BSG 11.2.2015 – B 4 AS 27/14 R)
- Zum Besuch eines **inhaftierten Kindes** (BSG 28.11.2018 - B 14 AS 48/17 R; BayLSG 10.7.2012-L 7 AS 963/10; SG Ulm 23.10.2013 - S 8 AS 3164/13 ER, SG Braunschweig 9.4.2014 - S 49 AS 2184/12, SG Hannover 1.11.2016 - S 54 AS 697/16).
- Zum Besuch des **inhaftierten Ehepartners** (LSG Sachsen-Anhalt 22.6.2016 – L 4 AS 196/15)
- **Zum Besuch des inhaftierten Einstehenpartners** (LSG Sachsen-Anhalt 7.7.20920-L 2 AS 346/17)
- **Zum Besuch eines im Ausland inhaftierten, volljährigen Kind oder eines nahen Angehörigen** (BSG 28.11.2018 - B 14 AS 48/17 R).
- **Besuchskosten in die JVA auch 2 x im Monat** (LSG NRW 27.12.2011 – L 19 AS 1558/11 B; SG Reutlingen 27.0.2013 - S 2 AS 1515/12)
- **Zum Besuch erkrankter Angehöriger ua. in Kliniken, Suchtkranker in Therapien** (LSG BB 24.8.2011-L 18 AS 1708//09, zur Klage im SGB XII s. BSG 20.4.2016- B 8 SO 5/15 R; LPK SGB II, 6. Aufl., § 21 Rn 43),
- **Besuchsfahrten volljährigen Erwachsenen zu ihren im Pflegeheim befindlichen Elternteils** (2 x die Woche). Denn auch für Erwachsenen können verwandtschaftliche Bindungen von herausgehobener Bedeutung sein und fallen in den Schutzbereich Art 6 Abs. 2 Satz 1 GG (Schutz der Familie) (LSG Baden - Württemberg 4.2.2020 - L 2 AS 3963/19 ER-B).

Ein Härtefallmehrbedarf auch zur Pflege zwischenmenschlicher Beziehungen entstehen und ist **nicht von vornherein** auf die Beziehungspflege zu solchen Personen beschränkt, deren Verhältnis dem Schutzbereich des Art 6 Abs 1 GG unterfällt oder familienrechtlich geregelt ist. Ein Bedarf ist aber **nur unabweisbar, wenn ein besonderes Näheverhältnis zu der von der Beziehungspflege betroffenen Person besteht**. Diese Voraussetzung kann auch erfüllt sein, **wenn keine Verantwortungs- und Einstandsgemeinschaft** im Sinne des § 7 Abs 3 Nr 3 Buchstabe c SGB II vorliegt, aber die beiden betroffenen Personen in **einer ähnlich engen, exklusiven und gegenüber allen anderen zwischenmenschlichen Beziehungen der leistungsberechtigten Person prioritären Beziehung gelebt haben** (BSG 27.1.2022 – B 4 AS 3/21 R).

Wenn Fahrtkosten erbracht werden, ist die **Anrechnung der im Regelsatz enthaltenen Verkehrspauschale unzulässig** (SG Hannover 1.11.2016 - S 54 AS 697/16; SG Detmold 11.9.2014 - S 23 AS 1971/12; FW 21.38a).

Exkurs ins SGB XII: Hier können **Besuchs- und Fahrtkosten** von Anspruchsberechtigten zu Enkeln, Familienangehörigen, Freunden im Rahmen der **Altenhilfe** geltend gemacht werden. Auch wäre der Besuch ins Ausland vorstellbar (Beschränkung auf 4 Wochen nach § 41a SGB XII). Die Altenhilfe beginnt ab 60 Jahren. Dort gehört zum Leistungskatalog: „Leistungen, die alten Menschen die Verbindung mit nahe stehenden Personen ermöglichen“ (§ 71 Abs. 2 Nr. 6 SGB XII).

Sonstige Mehrbedarfe:

- **Bekleidung bei Übergröße und/oder -gewicht oder für Rollstuhlfahrer** (LSG BB 4.4.2011 - L 15 SO 41/11 NZB; BSG in vergleichbarer Situation im SGB XII: 24.2.2016 - B 8 S 13/14 R; LSG BB 4.4.2011 - L 15 SO 41/11 NZB)
- **Kosten für Begleithund wegen Behinderung**, insofern notwendig, um die Autonomie des behinderten Menschen zu stärken (LSG NSB 18.02.2020 – L 16 KR 253/18, nach Geiger Leitfadens 2020/2021, S. 313)
- **Fahrtkosten zum Nachhilfekurs am Unterrichtsort** i.H.v. 0,20 €/km können als Mehrbedarfsleistungen berücksichtigt werden (LSG NSB 22.3.2018 - L 11 AS 891/16)
- **Fahrtkosten für Besuche eines im Ausland lebenden Ehepartners** durch eines in Deutschland lebenden ALG II-Beziehers. **Denn auch zwischen Eheleuten** kann die Aufrechterhaltung enger persönlicher Bindungen für die personale Existenz von **herausragender Bedeutung und verfassungsrechtlich über Art. 6 Abs. 1 GG – Schutz der Familie - untermauerbar sein** (BSG 28.11.2018 - B 14 AS 47/17 R).
- **Anschaffungskosten** für schulnotwendige Berufskleidung bei einem Koch sind im RB strukturell unzureichend erfasst und sind daher in verfassungskonformer Auslegung zu erbringen (LSG NDB 26.5.2020 - L 11 AS 793/18).
- In **München Stadt/Land** gibt es wegen höherer Lebenshaltungskosten im **SGB XII** einen um **14 €**, im **LK Fürstenfeldbruck** **22 € höheren Regelbedarf** (bei RB 1) **höheren Regelbedarf**. Aufgrund des **Gleichbehandlungsgrundsatzes** sind im SGB II dieser höhere Bedarf im Rahmen des Härtefallbedarfes nach § 21 Abs. 6 SGB II zu erbringen.

Einmalige Bedarfe in Bezug auf digitale Endgeräte

Die Härtefallregelung wurde zum 1.1.2021 geändert, darin heißt es jetzt:

„Bei Leistungsberechtigten wird ein Mehrbedarf anerkannt, soweit im Einzelfall ein **unabweisbarer**, besonderer laufender nicht nur einmaliger Bedarf besteht; bei **einmaligen Bedarfen** ist weitere Voraussetzung, dass ein **[Anspar]Darlehen nach § 24 Absatz 1 nicht zumutbar** oder wegen der Art des Bedarfs **nicht möglich ist**“ (§ 21 Abs. 6 SGB II).

Im Regelbedarf 2021 sind bei Kindern von 6 bis unter 14 Jahren **1,60 €** und bei Jugendlichen von 14 bis unter 18 Jahren **0,66 € Bildungskosten** enthalten. Da diese vom Gesetzgeber selbst als zu gering angesehen wurden, wurde – auf Druck vom BVerfG, BSG und durch Druck von Unten – die Öffnungsklausel für einmalige Bedarfe eingeführt.

Seit dem 1. Feb. 2021 gibt es verschiedene Weisungen der Ministerien, nach denen digitale Endgeräte zu erbringen sind. Es wurde sich darauf verständigt, dass nach Vorlage einer schulischen Notwendigkeitsbescheinigung ein Zuschuss für digitale Endgeräte bis 350 € (250 € Digitalgerät und 100 € Drucker) zu bewilligen sind.

Der Anspruch auf digitale Geräte betrifft folgende Fallgruppen:

1. **SGB II – Beziehende**, Weisung der BA, Download: <https://t1p.de/esjv> und <https://t1p.de/lq49>
2. **SGB XII - Beziehende** und **Geflüchtete mit sog. Analog-Leistungen** nach § 2 AsylbLG, BMAS - Weisung, Download: <https://t1p.de/ormb>
3. **Geflüchtete mit Grundleistungen** nach § 3 AsylbLG, hier gibt es keine Weisung, der Anspruch ergibt sich aus § 6 Abs. 1 S. 1 AsylbLG
4. **Kinderzuschlag - Beziehende**, Infos dazu auf Tacheleswebseite <https://t1p.de/7tzl> Nr. 4)
5. **Wohngeld - Beziehende**, dazu „Weisung einmalige SGB II – Ansprüche führen nicht zum Leistungsausschluss“ Weisung Download: <https://t1p.de/8fmr>
6. **Kinder- und Jugendhilfeleistungen Beziehende**, nach § 39 Abs. 3 SGB VIII, Infos dazu auf Tacheleswebseite <https://t1p.de/7tzl> Nr. 6)

Umfassender Überblick, mit Musteranträgen, Weisungen der Ministerien auf der Tachelesseite unter: <https://t1p.de/7tzl>

Laufende und einmalige Bedarfe nach § 21 Abs. 6 SGB II (nach der ab 2021 geltender Rechtslage)

Das BVerfG hat in seinem Urteil aus 2014 (BVerfG 23.7.2014 – 1 BvL10/12) festgestellt, dass die Regelbedarfe in einer Höhe festgesetzt wurden, die **kurz vor Verfassungswidrigkeit** sind und verschiedene Änderungen eingefordert:

Elektrogroßgeräte (Rn 120), **Brillen** (Rn 120) und **einmalige Bedarfe** (Rn 116)

Das BVerfG hat in dem Urteil auch klargestellt, das „auf ein Anschaffungsdarlehen [...] nur verwiesen werden [kann], wenn die Regelbedarfsleistung so hoch bemessen ist, dass entsprechende Spielräume für Rückzahlungen bestehen“ (BVerfG 23.7.2014 – 1 BvL10/12, Rn 116).

Der Gesetzgeber hat nun nach fast 7 Jahren reagiert und in die ab Januar 2021 geltende Rechtslage eingefügt:

„Bei Leistungsberechtigten wird ein Mehrbedarf anerkannt, soweit im Einzelfall ein unabweisbarer [...] Bedarf besteht; bei einmaligen Bedarfen ist weitere Voraussetzung, dass ein [Anspar]Darlehen [...] nicht zumutbar [...] oder wegen der Art des Bedarfs nicht möglich ist“ (§ 21 Abs. 6 SGB II).

Das bedeutet:

- Ein **Darlehen ist nicht zumutbar**, wenn ein einmaliger Bedarf zu gering im Regelsatz berücksichtigt ist, (zB. 0,66 € Bildungskosten im Monat bei 350 € Bedarf für ein digitales Gerät). Dann muss es nach § 21, 6 SGB II auf Zuschussbasis gewährt werden oder besondere Belastungen vorliegen, zB nicht übernommene KdU, Schuldverpflichtungen etc.
- Ein Darlehen ist **nicht möglich**, wenn ein einmaliger Bedarf gar nicht im Regelsatz enthalten ist (zB. Dolmetscher- und Übersetzerkosten, Passkosten etc.)

Beispiel Anschaffungskosten einer Waschmaschine

Im Regelbedarf sind für alle Elektrogroßgeräte 3,35 €/mtl. enthalten, für eine Waschmaschine rund 0,40 €/mtl. Dieser Betrag x 12 Monate ergibt **4,80 € im Jahr**.

Nehmen wir mal an, es müsse eine Waschmaschine angeschafft werden, bei einem bekannten Versandhändler kostet die günstigste Waschmaschine 223,23 € zzgl. 29,99 € Transport = **253,32 €**.

Um eine solche Waschmaschine anzusparen, müsste ein Alg II-Beziehender **52,78 Jahre sparen**.

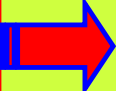
Das bedeutet: Da eine sehr hohe Differenz zwischen statistischem Durchschnittswert und Anschaffungspreis vorliegt (BVerfG 23.7.2014 – 1 BvL10/12, Rn 120) ist „ein Darlehen nach § 24 Absatz 1 [...] nicht zumutbar“, weshalb die Anschaffungskosten für die Waschmaschine **im Rahmen des neuen Härtefallbedarfs** nach § 21 Abs. 6 SGB II **zu erbringen**.

Vorgehen zur Durchsetzung von einmaligen Bedarfen

Bisher gibt es keine Ambitionen der BA geeignete Auslegungen der neuen Rechtsnorm vorzunehmen, d.h. wir haben seit 1/2021 ein neues Gesetz, aber keine Leitlinien, was im Detail darunter zu verstehen ist und wie das neue Gesetz umgesetzt werden kann.

Praktische Beispiele bei denen einmalige Bedarfe geltend gemacht werden können:

- Brillen
- Gebühren für Pässe und Passbeschaffungskosten
- Kosten für Dolmetscher und Übersetzer (insofern kein Anspruch nach VO 883 besteht)
- Kosten zur Beschaffung von Papieren, Geburtsurkunden, Heiratsfähigkeitsbescheinigungen
- Elektrogroßgeräte
- Digitale Endgeräte
- Reisekosten zu schwer erkrankten oder sterbenden Angehörigen oder zur Beerdigung



Der praktische Weg wird sein, dass diese Kosten zunächst beim Jobcenter zu beantragen sind, sie sollten beim Antrag präzise beziffert und glaubhaft (Belege, Kostenkalkulationen beilegen) gemacht werden. Es sollte die Frist genannt werden, bis zu der das Jobcenter aufgrund der Umstände des Einzelfalls die Entscheidung zu treffen hat.

Bei einem solchen Antrag muss das Jobcenter in eine präzise Prüfung eintreten, dabei sind folgende Punkte zu prüfen, sind einmalige unabweisbare Bedarfe:

1. **nicht im RB enthalten**, sind sie auf **Zuschussbasis zu übernehmen**.
2. **im RB enthalten**, muss geprüft werden in welcher Höhe sie enthalten sind und ob *„ein Darlehen nach § 24 Absatz 1 zumutbar ist“*. Wenn diese Bedarfe zu gering in den Regelbedarfen berücksichtigt sind, muss die Leistung nach § 21 Abs. 6 SGB II auf Zuschussbasis gewährt werden. Zur Frage ob ein Darlehen zumutbar ist, gehört auch eine Einzelfallprüfung, ob beispielsweise wegen KdU – Reduktionen, Strompreissteigerung, Aufrechnung von behördlichen Ansprüchen oder Schuldverpflichtung eine Nichtzumutbarkeit entsteht.
3. Wahrscheinlicher ist, dass die JC's die einmaligen Bedarfe als „unabweisbarer Bedarf“ nach § 24 Abs. 1 SGB II auf Darlehens Basis gewähren. Hier ist zu empfehlen, dies Darlehen zunächst anzunehmen, weil die Antragstellenden dringend darauf angewiesen sind und danach gegen die Gewährung nach § 24,1 in Widerspruch zu gehen und ebenfalls bis zur abschließenden Klärung gegen die Aufrechnung des Darlehen. Der Widerspruch gegen die Aufrechnungsverfügung entfaltet aufschiebende Wirkung (§ 86a Abs. 1 SGG) und so kann in Ruhe das Rechtsmittelverfahren durchgeführt werden. Siehe Arbeitshilfe zur Passbeschaffung der GGUA:

<https://t1p.de/l1cm>

Anspruchsberechtigte auf Bildung und Teilhabe:

Bildungsleistungen wird erbracht für **Kinder, Jugendliche und Jungerwachsene**, die das **25. Lebensjahr nicht vollendet haben**, eine **allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen und ALG II** (§ 28 ff SGB II), **Sozialhilfe** (§ 34, § 34a SGB XII), **Wohngeld** oder **Kinderzuschlag** (§ 6b BKGG) und **AsylbLG** (§ 3 Abs. 4 AsylbLG i.V. m. § 34 f. SGB XII) erhalten. BuT wird auch erbracht für Kinder und Jugendliche **in SGB II-Haushalten**, die selbst **keine** SGB II - Leistungen, Kinderzuschlag oder Kinderwohngeld erhalten (§ 6b Abs. 1 S. 2 BKGG).

Teilhabeleistungen werden **nur für Minderjährige** erbracht (§ 28 Abs. 7 SGB II)

- Der Begriff der „allgemeinbildenden Schule“ ist weit auszulegen, allgemeinbildend ist danach jede Schule, an der ein allgemeiner Schulabschluss angestrebt wird (SG Kiel 30.9.2020 - S 42 AS 773/17).
- Anspruch auf BuT haben auch Haushalte, die BuT-Bedarfe **nicht vollständig aus eigenen Mitteln bestreiten** können und **nicht** im laufenden SGB II-/SGB XII-/KIZ-/WoGG-Bezug stehen. Hier ist für arbeitsfähige und nichtarbeitsfähige Antragsteller das Sozialamt zuständig (§ 34a Abs. 1 S. 2 SGB XII).

BuT-Leistungen können rückwirkend im Leistungsbezug geltend gemacht werden

Die BuT-Bedarfe können, insofern Leistungsbezug vorlag, rückwirkend bis max. Jan. des jeweiligen Vorjahres geltend gemacht werden, lediglich der Nachhilfeunterricht muss **gesondert beantragt werden** und kann daher **nicht rückwirkend geltend gemacht werden** (§ 37 Abs. 1 S. 2 SGB II/ § 34a Abs. 1 S. 1 SGB XII).

Die Bildungs- und Teilhabeleistungen im Einzelnen:

Schul- und Kitaausflüge, sowie mehrtägige Klassenfahrten (§ 28 Abs. 2 SGB II)

Aufwendungen für eintägige Schul- und Kitaausflüge, mehrtägige Klassenfahrten, sowie schulischerseits organisierter Schüleraustausch (BSG 22.11.2011 – B 4 AS 204/10 R) sind in tatsächlicher Höhe, ohne Angemessenheitsprüfung zu übernehmen (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl., § 28 Rn 20). Unter „Aufwendungen“ fallen alle erforderlichen. Insbesondere Transport, Unterkunft, Verpflegung, Eintrittsgelder oder auch Kosten zum Ausleihen einer Skiausrüstung (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl., § 28 Rn 25). Sind wegen der Corona-Pandemie Stornierungsgebühren für Klassenfahrten angefallen und werden diese nicht vom Land übernommen, sind sie diese den Klassenfahrten gleichzustellen.

Die Bildungs- und Teilhabeleistungen im Einzelnen:

Schulbasispaket (§ 28 Abs. 3 SGB II)

Das **Schulbasispaket** wird zur Deckung des **persönlicher Schulbedarf** regelmäßig in zwei Raten zum 1. Februar in Höhe von **52 €** und zum **1. August** in Höhe von **104 €** für das **jeweilige Schulhalbjahr** erbracht (§ 28 Abs. 3 SGB II iVm § 34 Abs. 3 Nr. 1 + 3 SGB XII). **Es bedarf keines Leistungsbezuges** zum jeweiligen **Stichtag**.

→ Das Verlangen der Vorlage eines Schulzeugnisses zum Erhalt des Schulbasispakets ist nicht zulässig.

Schülerbeförderungskosten zur nächstgelegenen Schule des gewählten Bildungsgangs (§ 28 Abs. 4 SGB II).

Es sind ohne Eigenanteile die **tatsächlichen Aufwendungen** zur Schülerbeförderung zur nächstgelegenen Schule des gewählten Bildungsgangs zu übernehmen, soweit die Schüler auf diese **angewiesen** sind und diese nicht **von Dritten** nach landesrechtlichen Bestimmungen **übernommen** werden.

Die Angewiesenheit orientiert sich in der Regel an den landesrechtlichen Bestimmungen zur Schülerbeförderung, sie sind aber auch anhand der **örtlichen Besonderheiten**, der **persönlichen Umstände** des Schülers zu bemessen → **Einzelfall** (BSG 17.3.2016 – B 4 AS 39/15 R).

Als nächstgelegene Schule gilt **eine Schule**, die **aufgrund ihres Profils** gewählt wurde, soweit aus diesem Profil eine **besondere inhaltliche oder organisatorische Ausgestaltung** des Unterrichts erfolgt, dies ist **insbesondere** der Fall bei Schulen **mit naturwissenschaftlichem, musikischem, sportlichem oder sprachlichem Profil, sowie bilinguale Schulen** oder **ganztägiger Ausrichtung**.

Außerschulische Lernförderung (§ 28 Abs. 5 SGB II)

Bei Schülerinnen und Schülern wird eine **schulische Angebote ergänzende angemessene Lernförderung** berücksichtigt, soweit diese **geeignet** und zusätzlich **erforderlich** ist, um die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele zu erreichen. Auf eine bestehende Versetzungsgefährdung kommt es dabei nicht an. Die Notwendigkeit der Lernförderung ist durch eine **schulische Nachhilfenotwendigkeitsbestätigung** nachzuweisen.

Lernförderung dient dazu, die nach den **jeweiligen landesrechtlichen schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten Lernzielen** zu erreichen, auf eine **Versetzungsgefährdung** kommt es dabei nicht an. Die **Stärkung wesentlicher Kulturtechniken** (Entwicklung sicherer Grundlagen für selbstständiges Denken, Lernen und Arbeiten und die Beherrschung des Lesens, Schreibens und Rechnens) gehört auch in der Sekundarstufe zu den **wesentlichen und förderungsfähigen Lernzielen** (LSG SH 20.1.2017 - L 3 AS 195/13; BSG 25.4.2018 – B 4 AS 19/17 R).

Die Bildungs- und Teilhabeleistungen im Einzelnen:

Gemeinschaftliche Mittagsverpflegung (§28 Abs. 6 SGB II)

Aufwendungen für **gemeinschaftliche Mittagsverpflegung von Schülern in Schulen oder Kindern in Tageseinrichtung oder Kindertagespflege** sind **ohne Eigenanteil** zu übernehmen wenn diese in schulischer Verantwortung angeboten wird oder durch einen Kooperationsvertrag zwischen Schule und Tageseinrichtung vereinbart ist (§ 28 Abs. 6 S. 2 SGB II). Kosten für ein trägerseitig angebotenes Frühstück sind davon nicht erfasst.

Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft (§ 28 Abs. 7 SGB II)

Für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft werden bei Minderjährigen **15 €** monatlich berücksichtigt, für

- Aktivitäten in den Bereichen Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit,
- Unterricht in künstlerischen Fächern (zum Beispiel Musikunterricht) und vergleichbaren angeleiteten Aktivitäten der kulturellen Bildung sowie (30 € im Monat, SG Detmold 27.09.2016 – S 7 AS 2145/13, Rn 25)
- Freizeiten.

Daneben können auch weitere tatsächliche Aufwendungen berücksichtigt werden, wenn sie in Zusammenhang mit der Teilnahme an den oben genannten Aktivitäten stehen und es dem Leistungsberechtigten im begründeten Ausnahmefall nicht zugemutet werden kann, diese aus dem Regelbedarf zu bestreiten (§ 28 Abs. 7 Satz 2 SGB II). Damit kann die Anschaffung von **Ausrüstungsgegenständen** unterstützt werden.

Das kann nach Rechtsprechung und Gesetzesbegründung sein:

- für **Fahrtkosten** (BVerfG 23.7.2014 – 1 BvL 10/12, Rn 132)
- **Kauf von Musikinstrumenten** (LPK SGB II, 7. Aufl., § 28 Rn 48, mit Verweis auf BT-Drs. 17/12036, 8)
- **Utensilien für die Ausübung einer Sportart und Schutzbekleidung** (LPK SGB II, 7. Aufl., § 28 Rn 48, mit Verweis auf BT-Drs. 17/12036, 8)

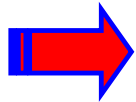
Teilhabeleistungen können ab 8/2019 auch **als Geldleistung direkt an die Leistungsberechtigten gezahlt werden** (§ 29 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II). **Das bedeutet:** keine Bürokratie, keine Diskriminierung, kein Verstoß gegen den Datenschutz, sondern die jeweilige Sozialverwaltung kann entscheiden, die Teilhabeleistungen unmittelbar an die Berechtigten ausbezahlen!

1. Was ist KdU?

Definition »Unterkunftskosten«

§ 22 Abs. 1
SGB II

„Bedarfe für Unterkunft, Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind.“



Für Bewilligungszeiträume, die zwischen **März 2020** und **März 2022** begonnen haben/ bzw. beginnen werden, **gelten die tatsächlichen Unterkunftskosten unwiderlegbar für sechs Monate als angemessen** (§ 67 Abs. 3 SGB II), insofern nicht schon im vorangegangenen Bewilligungszeitraum die Unterkunftskosten wegen Unangemessenheit abgesenkt wurden (§ 67 Abs. 3 S. 3 SGB II).

Definition von Bedarfen für Unterkunft, Heizung

„Eine Unterkunft im Sinne des SGB II ist eine Einrichtung oder Anlage, die geeignet ist, vor den Unbilden des Wetters bzw. der Witterung zu schützen und eine gewisse Privatsphäre gewährleistet“ (BSG 17.6.2010 – B 14 AS 79/09 R), einschließlich der Möglichkeit, private Gegenstände zu verwahren (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 39; BSG 16.12.2008 - B 4 AS 1/08).

Unterkunftskosten im Sinne von § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II sind:

- alle **laufenden** und **einmaligen Bedarfe** für eine Unterkunft, welche anlässlich der Nutzung einer Unterkunft **anfallen** oder sich aus dem **Mietvertrag** bzw. einer mit dem Vermieter **getroffenen Vereinbarung** über die Unterkunft ergeben (BSG 23.5.2013 – B 4 AS 67/12 R).
- dazu gehören auch **Heizkosten** (BSG 16.5.2007 – B 7b AS 40/06 R)
- und **zentral zubereitetes Warmwasser** (mit der Heizung zusammen zubereitetes Warmwasser (§ 21 Abs. 7 S. 2 SGB II).
- Voraussetzung ist, dass **die Unterkunft tatsächlich genutzt wird** (BSG 23.5.2012 – B 14 AS 133/11 R 9).
- **Nachzahlungen aus Neben- und Heizkostenabrechnungen sind Bedarf im Monat der Fälligkeit** (BSG 22.3.2010 – B 4 AS 62/09 R),
- **unerheblich ist** dabei, ob die **Nachforderung aus Zeiten des Nichtleistungsbezuges** entstanden ist (BSG 24.11.2011 – B 14 AS 121/10 R).
- **Nebenkostennachzahlungen** sind nur zu übernehmen, wenn die Unterkunft noch **bewohnt wird** (BSG 25.6.2015- B 14 AS 40/14 R)
- Der Anspruch auf Übernahme der **Nebenkostennachzahlungen** besteht für **unbewohnte Wohnungen aber doch**, wenn ein Wohnungswechsel **aufgrund eines Kostensenkungsverfahrens erfolgte** (BSG 20.11.2011- B 4 AS 9/11 R).
- Gebühren für Gemeinschaftsunterkünfte, die nachträglich geltend gemacht werden, sind als sozialrechtlicher **Bedarf im Monat der Fälligkeit** zu übernehmen, auch wenn sie nicht mehr bewohnt werden (BSG 19.5.2021 - B 14 AS 19/20 R).

Für die Übernahme kommt es **nicht** auf die **ordnungsrechtliche Legalität der Nutzung** an, sondern darauf, dass die Kosten durch vertragliche Regelung oder anlässlich der Nutzung **konkret anfallen** (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 39; LSG Bay 15.3.2007 - L 7 AS 134/06).

2. Was ist KdU?

Definition »Unterkunftskosten«

§ 22 Abs. 1
SGB II

„Bedarfe für Unterkunft, Heizung werden in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit diese angemessen sind.“

Unter „Bedarfe für Unterkunft und Heizung“ sind folgende Kosten zu verstehen

Kosten in regulären Wohnverhältnissen:

- Mietwohnung
- selbstgenutztes Eigentum
- Untermietsverhältnissen
- möblierte Zimmer oder Wohnungen
- oder Monteuerwohnungen.

Kosten in irregulären Wohnverhältnissen:

- **Hotel- oder Pensionszimmer** (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 41; LSG NRW 9.10.2019 - L7 AS 922/18);
- **Entschädigungszahlungen nach Kündigung des Mietverhältnisses** (SG Regensburg 23.12.2013 - S 16 AS 678/13 ER; LSG NRW 18.1.2013 - L 6 AS 2124/11 B)
- **Unterhaltskosten für Wohnmobil** wie Kfz-Steuer, Versicherung, Heizgas, Diesel, Wartung (BSG 17.6.2010 - B 14 AS 79/09 R);
- **Bau- und Wohnwagen** (LSG Hessen 28.10.2009 – L 7 AS 326/09 B ER);
- **Schiffe** (KdU Richtlinie Kreis Höxter, 10.6.2010) und **Hausboot** (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 40)
- **Gartenhaus oder Gartenlaube** (LSG BB 8.3.2006 – L 19 B 42/06 AS ER);
- Miet- und Pachtkosten für **einen Schrebergarten** (KdU-RiLi Krefeld);
- **Zimmer in Obdachlosenunterkunft** (BVerfG 12.12.1995 – 5 C 28.93)
- **Obdachlosenunterkunft und Lagerraum** für persönliche Gegenstände (BSG 16.12.2008 – B 4 AS 1/08 R);
- **Kosten zum Betreiben eines Camping-Gasheizstrahlers eines Obdachlosen in einem Zelt** (SG Freiburg 13.1.2022 - S 9 AS 84/22 ER);
- **Einlagerungskosten** (BSG 16.12.2008 – B 4 AS 1/08 R); Kosten für **Campingplatz** (BSG 17.6.2010 - B 14 AS 79/09 R);
- **Doppelmieten**, auch von nicht bewohnten Unterkünften, wenn sie **tatsächlich anfallen und unvermeidbar** sind (BSG 30.10.2019 - B 14 AS 2/19 R).
- **Nachträglich geltend gemachte Gebühren für Flüchtlingsunterkunft** ist im Monat der Fälligestellung KdU-Bedarf in tatsächlicher Höhe (BSG 19.5.2021 - B 14 AS 19/20 R).

Auf **Not- und Obdachlosenunterkünfte** zur Deckung des Unterkunftsbedarfes **muss sich keiner verweisen lassen** (LSG NRW 26.11.2009 - L 19 B 297/09 AS ER; LSG BB 12.03.2020 – L 32 AS 225/20 B; LPK SGB II, 7. Aufl., § 22 Rn 23). Not- und Obdachlosenunterkünfte sind **keine auf Dauer geeignete Unterkünfte** (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 41)

1. Was ist KdU?

Definition »Bedarfe für Unterkunft«

Zu den »Bedarfen für Unterkunft« gehören vom Grundsatz her alle Kosten, die anlässlich der **Nutzung einer Unterkunft tatsächlich oder rechtlich anfallenden** (BSG 19.10.2010 - B 14 AS 2/10R) und wenn sie **unausweichlich sind** (BSG 7.5.2009 - B 14 AS 14/08 R).

- **Mündlich abgeschlossene Mietverträge sind wirksame Verträge**, auch unter Verwandten. Es bedarf dafür keinen schriftlichen Vertrag (BSG 7.5.2009 - B 14 AS 31/07 R). Die Miete muss auch nicht zwingend bezahlt werden. Es reicht aus, dass der Hilfebedürftige im jeweiligen Leistungszeitraum einer wirksamen und nicht dauerhaft gestundeten Mietforderung ausgesetzt ist (BSG 3.3.2009 - B 4 AS 37/08 R).
- **Mietvertraglich geschuldete Schönheitsreparaturen** (BSG 19.3.2008 - B 11b AS 31/06 R); sie sind zusätzlich zu übernehmen und dürfen nicht in die Angemessenheitsbetrachtung einfließen (BSG 16.12.2008 - B 4 AS 49/07 R), **auch** wenn diese aus Zeiten des **Nichthilfebezuges** kommen, aber im Hilfebezug fällig werden (LSG Bayern 30.5.2007 - L 7 B 59/07 AS PKH). **Schönheitsreparaturen** sind auch dann zu übernehmen, wenn **aus tatsächlichen Gründen** die Wohnung renoviert werden muss (LSG NSB 11.9.2006 - L 9 AS 409/06; LSG NRW 30.4.2010 - L 1 AS 164/10 B). Das BSG stellt klar, dass solche Aufwendungen **nicht als Reparaturen und Instandhaltungen im Regelsatz enthalten sind** (so auch LSG BB 12.2.2014 - L 18 AS 2908/12).
- **Unausweisliche Wohnnebenkosten** sind bis zur Angemessenheitsgrenze zu übernehmen: mitvertraglich vorgeschriebene **Hausrat-, Haftpflicht-** (BSG 30.6.2021 - B 4 AS 76/20 R) **und Glasbruchversicherung** (LSG HH 9.8.2012 - L 4 AS 367/10; LSG BB 19.11.08 - L 10 AS 541/08; LSG NRW 19.11.09 - L 7 B 234/09 AS NZB); **Kabelfernsehen** (BSG 19.2.2009 - B 4 AS 48/08 R) und **Kosten für Stellplatz** (BSG 18.5.2021 - B 14 AS 39/20 R), insofern sie **mietvertraglich vorgeschrieben** sind und der Vermieter **nicht zu einer Abänderung bereit ist** (BSG 19.10.2010 - B 14 AS 2/10 R).
- Kosten zur **Anschaffung eines Gasofens**, wenn dies zur Bewohnbarmachung der Wohnung erforderlich ist (LSG RP 28.11.2012 - L 6 AS 573/ 12 B ER), **Gasheizung** (SG DO 28.5.2014 - S 18 AS 1411/11).
- **Einzugs- und Auszugsrenovierung**, soweit sie **notwendig** oder rechtmäßig **vertraglich** vorgeschrieben sind (BSG 16.12.2008 - B 4 AS 49/07 R; BSG 6.10.2011 - B 14 AS 66/11 R; BSG 7.7.2011 - B 14 AS 15/10 R).
- Vertraglich vorgeschriebene **Wartungskosten** für Heizungen (SG Augsburg 6.8.2007 - S 9 AS 271/07).
- **Stromkosten für den Betrieb einer Heizung** („Zünd- und Pumpstrom“) sind in tatsächlicher Höhe zu übernehmen. Ist dafür kein separater Zähler vorhanden kommt eine Schätzung des Stromverbrauchs in Betracht (BSG 3.12.2015 - B 4 AS 47/14 R; BSG 7.7.2011 - B 14 AS 51/10 R). Das LSG NRW geht von **zusätzlichen 5 % der Brennstoffkosten** aus (LSG NRW 16.12.2011 - L 19 AS 1261/11 NZB).
- **Doppelmieten**, wenn sie **tatsächlich anfallen** und **unvermeidbar** sind (BSG 30.10.2019 - B 14 AS 2/19 R).

Zu den KdU können ebenfalls gehören:

- **Möblierungszuschläge** (BSG 8.5.2009 - B 14 AS 14/08 R). Eine Kürzung wegen Möblierung ist **auch im SGB XII unzulässig** (BSG 20.9.2012 - B 8 SO 4/11 R). Werden im betreuten Wohnen Betreuungspauschalen im Nutzungsvertrag geltend gemacht, sind das unausweisliche Wohnnebenkosten und als KdU zu übernehmen (LSG BaWü 25.11.2010 - L 12 AS 1520/09; Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 56; BSG 14.4.2011 – B 8 SO 19/09 R in Bezug auf SGB XII).
- **Gehören zu einem Miet- oder Nutzungsvertrag Stromkosten** für Haushaltsenergie, zB bei Untermietsverhältnissen, im betreuten Wohnen, in einer Gemeinschafts- oder Obdachlosenunterkunft, ist **eine Nichtberücksichtigung dieser Kosten als Unterkunftskosten rechtswidrig**. Denn: KdU müssen in tatsächlicher Höhe übernommen werden. Ebenso ist eine **Kürzung des Regelbedarfes um die Energiekostenanteile**, wenn diese in der Miete die Energiekosten enthalten sind, **nicht zulässig**, da im SGB II die Regelbedarfe als Pauschale nach § 20 Abs. 1 S. 3 SGB II erbracht werden (BSG 24.11.2011 – B 14 AS 151/10 R).
- Ist nach den jeweiligen Landesbaugesetzen die **Ausstattung der Wohnung mit Rauchmeldern vorgeschrieben und werden diese vermietetseitig nicht gestellt**, handelt es sich dabei um KdU-Aufwendungen, die in tatsächlicher Höhe zu übernehmen sind (diverse KdU Richtlinien bundesweit; § 22 Abs. 1 S. 1 SGB II).
- **Kosten zur Ungezieferbeseitigung/Schädlingsbekämpfungskosten**, vorliegend ein Bettwanzenbefall (SG Reutlingen 13.11.2019 - S 4 AS 2464/19 ER)
- **Entstehung Mahn- und Zinskosten und Gerichtskosten aufgrund unberechtigten Versagung** von SGB II-Leistungen, sind diese im Rahmen des »sozialrechtlichen Herstellungsanspruchs« als KdU zu übernehmen (Bay LSG 18.1.2021 - L 16 AS 654/20 B ER; LSG Baden-Württemberg 27.6.2014 - L 9 AS 1742/14, Rn. 56)
- **Grundreinigung und Renovierung einer Messie-Wohnung** gehören nicht zu den KdU im Sinne des SGB II. Dahingehende Ansprüche sind im Rahmen der „§ 67er-Hilfe - Hilfen zur Überwindung von Lebenslagen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten“ des SGB XII zu übernehmen, es handelt sich hier um **Erhalt einer Wohnung** im Sinne des § 68 Abs. 1 SGB XII (LSG NSB 8.3.2012 – L 13 AS 22/12 B ER).

Eigentum: unabweisbare Aufwendungen für Instandhaltung und Reparatur bei angemessenen selbstgenutztem Eigentum sind als Zuschuss zu berücksichtigen, soweit hierdurch die für Mietwohnraum geltenden örtlichen Angemessenheitsgrenzen in 12 Monaten nicht überschritten werden (§ 22 Abs. 2 SGB II; LSG Sachsen-Anhalt 3.1.2011- L 5 AS 423/09 B ER; SG DO 19.9.2016 - S 19 AS 1803/15).



Ein **Kürzung der Regelbedarfe** wegen unausweichlichen Wohnnebenkosten wie Haushaltsenergie, Möblierung, Kabel- oder Internetzugang **ist immer und ohne Ausnahme rechtswidrig**, selbst dann, wenn diese im Miet- oder Nutzungsvertrag separat ausgewiesen sind, weil es sich bei den SGB II - Regelbedarfen um **pauschalisierte Regelbedarfe** handelt (§ 20 Abs. 1 S. 3 SGB II).

Konkretisierung von »angemessenen Unterkunftskosten«

Bedarfe für Unterkunft und Heizung sind zunächst in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen zu erbringen, soweit diese angemessen sind (§ 22 Abs. 1 S. 1 SGB II).

Welcher Betrag „angemessen“ ist, steht aber nicht im Gesetz, sondern muss vielmehr **vor dem Hintergrund des Einzelfalls und der lokalen Gegebenheiten** festgelegt werden.

Das BSG hat in **ständiger Rechtsprechung** (BSG 25.4.2018 - B 14 AS 14/17 R; BSG 6.6.2015 - B 4 AS 44/14 R; BSG 22.9.2009 - B 4 AS 18/09 R; BSG 19.2.2009 - B 4 AS 30/08 R; BSG 27.2.08 - B 14/7b AS 70/06 R; BSG 18.6.2008 - B 14 AS 44/06 R; BSG 7.11.2006 - B 7b AS 18/06 R und B 7b AS 10/06 R) zur Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „*angemessene Unterkunftskosten*“ die sog. **»Produkttheorie«** vorgegeben. Diese hat in vier Schritten geprüft zu werden: 1. **angemessene Wohnungsgröße** und **angemessener Wohnungsstandard**, 2. Festlegung des **Vergleichsgebietes**, 3. hypothetische **Referenzmiete** und 4. ob für diesen Preis die **konkrete Möglichkeit besteht**, eine abstrakt als angemessen angesehene Wohnung auf dem Wohnungsmarkt **anzumieten**.

Aus diesen Schritten soll das »Produkt«, also die **Mietobergrenze** (MOG) ermittelt werden.

Prüfschritte zur Festsetzung des Angemessenheitsrichtwertes

$$\begin{array}{l} \text{Wohnungsgröße nach Landesrecht} \quad \times \quad \text{örtlicher Mietpreis + Betriebskosten} \\ \text{(nach jeweiligen landesrechtlichen Bestimmungen)} \quad \quad \quad \text{(unteres Preissegment des lokalen Mietniveaus)} \\ \\ = \\ \text{abstrakte Mietobergrenze (MOG)} \\ \text{+ ggf. Erhöhungen aufgrund der Besonderheiten des Einzelfalls} \\ \\ = \text{individuelle MOG} \end{array}$$

Eine **isolierte Angemessenheitsprüfung einzelner Faktoren** wie Wohnungsgröße, Höhe der Betriebskosten oder Heizkosten **ist unzulässig, wenn das Gesamtergebnis als „Produkt“ angemessen ist** (BSG 7.11.2006 - B 7b AS 18/06 R; LPK SGB II 7. Auf., § 22 Rn 90).

Die angemessenen Unterkunftskosten sind immer als **Bruttokaltmiete (Grundmiete und Betriebskosten)** zu ermitteln (BSG 19.10.2010 - B 14 AS 2/10 R). Seit dem 01.08.2016 kann aber auch eine **Gesamtangemessenheitsgrenze** aus der **Bruttokaltmiete und den Heizkosten** gebildet werden (§ 22 Abs. 10 SGB II).

Anzahl der **Personen**, **Einzelfall** und die sich **daraus ergebende Wohnfläche**

Anzahl der Personen	Wohnungsgröße (bis zu)
1	45 - 50 qm
2	60 - 65 qm
3	75 - 80 qm
4	90 - 95 qm
jede weitere	+ 10 - 15 qm

- Bezugspunkt für abstrakte Größe sind die **jeweiligen landesrechtlichen Bestimmungen des Wohnraumförderungsgesetzes** (§ 10 WoFG; BSG 7.11.2006 - 7b AS 18/06 R; BSG 19.2.2009 – B 4 AS 30/08 R; BSG 18.2.2010 – B 14 AS 73/08 R; BSG 19.10.2010 – B 14 AS 2/10 R).
- Die Wohnungsgrößen bedeuten aber **keinen Mindestanspruch**, sondern **Höchstgrenzen**.
- Für die Bestimmung der **angemessenen Unterkunftskosten** sind ausschließlich die **zur BG gehörenden Personen maßstäblich** (BSG 25.4. 2018 - B 14 AS 14/17 R; BSG 18.6 2008 - B 14/11b AS61/06 R; BSG 18.2.2010 - B 14 AS 73/08 R). Darunter fallen auch **Kleinkinder** und **Säuglinge** (LSG MV 28.10.2008 - L 8 299/08; LSG BB 24.8.2007 - L 28 B 1389/07 AS ER).

Die Wohnfläche einer Wohnung für Alleinstehende **muss mindestens 35 m²** betragen (LSG Hessen 12.3.2007 - L 9 AS 260/06; Wohnungsbindungsgesetz Bayern; Nr. 8.2,WNB NRW u.a.). Das bedeutet: kein SGB II-Beziehender ist verpflichtet, in kleineren Wohnraum zu ziehen. Das **bedeutet** aber **nicht**, dass er das nicht kann. Das JC ist **nicht befugt, die Anmietung einer Unterkunft wegen zu geringer Größe abzulehnen**, das wäre nur bei Überbelegung zulässig (siehe Ausarbeitung Wissenschaftlicher Dienst, WD 7 - 3000 - 102/17, Download: <https://t1p.de/90yt>)

Der örtliche Mietpreis ist durch bereite Quellen zu ermitteln ...

Die örtlichen Mietpreise sind durch „bereite Quellen“ in einem »schlüssigen Konzept« zu ermitteln. Das Jobcenter hat Methodenfreiheit, wie es die angemessenen Unterkunftskosten ermittelt. Es muss aber eine zeit- und realitätsnahe Bestimmung vornehmen, zudem bedarf es eines transparenten Verfahrens (siehe u. a. BSG 17.09.2020 - B 4 AS 11/20 R; BSG 30.1.2019 - B 14 AS 10/18 R; BSG 30.1.2019 - B 14 AS 11/18 R; BSG 30.1.2019 - B 14 AS 12/18 R; BSG 30.1.2019 - B 14 AS 24/18 R; BSG 30.1.2019 - B 14 AS 27/18 R; BSG 30.1.2019 - B 14 AS 41/18 R; BSG 17.12.2009 - B 4 AS 27/09, erstmals BSG 22.9.2009 - B 4 AS 18/09 R)

Hinsichtlich der Art der Ermittlung der angemessene Unterkunftskosten hat der Sozialleistungsträger Methodenfreiheit. Er hat aber bekannt zu machen, wie er die KdU im Detail ermittelt hat. Grundsätzlich darf er folgende Wege gehen:

- **örtliche einfache und qualifizierte Mietspiegel bzw. Mietdatenbanken**
- **„Schlüssige Konzepte“**, die bei Fachfirmen gekauft werden können (Emprica, Analyse & Konzepte ...)
- **eigene, vom Leistungsträger erstellte grundsicherungsrelevante Mietspiegel**

Liegen keine »bereite Quellen« zur Ermittlung der angemessenen KdU vor,

- ist regelmäßig auf die tatsächliche Miete, begrenzt vom jeweiligen Oberwert des Wohngeldgesetzes (WoGG) mit einem **10 % Sicherungsaufschlag, abzustellen** (BSG 30.1.2019 - B 14 AS 41/18 R; BSG 16.6.2015 - B 4 AS 44/14 R; BSG 22.03.2012 - B 4 AS 16/11 R; BSG 17.12.2009 - B 4 AS 50/09 R; BSG 20.8.2009 - B 14 AS 65/08 R; BSG 20.12.2011 - B 4 AS 19/11 R).

Betriebskosten

Für die Ermittlung der Betriebskosten ist es zulässig, auf vorliegende Daten des Deutschen Mieterbundes oder seiner Landesverbände zurückzugreifen (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 153).

Prüfungsfristen

- Die Werte für die **Unterkunftskosten** sind mind. **alle zwei Jahre zu überprüfen** (§ 22c Abs. 2 SGB II).
- Die Werte für die **Heizkosten** sind mindestens **jährlich** zu überprüfen (§ 22c Abs. 2 SGB II).

Details zur Methode der Festsetzung der angemessenen KdU bitte in den genannten BSG – Urteilen nachlesen.

Ein Überschreiten des abstrakten Angemessenheitswertes kann entstehen, wenn **Besonderheiten des Einzelfalls besondere Anforderungen an Standard, Ausstattung, Lage, Größe oder Schnitt der Wohnung ergeben, die einen höheren Unterkunftsbedarf erfordern** (BSG 22.8.2012 – B 14 AS 13/12 R; BSG 11.12.2012 – B 4 AS 44/12 R).

Allgemeine Erhöhungskriterien im Einzelfall

- Pflegebedürftigkeit
- lange Wohndauer bei älteren Menschen (soweit nicht von SGB XII betroffen)
- Gesundheitliche Beeinträchtigungen z. B schwere chronische Erkrankung(en), Erkrankung(en), die die Mobilität erheblich beeinträchtigen etc.
- besondere Wohngemeinschaft (betreutes Wohnen, Pflegewohngemeinschaft)
- nur kurzzeitige absehbare Hilfebedürftigkeit
- Veränderung der familiären Situation (Schwangerschaft, Trennung/Tod, Schulabschluss und Ausbildungsbeginn des Kindes)
- Behinderung, wenn dadurch höherer Wohnbedarf erforderlich ist
- auf soziale Bezüge und Kontakte im Wohnumfeld angewiesen (z. B. Suchtkranke; Versorgung durch Nachbarschaftshilfe o. ä.
- Vermeidung von Wohnungslosigkeit
- Umstände, die die Annahme rechtfertigen, dass eine Eingliederung vom Erhalt des Wohnraums abhängig ist.
- Familien mit Kindern in besonderen Fällen (z. b. wenn wegen eines Schulwechsels ein Umzug nicht zuzumuten ist.)

Quelle: Ministerium Arbeit u. Soziales (MAGS) NRW, Arbeitshilfe: Bedarfe für Unterkunft und Heizung nach § 22 SGB II, 6. Aufl.; II.3.5.3.

Aus der Rechtsprechung:

Erhöhte KdU - Bedarfe wegen Krankheit und Behinderung

- bei **Rollstuhlfahrern** (BSG 16.04.2013 – B 14 AS 28/12 R; LSG Ba-Wü 22.2.2007 – L 8 AS 6424/06 ER-B; LSG NRW 20.11.2010 – L 19 AS 29/09; LSG Sachsen 8.12.2016 – L 8 SO 115/15)
- **Bei Pflegebedürftigkeit**, wenn **Stellfläche für Behandlungsgeräte** benötigt wird (BSG 15.6.2016 – B 4 AS 36/15 R)
- bei **Klaustrophobie** (LSG NRW 15.12.2009 - L 20 B 120/09 AS ER)
- bei **übersteigerten Bewegungsdrang wegen ADHS-Syndrom** (LSG NRW 14.2.2019 - L 7 AS 1048/16)
- **Blindheit** (SG Duisburg 12.4.2013 – S 52 SO 51/13; VG Potsdam 11.7.2018 -7 K 6456/17)

Erhöhte KdU - Bedarfe wegen Umgangswahrnehmung

- **Die angemessenen KdU** ist ausschließlich **die Anzahl der BG-Mitglieder abzustellen** (BSG 17.12.2009 – B 4 AS 27/09R; BSG 19.10.2010 – B 14 AS 50/10 R). **Abschläge bei den zu berücksichtigenden KdU**, weil ein Kind noch unter **drei Jahre ist** oder noch nicht im Schulalter **sind rechtswidrig** (LSG NSB 17.10.2006 – L 6 AS 556/06 ER; LSG BB 24.8.2007 - L 28 B 1389/07 AS ER; LSG MV 18.10.08 – L 8B 299/08; SG Dresden 2.8.2007 - S 10 AS 1957/07 ER).
- **Bei Umgangswahrnehmung** ist die Rechtsprechung sehr uneinheitlich, es gibt keine pauschale Aufstockung auf die nächsthöhere Wohnflächenstufe, ob ein höherer Bedarf besteht **muss im konkreten Einzelfall vorgetragen und geprüft werden** (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 114; BSG 11.7.2019 - B 14 AS 23/18 R). **Anspruch auf nächsthöhere Wohnflächenstufe** (SG Duisburg 24.3.2017 – S 5 AS 1078/16), **Zuschlag von 2,6 qm** (SG DO 28.12.2010 – S 22 AS 5857/10 ER); **Zuschlag von 5 qm** (LSG NSB 4.1.2012 – L 11 AS 635/11 B ER; LSG NSB 1.11.2011 – L 15 AS 240/10 B ER); **Zuschlag von 7,5 qm** (LSG BaWü 27.5.2014 – L 3 AS 1895/14 ER-B). **Umfangreich dazu:** BSG 29.8.2019 - B 14 AS 43/18 R
→ Im Kern muss der konkrete Bedarf vorgetragen und glaubhaft gemacht werden!
- Anspruch auf **erhöhten Wohnraumbedarf** besteht auch bei Wahrnehmung des Umgangsrecht **als enge Bezugsperson zu einem Pflegekind** (LSG Thüringen 8.1.2020 - L 4 AS 1246/16; Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 115)
- Ist das Kind **zur Umgangswahrnehmung** im Haushalt des anderen Elternteils, sind die erhöhten KdU-Kosten **Bedarf des den Umgang wahrnehmenden Elternteils**. Ist das Kind **im Wechselmodell in beiden Haushalten**, ist der erhöhte Wohnraumbedarf **des Kindes** im jeweiligen Elternhaus (BSG 11.7.2019 - B 14 AS 23/18 R).

Rechtslage:

„In der Satzung soll für Personen mit einem besonderen Bedarf für Unterkunft und Heizung eine Sonderregelung getroffen werden. Dies gilt insbesondere für Personen, die einen erhöhten Raumbedarf haben wegen

1. einer Behinderung oder
2. der Ausübung ihres Umgangsrechts“ (§ 22b Abs. 3 SGB II).

Allerdings gilt die Regel nur bei einem **erhöhten Bedarf**, nicht der Umgang als solches löst einen erhöhten Anspruch aus, sondern ein **erhöhter Bedarf und Umgangswahrnehmung**.

Angemessenheitsfiktion im Rahmen des Sozialschutz-Pakets

Für Bewilligungszeiträume, die zwischen **März 2020** und **März 2022** begonnen haben/ bzw. beginnen werden, **gelten die tatsächlichen Unterkunftskosten unwiderlegbar für sechs Monate als angemessen** (§ 67 Abs. 3 SGB II / § 141 Abs. 3 SGB XII). Eine **Ursächlichkeit zwischen dem Eintritt der Hilfebedürftigkeit und der epidemischen Lage ist nicht erforderlich**. Die Angemessenheitsfiktion **ist nicht auf Erst- oder Neuanträge begrenzt**, sondern erfasst auch die in der Zeit vom 01.03.2020 bis 31.03.2022 beginnenden Weiterbewilligungszeiträume (LSG Bayern 28.7.2021 – L 16 AS 311/21 B ER; LSG NRW 13.9.2021 - L 19 AS 1295/21 B ER; LSG Schleswig-Holstein 11.11.2020 – L 6 AS 153/20 B ER; LSG Niedersachsen-Bremen 29.9.2020 - L 11 AS 508/20 B ER).

Gesetzeszweck der Angemessenheitsfiktion ist, dass sich SGB II - Leistungsbeziehende in der Zeit der Pandemie *"nicht auch noch um ihren Wohnraum sorgen müssen"* (vgl. Gesetzesbegründung, BT-Drs 19/18107, S 25).

Die Fiktionswirkung gilt in folgenden Fällen:

- **Erst- oder Neuanträge:** Antragstellende die in dem Wirkungszeitraum SGB II - Leistungen beantragen (§ 67 Abs. 3 S. 1 SGB II).
- **Angemietete Wohnung:** Für laufende Leistungsbeziehende, die **in dem Zeitraum einen Vertrag über eine Unterkunft eingegangen sind**, auch wenn diese als „unangemessen“ gilt (§ 67 Abs. 3 S. 1 SGB II). In diesem Fall gilt die Fiktionswirkung **bis Ende des Bewilligungszeitraums (BWZ)** (LSG NSB 29.9.2020 - L 11 AS 508/20 B ER). Erfolgt danach ein neuer Bewilligungszeitraum der in die Sozialschutzregelung rein fällt, **dann weitere sechs Monate**.
- **Begrenzung der KdU wegen fehlender Umzugserfordernis:** Die Fiktionswirkung gilt auch bei einer **vorherigen Begrenzung der KdU wegen eines „nicht erforderlichen Umzuges“** nach § 22 Abs. 1 S. 2 SGB II (LSG Bayern 28.7.2021 – L 16 AS 311/21 B ER, Rn 37).
- **Nachzahlungen von Betriebs- und Heizkosten:** Betriebs- und Heizkosten **sind ebenfalls in tatsächlicher Höhe zu übernehmen** (§ 67 Abs. 3 SGB II). **→ sehr wichtig wegen steigender Heizpreise**

Aber: wurde vor März 2020 die KdU **schon wegen Unangemessenheit abgesenkt**, gilt die Fiktionswirkung für **diese Fälle nicht** (§ 67 Abs. 3 S. 3 SGB II / § 141 Abs. 3 SGB XII)

Tipps: Die Fiktionswirkung gilt immer nur für **sechs Monate**, bei einem Folgeantrag **wird sie wieder ausgelöst**, durch eine etwaige Begrenzung des Antrages auf sechs Monate **wird eine ununterbrochene Fiktionswirkung erzeugt**.

Zeitliche Wirkung der Angemessenheitsfiktion: Zunächst gilt die Fiktionswirkung bis Ende des BWZ, wenn danach ein neuer BWZ beginnt, der in die Sozialschutzregelung reinfällt, nochmal für sechs Monate. Erst danach darf das JC ein Kostensenkungsverfahren einleiten und dann gilt mind. nochmal sechs Monate (§ 22 Abs. 1 S. 3 SGB II).

Die Fiktionswirkung gilt im **SGB II** (§ 67 Abs. 3 SGB II), im **SGB XII** (§ 141 Abs. 3 SGB XII) und bei **Geflüchteten die sog. Analogleistungen** erhalten (§ 2 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG).

Umgang mit Wohnungssuche

1. Schritt, Ermittlung und Abklären der individuellen MOG:

Ermittlung der **aktuellen MOG** und prüfen, ob die örtliche KdU-Richtlinie **pauschal Erhöhungskriterien** aufgrund besonderer Umstände vorsieht. Liste bekannter KdU-Richtlinien: <https://t1p.de/ixqj>
Erhöhungskriterien könnten sein: Wohnungsmarktferne Person, negative Schufa, bestehende oder drohende Obdachlosigkeit, lange Dauer der Wohnungssuche, keine Schuldenfreiheitsbescheinigung des vorherigen Vermieters ...

Es empfiehlt sich, mit der Behörde **im Vorfeld eine Absprache über höhere KdU-Werte zu treffen**. Im Rahmen der **Aufklärungs- und Beratungspflicht** besteht hierauf ein **Anspruch** (§13, 14 SGB I, § 14 Abs. 2 S. 2 SGB II). Eine verbindliche **Zusicherung**, einen höheren Wert zu akzeptieren, ist aber **nur schriftlich wirksam** (§ 34 Abs. 1 SGB X). Das BSG hat entschieden, eine Zusicherung kann nur anhand einer konkreten beantragten Wohnung erfolgen (BSG 22.11.2011 – BH 4 AS 219/10 R), viele Jobcenter ignorieren diese Entscheidung aus Praktikabilitätsgründen und geben abstrakte Zusicherungen. Wenn das JC darauf besteht: eine Wohnung beantragen und daran die Diskussion führen.

2. Schritt, Wohnungssuchprotokoll zur Konkretisierung des Einzelfalls:

Grundsätzlich ist zu empfehlen, dass ab dem Zeitpunkt, in dem klar wird, dass ein Wohnungsbedarf entstehen wird, ein **Wohnungssuchprotokoll zu erstellen**. Durch ein Wohnungssuchprotokoll kann **im konkreten Einzelfall nachgewiesen werden** dass es **nicht möglich war** eine Unterkunft innerhalb der MOG-Werte zu finden. Wie lange und in welchem Umfang eine Wohnungssuche dokumentiert werden muss, um höhere Werte zu erhalten, ist eine Einzelfallentscheidung. → Ich würde 10 – 15 Wohnungssuchbemühungen im Monat empfehlen.

3. Schritt, Wenn eine Wohnung gefunden wurde, ist zu empfehlen, Folgendes einzureichen:

- die Vermieterbescheinigung/nicht unterschriebener Mietvertrag,
- eine Bescheinigung des Vermieters, wie lange er die Wohnung frei hält,
- das Wohnungssuchprotokoll,
- kurzfristige Kontaktmöglichkeit des Jobcenters zum Leistungsberechtigten.

Wenn dann das Jobcenter nicht sachgerecht im vorgegebenen Zeitrahmen agiert, ist dem Leistungsberechtigten kein Vorwurf zu machen, wenn er ohne Jobcenterzustimmung die Wohnung anmietet.

Ist es absehbar, dass das JC nicht rechtzeitig entscheiden wird und ist die Entscheidung aber notwendig, weil der Vermieter sagt, „ich vermiete nur mit Zustimmung des JC“ oder wird die Kautions benötigt, **kann der Anspruch auf Zustimmung und Bewilligung der Wohnung und Übernahme der Kosten im Eilverfahren beim Sozialgericht durchgesetzt** werden. Das Eilverfahren ist nur vor Unterzeichnung des Mietvertrages möglich.

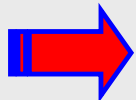
Zunächst gilt für alle Bewilligungszeiträume die bis März 2022 beginnen die Angemessenheitsfiktion

Bedeutet: wurden die KdU in den vorangegangenen Bewilligungszeiträumen nicht schon wegen Unangemessenheit abgesenkt, gelten alle Unterkunftskosten als angemessen, eine Kürzung ist daher rechtswidrig (§ 67 Abs. 3 SGB II / § 141 Abs. 3 SGB XII).

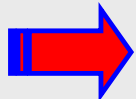
Wirtschaftlichkeitsprüfung:

Eine Kostensenkung „**muss**“ **nicht gefordert werden**, wenn diese unter Berücksichtigung der bei einem Umzug zu erbringenden Kosten **unwirtschaftlich** wäre (§ 22 Abs. 1 S. 4 SGB II).

In der Regel wird hier die „Bagatellgrenze“ von **10 % der KdU** angewendet. Die JC's haben unterschiedliche Berechnungswege zur Wirtschaftlichkeitsberechnung (siehe bundesweite Richtlinien: <https://t1p.de/ixqj>)

Befristete Bestandsschutzregelung

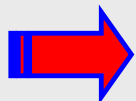
Unterkunfts- und Heizkosten sind zunächst **auch bei Unangemessenheit** in »**tatsächlicher Höhe**« zu übernehmen (§ 22 Abs. 1 S. 1 + S. 3 SGB II).



Die unangemessenen Bedarfe für die Unterkunft sind so lange zu berücksichtigen, wie es dem SGB II-Leistungsberechtigten

- **nicht möglich** oder
- **nicht zumutbar** ist,

die Kosten durch einen **Wohnungswechsel**, durch **Vermieten** oder auf **andere Weise** zu senken (§ 22 Abs. 1 S. 3 SGB II).



In der Regel jedoch **längstens für sechs Monate** (§ 22 Abs. 1 S. 3 SGB II).

Im Falle einer Kostensenkungsaufforderung ist der Bewilligungszeitraum regelmäßig auf sechs Monate zu verkürzen (§ 41 Abs. 3 S. 2 Nr. 2 SGB II).

Ohne vorherige Aufforderung zur Kostensenkung ist jede Kürzung der **Unterkunfts- und Heizkosten rechtswidrig**. Diese Bestandsschutzregelung **gilt auch bei Heizkosten** (BSG 19.9.2008 - B 14 AS 54/07 R). Ein Anspruch auf Übernahme der tatsächlichen KdU besteht auch bei **Anmietung kurz vor der Leistungsbeantragung**. Eines Antrages bedarf es in Zeiten des Nicht-Leistungsbezuges nicht (BSG 17.12.2009 - B 4 AS 19/09 R). Bei **Unterbrechung des Leistungsbezuges** von **mehr als sechs Monaten** ist zu prüfen, ob nicht eine neue Kostensenkungsaufforderung zu erfolgen hat (LSG RP 27.6.2012 - L 6 AS 582/10). Die Beweislast, dass eine Kostensenkungsaufforderung beim Leistungsberechtigten eingegangen ist trifft die Behörde (§ 37 Abs. 2 S. 3 SGB X; SG Berlin 6.11.20097 - S 37 AS 3316/14)

Erhöhen sich durch einen **nicht erforderlichen Umzug innerhalb des Vergleichsraum** die

▶ Leistungen für Unterkunft und Heizung,

sind für einen **unbegrenzten Zeitraum** die KdUH **nur in bisheriger Höhe zu tragen**, auch, wenn diese innerhalb der örtlichen Angemessenheitsgrenze liegen (§ 22 Abs. 1 S. 2 SGB II). „*Mit dieser Regelung soll der Kostensteigerung der KdU durch Ausschöpfung der jeweiligen örtlichen Angemessenheitsgrenzen entgegengewirkt werden*“ (BT-Drs. 16/1410, 23).

Das bedeutet: die KdUH werden im Zweifelsfall des gesamten Zeitraums des Leistungsbezuges »eingefroren«.

Die Begrenzung der KdU wegen fehlender Umzugserfordernis findet keine Anwendung:

- Bei einem Umzug in ein anderes **Vergleichsgebiet** (BSG 1.6.2010 - B 4 AS 60/09 R),
 - Wenn im Monat des **Mietvertragsabschlusses keine Hilfebedürftigkeit** bestand (BSG 30.8.2010 - B4 AS 10/10 R),
 - Bei **Erhöhungen** der Miet-, Betriebs- oder Heizkosten **muss** die Begrenzung um diese Beträge „**dynamisiert**“ werden (BSG 23.8.2012 – B 4 AS 32/12 R),
 - **Bei Anhebung der örtlichen Angemessenheitsgrenzen muss** die Begrenzung um diesen Betrag „**dynamisiert**“ werden (BSG 29.4.2015 - B 14 AS 6/14 R).
 - Die **Begrenzung endet**, wenn die Hilfebedürftigkeit für **mind. einen Monat** durch eigenes Einkommen **unterbrochen wird** (BSG 9.4.2014 - B 14 AS 23/13). Ein **Verzicht** auf Sozialleistungen (iSv § 46 SGB I) trotz fortbestehender Hilfebedürftigkeit **greift nicht** (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 163)
 - Die Begrenzung ist **nur anwendbar**, wenn **vor Vertragsabschluss Wohnraum zu den im Vergleichsraum typischen Bedingungen gewohnt wurde**. Solange der Leistungsberechtigte (z.B. wegen verwandtschaftlicher oder freundschaftlicher Bindungen) lediglich geringe KdUH zu zahlen hatte, die weit unter dem angemessenen Preis auf dem allgemeinen Mietmarkt liegen, können solche untypischen Vergünstigungen nicht den Maßstab für eine dauerhafte Begrenzung bilden (LSG BB 7.8.2008 – L 5 B 940/08 AS ER; LSG NRW 26.11.2009 – L 19 B 297/09 AS ER; Vollzugshinweise Stmas.Bayern, 16.3.2021, Nr. 1.2 lit a <https://t1p.de/26z0>)
 - Verschiedene Gerichte vertreten eine **zeitliche Begrenzung auf ein oder zwei Jahre** (LSG Sachsen-Anhalt 20.11.2014 - L 4 AS 166/14 ein Jahr; SG Berlin 16.7.2010 - S 82 AS 7352/09 zwei Jahre). Das BSG hat eine pauschale Begrenzung abgelehnt, aber offengelassen, ob nicht im Einzelfall **eine Begrenzung der Deckelung** aus verfassungsrechtlichen Gründen erforderlich sein könnte (BSG 17.2.2016 – B 4 AS 12/15 R). → zB in Zeiten steigender Inflation und Energiekosten
 - Wenn **dringende persönliche** oder **soziale Gründe** von denen sich auch Nichtleistungsbeziehende leiten lassen würden und die **nicht zumutbar auf andere Weise beseitigt** werden konnten, **bestand eine Umzugserfordernis**. Dabei sind auch **verfassungsrechtliche** und **grundrechtliche Erwägungen** zu berücksichtigen (zB. Beseitigung unzumutbarer Wohnverhältnisse, massive Mängel an der Mietsache, Geburt eines Kindes). Eine Erforderlichkeit begründen auch **gesundheitliche Gründe** (Art. 2 Abs. 2 GG), die einen Verbleib in der bisherigen Wohnung nicht zulassen (BSG 17.2.2016 - B 4 AS 12/15/R). Dabei kommt es **stets auf den Einzelfall an** (BSG 24.11.2011 – B 14 AS 107/10 R).
- **Mit einer solchen Einzelfallbegründung sollten Begrenzungen mind. für die Zukunft, aber auch rückwirkend angegriffen werden.**

Zum Anspruch auf Übernahme auf Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten

Voraussetzung zum Erhalt von Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten sind:

- **Erforderlichkeit des Umzuges**

Ein Umzug ist erforderlich, wenn ein plausibler, nachvollziehbarer und verständlicher Grund vorliegt, von dem sich auch ein Nichtleistungsempfänger leiten lassen würde ...

- **Angemessenheit der neuen Wohnung**

örtlicher MOG / oder individuelle MOG (§ 22 Abs. 1 SGB II)

- **Zusicherung zu den Unterkunftskosten ist keine Anspruchsvoraussetzung**

Eine Zusicherung ist keine Anspruchsvoraussetzung für die KdUH, sondern **hat lediglich eine Aufklärungs- und Warnfunktion** und soll Streitigkeiten über die Angemessenheit vorbeugen (BSG 7.11.2006 – B 7b AS 10/06 R; BSG 22.11.2011 – B 4 AS 219/10 R; Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 232).

→ Bei einem **Umzug ohne vorherige Zusicherung** oder **trotz Ablehnung** der Zusicherung, werden somit Kosten der Unterkunft max. bis zur Höhe der angemessenen KdU bzw. bis zur Höhe des **bisherigen Bedarfs** anerkannt und es besteht **kein** Anspruch auf Übernahme von Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten.

- **Zustimmung zu den Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten**

Voraussetzung: Erforderlichkeit des Umzuges u. Angemessenheit der neuen Wohnung (§ 22 Abs. 6 SGB II)
Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten müssen **vor Vertragsabschluss** mit Umzugsunternehmen oder Autoverleiher beantragt und zugesichert sein (LSG Bay 24.9.2014- L 8 SO 95/14; LSG BB 25.11.2015 – L 18 AS 1832/14; LSG NRW 185.2011-L 7 AS 619/11 B).

Ist ein **Umzug nicht erforderlich** liegt die Übernahme der Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten **im Ermessen des Jobcenters** und **können trotzdem übernommen werden** (LSG Hess 14.1.2012 – L 9 AS 698/11 B ER; BSG 6.8.2014 – B 4 AS37/13 R; LSG NRW 26.10.2017 L 19 SF 474/17 ER, nach Geiger 2021, KdU Leitfaden, S. 449)

Unter Wohnungsbeschaffungskosten sind zu fassen:

Beitrittsgelder in **Genossenschaften, Abstandszahlungen** (VGH BaWü 08.11.1995 - 6 S 3140/94); **Kosten für die Bereitstellung von Telefon- und Internetanschluss sowie Nachsendeantrag** (BSG 10.8.2016 - B 14 AS 58/15 R); **Unvermeidbare doppelte Mietaufwendungen** (BSG 30.10.2019 - B 14 AS 2/19 R); **Kosten für Zeitungsinserate** (LSG Bay 25.5.2017 – L 11 AS 873/15), **Telefon- und Faxkosten** zur Kontaktaufnahme mit potentiellen Vermieter (LSG NRW 7.2.2011 – L 19 AS 185/11B), **Fahrtkosten zur Wohnungsbesichtigung und Vertragsabschluss** (LSG Bay 25.4.2017 – L 11 AS 873/15); **Genossenschaftsanteile** (§ 22 Abs. 6 SGB II; LSG Sachsen 15.1.2009 - L 3 As 29/08; LSG NRW 8.6.2011 – L 19 AS 958/11B ER); **Kosten für Wohnberechtigungsscheine, Mietschuldenfreiheitsbescheinigungen** oder **SCHUFA-Auskünfte; Maklercourtage**, wenn unvermeidbar (BSG 18.10.2010 - B 4 AS 28/09 R; LSG NRW 2.4.2009 – L 7 B 33/09 AS ER; LSG Bay 16.7.2009 – L 11 AS 144/08; LSG BB 25.2.2010 – L 19 AS 151/10 B ER); **Kautions**, bei Anmietung einer Wohnung (§ 22 Abs. 6 SGB II);

Zum Anspruch auf Übernahme auf Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten

Unter Umzugskosten sind zu fassen:

- ▶ **Umzugskosten in Selbsthilfe:** Zunächst ist der Umzug ist grundsätzlich selbst durchzuführen, dabei ist auch auf Freunde, Bekannte und Familie zu verweisen (BSG 6.5.2010 - B 14 AS 7/09 R). Allerdings sind diese nicht verpflichtet für den Leistungs-berechtigten einen Umzug durchzuführen. Dahingehende Kosten für **Leihwagen** einschließlich einem **Fahrer, Versicherungen, Kaution** und **Sprit, Miete einer Hebebühne, Kosten für Ausnahmegenehmigungen** zum Parken des Transportfahrzeuges in Halteverbotszonen sind als Umzugskosten zu übernehmen (BSG 6.5.2010 - B 14 AS 7/09 R; LSG BaWü 7.9.2010 – L 1 AS 2177/10). Ebenso sind Kosten zum entleihen oder **Kaufen von Umzugskartons** zu übernehmen (LSG NDB 281.2008 – L 9 AS 647/07 ER; LSG NRW 23.3.2017 – L 19 AS 2115/16). Helfen Freunde und Bekannte, sind dafür übliche **Verpflegungskosten** zu erbringen (BSG 6.5.2010 - B 14 AS 7/09 R; BSG 10.8.2016 - B 14 AS 58/15 R; LSG Sachsen 26.10.2009 – L 3 B 768/08 SO-ER).

Info: Zur Darlegung der Notwendigkeit professioneller Umzugshilfe: LSG NRW 27.2.2019 – 6 AS 2437/17 B und LSG NRW 25.1.2021 – L 12 AS 1836/20 B ER.

- ▶ **Ist der Umzug nicht selbst durchführbar**, dies kann vorliegen bei Gründen des **Alters, Betreuung von kleinen Kindern**, Art und Schwere einer **Behinderung** oder **krankheitsbedingten Gründen** besteht der Anspruch auf Übernahme der Kosten durch ein Umzugsunternehmen (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 281). Die erforderlichen Kosten sind durch mind. zwei Kostenvoranschläge zu prüfen (LSG NRW 11.2.2010 – L 12 B 94/09 AS NZB). Kosten die durch Kostenvoranschläge entstehen sind wiederum auch Umzugskosten, da alle erforderlichen Kosten zu übernehmen sind (BSG 10.8.2016 - B 14 AS 58/15 R).

Kosten für die **Bereitstellung des Telefon- und Internetanschlusses** als auch für einen **Nachsendeauftrag** (BSG 10.8.2016 - B 14 AS 58/15 R).

Sperrmüllentsorgung (BSG 6.5.2010 - B 14 AS 7/09 R; LSG NSB 8.3.2012 - L 13 AS 22/12 B ER; BSG 15.11.2012 – B 8 SO 25/11 R; BSG 10.8.2016 - B 14 AS 58/15 R).

Umzugsgründe

Ein Umzug ist erforderlich, wenn ein plausibler, nachvollziehbarer und verständlicher Grund vorliegt, von dem sich auch ein Nichtleistungsempfänger leiten lassen würde (BSG 24.11.2011 - B 14 AS 107/10 R, Juris-Rn. 18; LSG BB 11.1.2012, - L 18 AS 1172/10; LSG BB 10.11.2009 – L 29 AS 1196/09 B ER; Sächsisches LSG 4.3.2011 – L 7 AS 753/10 B ER; LSG BaWü 8.12.2009 – L 2 AS 4587/09).

Zieht der Hilfebedürftige während des Leistungsbezuges in eine andere Unterkunft um, trifft ihn vor Abschluss des Mietvertrages die **Obliegenheit** („soll“), die Zusicherung des kommunalen Trägers zu den Aufwendungen für die neue Unterkunft einzuholen (§ 22 Abs. 4 SGB II)

Als erforderlich ist ein Umzug beispielsweise anzusehen bei

- **Unangemessenheit der Wohnung** und das JC zur **Kostensenkung aufgefordert hat** (BSG 6.8.2014 - B 4 AS 37/13 R; BSG 6.5.2010 - B 14 AS 7/09 R)
- **unzureichender Deckung des Wohnraumbedarfes** (LSG BaWü 10.1.2007 - L 13 AS 6057/06 ER-B; LSG BB 18.12.2006 - L 10 B 1091/06 AS ER; LSG BB 16.11.2006 - L 5 B 821/06 AS ER), **insbesondere bei ungünstiger Wohnflächenaufteilung oder bevorstehender Geburt eines Kindes** (LSG BB 15.12.2006 - L 5 B 1147/06 AS ER; LSG NSB 1.4.2005 - L 8 AS 55/05 ER; SG Berlin 16.12.2005 - S 37 AS 11501/05).
- **bestehender Schwangerschaft** ist **ohne nähere Prüfung** nach der 12. Schwangerschaftswoche von einer Umzugsnotwendigkeit auszugehen (KdU Richtlinie Bochum 2018)
- **baulichen Mängeln** (LSG RP 30.6.2006 - L 3 ER 120/06 AS) **Mängeln am Mietobjekt** (SG Dortmund 16.5.2014 - S 32 AS 484/14 ER) bzw. **schlechten sanitären Verhältnissen** oder **gesundheitlicher Belastung durch Ofenheizung** (SG Berlin 4.11.2005 - S 37 AS 10013/05 ER) sonstigen dringenden persönlichen Gründen, wie einer **nachhaltigen Störung des Vertrauensverhältnisses in einer Wohngemeinschaft** (SG Lüneburg 19.8.2005 - S 24 AS 472/05 ER), wegen einer **Trennung** oder auch zur **Herstellung einer ehelichen bzw. eheähnlichen Lebensgemeinschaft**.
- **Kündigung** durch den Vermieter oder Zwangsräumung durch Gerichtsvollzieher, unabhängig von einem möglichen “Verschulden” des Leistungsbeziehenden (KdU Rili Bochum, 2018)
- Wenn keine eigene Wohnung vorhanden ist und **weiteres Verweilen im Rahmen der bisherigen Aufenthalt nicht möglich ist** (z. B. bei Haftentlassung, Therapieende, Auszug aus Frauenhaus, anerkannte Asylanten aus der Sammelunterkunft, Beendigung eines Betreuten Wohnens) (KdU Richtlinie Augsburg, 1.1.2021, S.75)
- Die bisherige Unterkunft ist **nur vorübergehend aus einer Notlage** (Wohnungslosigkeit) bezogen wurde (z. B. Obdachlosenunterkünfte, Übergangwohnheime) (KdU Richtlinie Augsburg, 1.1.2021, S. 75)

Abzustellen ist bei der Bestimmung der angemessenen Unterkunftskosten **nicht auf die Zahl der Familienmitglieder**, die eine Wohnung gemeinsam nutzen, sondern **allein auf die Zahl der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft** (BSG 25.4.2018 - B 14 AS 14/17 R; BSG 18.6.2008 - B 14/11b AS61/06 R; BSG 18.2.2010 - B 14 AS 73/08 R).

Bedarfsgemeinschaft (BG)

Die Unterkunftskosten sind in der Regel immer auf die Anzahl der Personen im Haushalt nach dem Kopfanteilsprinzip aufzuteilen (BSG 27.1.2021 – B 14 AS 35/19; BSG 14.6.2018 – B 4 AS 23/17 R; BSG 23.11.2006 – B 11b AS 1/06 R, 31.10.2007 – B 14/11b AS 7/07 R).

Eine BG zeichne sich durch eine besondere Verbundenheit und gegenseitige Verantwortlichkeit der einbezogenen Personen aus. Das findet auch in den Wohnverhältnissen und -bedürfnissen seinen Niederschlag, daher kann typischerweise davon ausgegangen werden, dass der Wohnraum insgesamt gemeinsam genutzt wird und geringerer Wohnraumbedarf besteht als bei einer WG (BSG 18.6.2008 - B 14/11b AS 61/06 R).

Wenn einzelne Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft ihren SGB II - Anspruch verlieren (aufgrund Erwerbsunfähigkeit oder prinzipiell BAföG-fähiger Ausbildung), erhöht dies nicht den Pro-Kopf-KdU-Anspruch der Leistungsberechtigten (BSG 27.2.2008 – B 14/11b AS 55/06 R).

Haushaltsgemeinschaft (HG)

Leben Verwandte und Verschwägerter in einer **unwidersprochenen Haushaltsgemeinschaft** (iSv § 9 Abs. 5 SGB II), so wird vermutet das die Verwandten und Verschwägerten sich gemeinsam wirtschaftlich unterstützen, diese Vermutung umfasst auch das kostenlose Wohnen.

Bei einer **widersprochenen Haushaltsgemeinschaft** ist davon auszugehen, dass die KdU grundsätzlich kopfanteilig aufzuteilen ist (BSG 18.2.2010-B 14 AS 73/08 R, Rn 23). Die Angemessenheit der KdU ist dabei **allein auf die Zahl der Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft** abzustellen (BSG 18.2.2010 - B 14 AS 73/08 R, Rn 23).

Wohngemeinschaften (WG)

In Wohngemeinschaften ist bei der Bestimmung der Angemessenheit der Unterkunftskosten **ausschließlich auf die Anzahl der Personen in einer Bedarfsgemeinschaft** abzustellen, nicht maßgeblich ist die Anzahl der Personen in einem Haushalt (BSG 18.6.2008 - B 14/11b AS61/06 R; BSG 18.2.2010 - B 14 AS 73/08 R).

Erstauszüge von Unter-25-Jährigen aus dem Elternhaus und Rechtsfolgen

Ziehen unter **25-jährige Leistungsbeziehende** ohne vorherige Zustimmung des Jobcenters aus dem Elternhaus **aus** und **schließen Mietvertrag** ab, hat das folgende leistungsrechtlichen Konsequenzen:

- ◆ **Verlust des Anspruchs auf Unterkunftskosten und Heizung** bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres (§ 22 Abs. 5 S. 1 SGB II)
- ◆ **Verlust des Anspruchs auf Erstausrüstung** (§ 24 Abs. 6 SGB II)
- ◆ **Beibehaltung des geringen Regelsatzes Volljähriger im Elternhaus in Höhe von 360 €** (statt 449 € für genehmigt Ausgezogene) (§ 20 Abs. 3 SGB II)

Diese Zusicherungserfordernis gilt auch für **nicht Leistungsbeziehende U-25-Jährige**, insofern sie **in der Absicht ausziehen**, die Voraussetzungen für **den Leistungsbezug herbeizuführen** (§ 22 Abs. 5 S. 4 SGB II). Damit sind vorrangig U-25'er gemeint, die ihrem Lebensunterhalt mit eigenem Einkommen sicherstellen können und somit (iSv § 7 Abs. 4 Nr. 3 SGB II) keine Leistungsbeziehende sind.

Keinesfalls zulässig ist eine komplette SGB II-Leistungsversagung

Auch nicht mit dem Argument, der U-25'er könnte die Hilfebedürftigkeit durch Rückzug in das Elternhaus vermeiden (LSG Hessen 3.6.2013 – L 9 AS 219/13 B ER).

Definitionen:

- Die **Zusicherungserfordernis** betrifft nicht den Auszug aus dem Elternhaus, sondern den **Abschluss des Vertrages** über eine neue Unterkunft (§ 22 Abs. 5 S. 1 SGB II; BSG 25.4.2018 – B 14 AS 21/17 R, Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 267). **Bedeutet:** die Regelleistung darf bei einem Auszug **nicht gekürzt werden**.
- Die Regelung ist nur auf **erstmalige Auszüge aus dem Elternhaus anzuwenden** (BT-Drs. 16/688, 14 .. *und erstmals eine Wohnung beziehen wollen*; Antwort der BReg auf kleine Anfrage BT-Drs. 16/6092,1; LSG Sachsen 10.9.2009 – L 3 AS 188/08; LSG BB 15.2.2010 – 15.2.2010 – L 25 AS 35/10 B ER, LSG MV 23.9.2019 – L 8 AS 288/14; LPK SGB II, 7. Aufl., § 22, Rn 196; Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 247, 248).
- Denn nach erfolgtem Erstauszug und nachfolgender Teilverselbstständigung, kann ein junger Leistungsberechtigter nicht im Nachhinein auf eine Rückkehr in die elterliche Wohnung verwiesen werden, dem stünde ein „sonstiger, ähnlich schwerwiegender Grund“ (iSv § 22 Abs. 5 S. 2 Nr. 3 SGB II) entgegen (LPK SGB II, 7. Aufl., § 22, Rn 196; LSG HH 24.1.2008 – L 5 B 504/07 ER AS)
- Dieser **Zusicherungserfordernis unterliegen Auszubildende nicht**, die Leistungen im Rahmen des § 27 SGB II erhalten (Mehrbedarfe für Schwangere, Alleinerziehende, kostenaufwändige Ernährung, laufende und einmalige unabwendbare Bedarfe, Schwangerenbekleidung und Babyerstausrüstung und Leistungen in besonderen Härtefällen), da dies keine SGB II-Leistungen sind (§ 27 Abs. 1 S. 2 SGB II; Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 246).

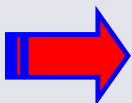
Der kommunale Träger ist zur Erteilung der Auszugsgenehmigung verpflichtet, wenn:

- der Betroffene aus **schwerwiegenden sozialen Gründen** nicht auf die Wohnung der Eltern verwiesen werden kann (§ 22 Abs. 5 S. 2 Nr. 1 SGB II),
 - **Stichwort:** „Zerrüttung“ des Eltern-/Kindverhältnisses aus Sicht des Kindes
- der Bezug der Unterkunft zur **Eingliederung in den Arbeitsmarkt** erforderlich ist oder (§ 22 Abs. 5 S. 2 Nr. 2 SGB II)
 - **Stichwort:** Pendelzeit von 2 ½ Std./täglich zur Arbeit oder Ausbildungsstätte gilt als zumutbar (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 262, Rückgriff auf Rspr. zu § 2 Abs. 1a BAföG, so Geiger, Leitfaden ALG II, 2020/21, S.137)
- ein sonstiger, **ähnlich schwerwiegender Grund** vorliegt (§ 22 Abs. 5 S. 2 Nr. 3 SGB II).
 - **Stichwort:** Schwangerschaft, Wunsch mit Kind zusammenleben zu wollen, Gründung Einstehensgemeinschaft (auf Dauer ausgelegt) zB bei Verlobung oder anstehende Heirat (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 263, 262; LSG BaWü 28.11.2016 – L 1 AS 4236/16 ER-B; Schwangerschaft als Auszugsgrund: LSG NRW 22.9.2016 – L 7 AS 162/15)

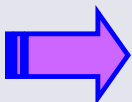
Nachträgliche Zustimmung/Entbehrlichkeit der Zusicherung

Von der Erfordernis der Zusicherung kann abgesehen werden, wenn es dem Betroffenen **aus wichtigem Grund nicht zumutbar war, die Zusicherung einzuholen** (§ 22 Abs. 5 S. 3 Nr. 3 SGB II).

→ **Stichwort:** wenn es sich aus zeitlichen oder besonders schwerwiegenden, sozialen Gründen als unzumutbar ergeben hat, die vorherige Zustimmung einzuholen



Hinweis: Ist die Zusicherung per VA oder Zusicherungserklärung erfolgt, ist das JC, selbst bei irrtümlicher Zusicherung, an diese gebunden (LSG BB 22.12.2010 – L 18 AS 2041/09).



Hinweis: Eine vorherige Zusicherung ist nicht erforderlich, wenn eine fristgerecht mögliche **Entscheidung vom JC treuwidrig verzögert wurde** (BSG 6.5.2010 – B 14 AS 7/09 R; Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 269).

Erstauszüge von Unter-25-Jährigen aus dem Elternhaus

„**Schwerwiegende soziale Gründe**“ liegen bei grundlegender Zerrüttung der Eltern-/Kind Beziehung vor, das kann sein bei:

- eine **Eltern-Kind-Beziehung** hat nie bestanden oder ist seit längerem nachhaltig und dauerhaft **gestört** ist (BVerfG 27.7.2016 – 1 BvR 371/11),
- **Weigerung der Eltern das Kind materiell und/oder immateriell zu unterstützen** (BSG 14.3.2012 – B 14 AS 17/11R),
- **Gewaltverhältnisse und Missbrauch** (LSG MV 28.5.2002 - L 2 AL 31/00),
- **Suchterkrankung** der Eltern (LSG MV 28.5.2002 - L 2 AL 31/00; SG Nürnberg 2.11.2006 - S 19 AS 811/06 ER),
- **Zu erwartende Gefahr für das körperliche, geistige oder seelische Wohl** des Jungerwachsenen (LSG NRW 22.9.2016 – L 7 AS 162/15),
- **tiefgreifende Streitigkeiten** mit Stiefelternteil (SG Dresden 3.11.2009 – S 10 As 5249/09 ER),
- **unzumutbare räumliche Unterbringung** (LSG Sachsen Anhalt 19.5.2014 – L 4 AS 169/14 B ER; OLG Düsseldorf 22.3.1993 – 3 Wx 520/92),
- fehlende **Akzeptanz des Freundes der erwachsenen Tochter** (Eicher/Luik/Harich, 5. Aufl. § 22 Rn 261),
- **religiöser Übereifer der Eltern** (SG Stade 22.4.2009 - S 28 AS 793/08),
- **fortgesetzte Herabsetzung und Gängelei** (SG Dortmund 22.4.2009 – S 28 AS 793/08)
- Ein Verweis auf die elterliche Wohnung scheidet auch aus, wenn das Elternteil mit seinem neuen Lebenspartner zusammenleben möchte und dieser den **Verbleib des Jungerwachsenen im Elternhaus ablehnt** (LPK SGB II, 7. Auf., § 22, Rn 207)

Aber: Bloße Behauptungen reichen zur Erlangung der Zustimmung nicht aus, schwerwiegende soziale Gründe müssen nachgewiesen werden. Das Jobcenter ist Beratungspflichtig wie der Nachweis im konkreten Einzelfall zu erfolgen hat (§ 14 SGB I; § 14 Abs. 2 SGB II). In vielen KdU-Richtlinien finden sich dazu Hinweise, bundesweite Richtlinien: <https://t1p.de/ixqj>.

In der Regel dürfte die Vorlage einer „**Auszugsnotwendigkeitsbescheinigung**“ von **Fachberatungsstellen** oder Sozialdiensten **ausreichend sein**. Diese dürfen nur infrage gestellt werden, **wenn es erhebliche Zweifel an der Richtigkeit gibt**, sonst gilt § 17 Abs. 3 SGB I und § 67a Abs. 1 S. 1 SGB X.

»**Schwerwiegende soziale Gründe**« können vorliegen bei:

Herabwürdigungen und Gewalt; unangemessenen Überwachungsmaßnahmen; Aufzwingen des elterlichen Willens; fehlende Akzeptanz des Freundes der erwachsenen Tochter; tief greifende, vom Kind nicht verschuldete Entfremdung (z.B. Aufnahme einer neuen Lebensgefährtin des Vaters im Haushalt; Aufwachsen im Haushalt des anderen Elternteils); Straftaten durch die Eltern bzw. andere Mitglieder der Haushaltsgemeinschaft an dem U-25'er (Palandt, BGB 64. Aufl.; § 1612 Abs. 2 Rn 20).

Die Zusicherungserfordernis zum Auszug von Unter-25-Jährigen greift nicht:

■ Rausschmiss oder Beenden des Zusammenwohnen durch die Eltern

Beenden Eltern das Zusammenleben mit U-25'ern, ist nicht der U-25'er ausgezogen, sondern der U-25-Jährige ist „ausgezogen worden“. Ein Rausschmiss stellt keinen leistungseinschränkenden Tatbestand für die U-25'er da. **Konsequenz:** Das Jobcenter muss die volle Regelleistung alleinstehender Volljähriger zahlen und der Anmietung einer Wohnung zustimmen und die dahin gehenden Kosten wie KdU, Heizung bis hin zur Erstausrüstung übernehmen (LSG BB 12.9.2016 – L 25 AS 2137/16 B ER; Geiger, Leitfaden ALG II, Ausgabe 2021/22, S. 132)

■ Elternauszug statt Erstauszug

Ziehen Eltern aus der elterlichen Wohnung aus und werden die U-25'er zurückgelassen, ist das kein »Erstauszug«, sondern ein »Elternauszug«. Eine Leistungsversagungen bei den Jungerwachsenen ist in diesem Fall unzulässig (LSG SH 19.3.2007 – L 11 B 13/ 07 AS ER; LSG NSB 30.3.2007 - L 13 AS 38/ 07 ER; LSG BaWü 19.05.2014 – L 13 AS 491/14 B; Geiger, Leitfaden ALG II, Ausgabe 2021/22, S. 133). **Gefahr:** Kotersatz nach § 34 SGB II gegen Eltern

■ Keine Kinder,„Mitnahmepflicht“ der Eltern

Keine Pflicht der Eltern bei einem Wohnungswechsel **die Jungerwachsenen mitzunehmen. Eltern können das Zusammenleben mit dem Jungerwachsenen beenden** (LSG NB 30.3.2007 – L 13 AS 38/07 ER; LSG SH 18.3.2007 – L 11 B 13/07 AS ER; LSG Thüringen 6.2.2007 - L7 B 69/06 AS; LPK-SGB II, 7. Aufl., § 22 Rn 195).

■ Keine Mitzugspflicht Jungerwachsener mit den Eltern

Das JC **hat keine rechtliche Möglichkeit den U-25'er zu zwingen**, gemeinsam mit seinen Eltern in eine neue Unterkunft zu ziehen (LPK-SGB II, 7. Aufl., § 22 Rn 195, LSG NSB 30.03.2007 – L 13 AS 38/07 ER).

■ Auszug nicht erwerbsfähiger Volljähriger aus Elternhaus

Bei Wechsel in Sozialhilfe oder Grundsicherung (iSd SGB XII) gilt die Regel der **Zusicherungserfordernis** (iSv § 22 Abs. 5 SGB II) **nicht, daher kann der Erstauszug aus der Familien BG nicht abgelehnt werden** (Geiger, Leitfaden ALG II, Ausgabe 2021/22, S. 132)

■ Wechsel von einem Elternteil zum Anderen

Stellt **kein Erstauszug da, ist daher zulässig** (Geiger, Leitfaden ALG II, Ausgabe 2021/22, S. 132)

■ Auszug aus Elternhaus in kostenfreie Unterkunft

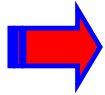
Auszug aus Elternhaus in eine Unterkunft **ohne Abschluss eines Mitvertrages mit entstehenden Wohnkosten** (Geiger, Leitfaden ALG II, Ausgabe 2021/22, S. 132, BSG 25.4.2018 – B 14 AS 21/17 R; LSG NRW 6.12.2018 – L 7 AS 1157/18 ZVW).

■ Wechsel von einem Elternteil zum anderen

Durch die **Aufnahme eines Elternteils** in die Wohnung des ausgezogenen U-25'er wird die Aufnahmewohnung **nicht zur Elternwohnung** (LSG BaWü 28.11.2016 – L 1 AS 4236/ER - B)

Systematik SGB II

Ein Anspruch auf SGB II-Leistungen besteht unter folgenden Voraussetzungen:



„Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem im jeweiligen Monat zufließenden Einkommen sichern kann ...“ (§§ 9 Abs. 1 S. 1 SGB II).

Der SGB II-Anspruch ermittelt sich folgendermaßen:

1. Schritt: Ermittlung des Bedarfs

- Regelbedarfe
- + Mehrbedarfe
- + tatsächliche Kosten für Unterkunft, Heizung und Warmwasser

= **Summe sozialrechtlicher Bedarf**

2. Schritt: Ermittlung des Einkommens

Das im Bedarfsmonat tatsächlich zufließende Einkommen ist zu ermitteln. Von diesem sind dann alle Abzugs- und Freibeträge abzuziehen (§ 11 Abs.1, § 11b SGB II)

= **anzurechnendes Einkommen**

3. Schritt: Gegenüberstellung von Einkommen und Bedarf

Ist der sozialrechtliche **Bedarf nicht gedeckt** und wird ein Antrag gestellt und **liegen keine Ausschlussstatbestände vor**, muss der sozialrechtliche Bedarf durch SGB II-Leistungen gedeckt werden.

= **Rechtsanspruch auf SGB II - Leistungen**

Bedürftigkeitsprüfung: Abgrenzung Einkommen und Vermögen

Einkommen

Im Sinne von § 11 Abs. 1 SGB II ist grundsätzlich alles, was ab der Antragstellung, bzw. im Bedarfszeitraum wertmäßig dazu erhalten wird.

Leitsätze

Vermögen

Im Sinne von § 12 Abs. 1 SGB II ist grundsätzlich alles das Vermögen, was wertmäßig bereits besessen ist.

(BSG 30.7.2008 - B 14 AS 26/07 R; BSG 30.9.2008 - B 4 AS 29/07 R).

Grundsätzlich sind alle **Einnahmen in Geld**, welche im Leistungsbezug zufließen, **als Einkommen zu berücksichtigen**. Ausgenommen sind **anrechnungsfrei gestellte Einkünfte**.

Voraussetzung zur Anrechnung ist der **wertmäßige Dazu erhalt** und das **tatsächliche zur Verfügung stehen der Einnahme**. Denn was **nicht Zufließt, ist kein Einkommen** im Sinne des SGB II.

Wenn die Einnahme anzurechnen sind, muss geprüft werden, ob es sich um **laufendes** oder **einmaliges Einkommen** handelt oder ob vorläufig gewährt wurde, denn daraus ergeben sich unterschiedliche Anrechnungsmethoden.

Verfügbarkeit von Einkommen

Nur tatsächlich in dem jeweiligen **Bedarfsmonat** zugeflossene Einkünfte dürfen als Einkommen **berücksichtigt werden** (§ 11 Abs. 1 S. 1 SGB II).

„Als Einkommen zu berücksichtigen sind **Einnahmen in Geld** abzüglich der nach § 11b abzusetzenden Beträge mit Ausnahme der in § 11a genannten Einnahmen“ (§ 11 Abs. 1 S. 1 SGB II).
„**Laufende Einnahmen sind für den Monat zu berücksichtigen, in dem sie zufließen**“ (§ 11 Abs. 2 S. 1 SGB II).

Das bedeutet:

- Nur **tatsächlich dem Leistungsberechtigten zugeflossene Gelder** sind »Einnahmen« und dürfen als Einkommen berücksichtigt werden. **Ansprüche** auf Leistungen bei anderen Sozialleistungsträgern oder gegen verpflichtete Dritte **können nie Einnahmen sein**. Es mangelt an der **„Bereitheit“ bzw. am Zufluss** (FW 11.6)

„Einkommen darf nicht **„fiktiv“** berücksichtigt werden, sondern muss **tatsächlich geeignet sein, Hilfebedürftigkeit zu beseitigen**“ (BSG 29.11.2012 - B 14 AS 33/12 R).

„Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG ist nur eine **tatsächlich zugeflossene Einnahme als „bereites Mittel“** geeignet, den konkreten Bedarf im jeweiligen Monat zu decken“ (BSG 12.11.2012 - B 14 AS 161/11 R).

In der Praxis hat das Jobcenter erstmal Leistungen zu erbringen. Dann den Leistungsbeziehenden nach § 12a SGB II **aufzufordern, vorrangige Leistungen zu beantragen**, im Zweifel dies über § 5 Abs. 3 SGB II selbst zu tun und dann als nachrangig Verpflichteter (weil andere Leistungen vorrangig sind) nach § 104 SGB X einen **Erstattungsanspruch** beim anderen Träger durchzuführen.

„Sofern vorrangige Ansprüche festgestellt werden, **ist im Sinne einer zeitnahen Sicherstellung des Lebensunterhalts regelmäßig in Vorleistung zu gehen**, d. h. die Leistungen nach dem SGB II sind zu bewilligen und es ist ein Erstattungsanspruch anzumelden“ (FW 67, Nr. 2.15, Abs. 5, Download: <https://t1p.de/yll8d>).

Überschneiden sich ALG II-Bewilligungszeiträume und Ansprüche auf vorrangige Leistungen gehen Erstattungsverfahren zwischen den Leistungsträgern vor der Anrechnung der Nachzahlung (LPK-SGB II, 7. Aufl., § 11, Rn 35).

- **Laufendes Einkommen ist** bei „normaler Leistungsgewährung“ **immer** und **ausschließlich** in tatsächlicher Höhe im **Zuflussmonat zu berücksichtigen** (§ 11 Abs. 2 S. 1 SGB II).

Bei Geldzufluss zum Monatsende: Anspruch auf Überbrückungsdarlehen

Das bedeutet: das insbesondere im Monat der Arbeitsaufnahme und zu erwartenden Lohn zum Monatsende, bei ALG I, Rente oder sonstigen **Einkünften zum Monatsende kann** ein Darlehen gewährt werden (§ 24 Abs. 4 S. 1 SGB II). Der Darlehnsanspruch besteht nur, wenn **kein einsetzbares Vermögen vorhanden ist** (§ 42a Abs. 1 S. 1 SGB II). Ist kein Vermögen vorhanden reduziert sich das „kann“-Ermessen auf **Null**, nun **wird das Jobcenter Leistungen zu erbringen haben**.

- **Zuflussprognose für Überbrückungsdarlehen nicht eingetroffen**
Ist es, entgegen der vorherigen Prognose nicht, zu keinem Einkommenszufluss am Monatsende gekommen, **ist das Darlehen über § 44 SGB X in nicht zurückzuzahlende Leistungen umzuwandeln** (LPK-SGB II, 7. Aufl. § 24, Rn 43). Maßstäblich ist nicht die „Identität“ das Geldes, also den Zeitraum in dem der Anspruch auf das Geld entstanden ist, sondern ausschließlich der Zufluss Zeitraum (§11 Abs. 2 S. 1 SGB II).
- **Nicht Identität des Geldes maßgeblich, sondern Zufluss**
Fließt Erwerbseinkommen Anfang des Folgemonats zu, ist es als laufendes Einkommen **ausschließlich im Zuflussmonat** zu berücksichtigen. Nicht die Identität des Geldes („für welchen Monat wird Lohn gezahlt“), sondern ausschließlich der Zufluss Zeitpunkt ist maßgeblich.
- **Wenn Lohn und JC-Geld im gleichen Monat zufließt, dann Erstattung**
Kommt es zu einem Doppelten Zufluss in Form von Lohn und Jobcenterleistungen, ergeht wegen Änderungen der Verhältnisse ein Aufhebungs- und Erstattungsbescheid (§§ 48 Abs. 1 SGB X, 50 SGB X). Du muss das Geld entweder gegenüber dem JC oder einer eingeschalteten Forderungseinzugsstelle in sozialverträglichen Raten zurückgezahlt werden.
- **Bei unklarer Lohnhöhe muss vorläufige Leistungsgewährung erfolgen**
Das JC **hat** bei ungeklärter Lohnhöhe die Leistungen vorläufig zu gewähren (§ 41a Abs. 1 Nr. 2 SGB II). Das JC hat den Unterdeckungsschutz sicherzustellen, dh. die Leistung sind so berechnen, dass die Existenz immer gedeckt ist (§ 41a Abs. 2 S. 2 SGB II).

Doppelter Zufluss von Arbeitsentgelt

„Doppelter Zufluss von Arbeitsentgelt“ in einer Summe:

Fließt innerhalb eines Monats ein in mehreren Monaten erarbeitetes Arbeitsentgelt zu, so ist das Erwerbseinkommen für jeden Monat gesondert um den Grundfreibetrag zu bereinigen (BSG 17.7.2014 – B 14 AS 25/13 R; FW11.155).

Sachverhalt: Im 1. Monat wurde für 350 € netto gearbeitet, im zweiten für 450 €. Der Lohn wird in einer Summe in Höhe von 800 € im zweiten Monat ausgezahlt

Falsche Rechnung:

800 € Erwerbseinkommen
- 100 € Grundfreibetrag*
- 140 € Erwerbstätigenfreitrag**

560 € anrechenbares Einkommen

Auch falsch:

800 € Erwerbseinkommen
- 100 € Grundfreibetrag (Monat 1)
- 50 € Erwerbstätigenfreitrag (Monat 1)
- 100 € Grundfreibetrag (Monat 2)
- 70 € Erwerbstätigenfreitrag (Monat 2)***

480 € anrechenbares Einkommen

Richtige Rechnung:

800 € Erwerbseinkommen
- 100 € Grundfreibetrag (Monat 1)
- 100 € Grundfreibetrag (Monat 2)
- 140 € Erwerbstätigenfreitrag

460 € anrechenbares Einkommen

Differenz 100 €

* (§ 11b Abs. 2 S. 1 SGB II)

** (§ 11b Abs. 3 SGB II)

*** der Erwerbstätigenfreibetrag wird immer ab 100 € ermittelt, selbst dann, wenn er rechnerisch zweimal zu berücksichtigen ist (§ 11b Abs. 3 S. 2 Nr. 1 SGB II).

Basics bei der Anrechnung von Einkommen

1. Fiktive Einkommensanrechnung ist rechtswidrig

Nicht zur Verfügung stehende Gelder sind kein Einkommen. Gelder die **nicht zufließen**, egal aus welchem Grunde, **sind kein Einkommen** und dürfen nicht als »fiktives Einkommen« angerechnet werden (§ 11 Abs. 1 S. 1 SGB II; FW 11.6, BSG 29.11.2012 - B 14 AS 33/12 R).

2. Leistungsversagung wegen fehlender Mitwirkung ist rechtswidrig

Da die Beantragung vorrangiger Leistungen **nicht** zu Mitwirkungspflichten nach §§ 60-64 SGB I gehört, ist eine Versagung oder Entziehung nach § 66 SGB I **nicht zulässig**.

3. Pflicht, alles zu tun, um Lebensunterhalt aus eigenen Kräften und Mitteln zu bestreiten

SGB II – Beziehende sind nach § 2 Abs. 2 SGB II verpflichtet alles zu tun um die Hilfebedürftigkeit zu reduzieren oder zu beenden. § 2 SGB II lässt keine Sanktion zu, daher ist **bei Nichterfüllung keine Sanktion zulässig**.

4. Pflicht zur Beantragung vorrangiger Sozialleistungen

Nach § 12a S. 1 SGB II sind *Leistungsberechtigte sind verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen*. → **Bei Nichterfüllung ist keine Sanktion vorgesehen**.

5. Möglichkeiten des Jobcenters:

- Support durch **Unterstützungsdienst für schwer zu erreichende junge Menschen** unter 25-Jahre (§ 16h Abs. 1 SGB II).
- **Kostenersatz wegen sozialwidrigen Verhalten** durch Herbeiführung von Hilfebedürftig, nur wenn **kein wichtiger Grund vorliegt** (§ 34 Abs. 1 SGB II).

6. „Behördliche Selbsthilfe“ über § 5 Abs. 3 SGB II

§ 5 Abs. 3 SGB II bestimmt, wenn ein Leistungsberechtigter trotz schriftlicher Aufforderung und angemessener Fristsetzung der Beantragung einer vorrangigen Sozialleistung nicht nachgekommen ist, dass dann das JC diese Beantragung selbst vornehmen kann (§ 5 Abs. 3 S.1 SGB II).

→ **Statt fiktiver Anrechnungen und Sanktionen, ist das der einzige zulässige Weg, den das JC im Konfliktfall gehen darf!** Die Möglichkeit die Leistungen selbst durch das JC zu beantragen steht als wichtiger Grund einem Kostersatz entgegen.

2. Anrechenbarkeit

Grundsätzlich ist jede **Einnahme** in Geld im SGB II anzurechnen, es sei denn deren **Nichtanrechnung ist gesetzlich bestimmt** (§ 11a SGB II und § 1 ALG II-V). Die Nichtanrechnung kann im SGB II selbst (§§ 11a + § 11b SGB II, ALG II-V) oder in anderen Gesetzen bestimmt sein. Viele Hinweise finden sich auch in den Weisungen (FW) der BA, vorliegend zu § 11 SGB II. Download: <https://t1p.de/blaa> und LPK-SGB II, 7. Aufl., § 11a, Rn 10).

Grundregel dabei ist: Einkommen darf nur dann angerechnet werden, wenn es den gleichen Sinn und Zweck wie ALG II - **Leistungen hat** (im Wesentlichen: Lebensunterhalt, Wohnen und Krankenkasse). Hat das Einkommen einen **anderen Zweck, darf es nicht angerechnet werden**. Die Zweckidentität muss in der Regel öffentlich-rechtlich bestimmt sein (= Gesetz, Satzung oder Verordnung), **eine privat-rechtliche Zweckbestimmung hat keine** Bindungswirkung (§ 11a Abs. 3 S. 1 SGB II).

Nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind:

- „**Leistungen nach diesem Buch**“, also SGB II-Leistungen, die aufgrund von Widerspruchs- und Klageverfahren vom Jobcenter nachgezahlt werden müssen (§ 11a Abs. 1 Nr. 1 SGB II). **Nachzahlungen** aus dem **AsylbLG und SGB XII** kommen aus dem gleichen Rechtssystem und sind daher **auch nicht als Einkommen anzurechnen** (BSG 25.6.2015 - B 14 AS 17/14 R). **Zinsen, die auf verspätete oder Nachzahlungen** von SGB II - Leistungen nach § 44 Abs. 1 SGB I gewährt werden, sind ebenfalls **nicht** als Einkommen zu berücksichtigen (LSG Ba-Wü 21.6.2016 - L9 AS 4918/14).
- **Entschädigungen für immateriellen Schaden („Schmerzensgeld“)** (§ 253 Abs. 2 BGB). Das sind **Leistungen** nach dem **Bundesentschädigungsgesetz** für Schäden an Leben, Körper und Gesundheit, sowie Grundrenten nach dem **Bundesversorgungsgesetz** (§ 11a Abs. 1 Nr. 3 SGB II), Renten nach dem **Opferentschädigungsgesetz** (§11a Abs. 1 Nr. 2 SGB II) oder **Schmerzensgelder** (§ 11a Abs. 2 SGB II; FW 11.79 ff). **Entschädigungen** nach dem **AGG** von Arbeitgebern, da diese aufgrund von Verletzung des Persönlichkeitsrechts analog zum Schmerzensgeld gezahlt werden (BSG 22.8.2012 - B 14 AS 164; LSG NRW 20.12.2010 – L 19 AS 1166/10 B ER) oder **Entschädigungszahlung wegen überlanger Gerichtsverfahren** nach § 198 Abs. 2 GVG (BSG 11.11.2021 - B 14 AS 15/20 R).
- **Einnahmen für Pflegekinder** bis zum zweiten Kind sind vollständig anrechnungsfrei (§ 11a Abs. 3 Nr. 1 SGB II), beim 3. Kind zu 75 % und ab 4. Kind komplett (FW 11.94)
- Wertersatz von **Versicherungen** oder **Schädigern**, welche für die Entziehung oder Beschädigung eines zuvor besessenen Vermögensgegenstandes als Sache erbracht werden sind nicht als **Einkommen** zu berücksichtigen, da damit kein Wert dazu erhalten, der nicht schon vorher besessen gewesen ist (BSG 9.8.2018 - B 14 AS 20/17 R). So auch BSG zu Verkäufen aus Vermögensbeständen (BSG 25.4.2002 – B 11 AL 69/01 R (nach Geiger 2020/21 S. 434)

Zur Anrechenbarkeit von Einkünften

Nicht als Einkommen anzurechnen sind:

- **Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege** oder vergleichbarer wohl- und mildtätiger Organisationen sind **anrechnungsfrei**, insofern SGB II - Leistungen daneben nicht ungerechtfertigt wären (§ 11a Abs. 4 SGB II). Ungerechtfertigt wären diese, wenn **laufend mehr als ½ des RB Stufe 1** zufließen würde, einmalige Zuwendungen sind immer anrechnungsfrei, Obergrenze für die Nichtberücksichtigung derartiger Zuwendungen sind die geltenden Vermögensfreibeträge nach § 12 SGB II (FW 11.103). Dies gilt auch bei **Motivationsprämien** der freien Wohlfahrtspflege vorliegen (BSG 28.2.2013 - B 8 SO 12/11 R; FW 11.101).
- **Zuwendungen anderer ohne rechtliche** und **sittliche Pflicht** (§ 11a Abs. 5 SGB II). Geschenke und sonstige Zuwendungen Dritter, die ohne **rechtliche** oder **sittliche Verpflichtung** erbracht werden, sind **anrechnungsfrei**, soweit ihre Berücksichtigung für den Leistungsberechtigten entweder grob unbillig wäre oder sie die Lage der Empfängers nicht so günstig beeinflussen, dass daneben SGB II-Leistungen nicht gerechtfertigt wären. Das wäre dann der Fall, wenn mehr als **223 € /mtl** (1/2 der RB-Stufe erzielt) würden.

Beispiele für Einkünfte ohne rechtliche oder sittliche Pflicht:

Betteleinnahmen, (Dortmunder Bettelfall 12/2017); **Taschengeld 50 €/mtl.** um davon Bewerbungen zu finanzieren (SG Düsseldorf 7.6.2017 - S 12 AS 3570/15) oder **Einkünfte aus Flaschensammeln** (SG Düsseldorf 8.1.2020 - 37 AS 3080/19).

Gesellschaftliche Preise zur Ehrung von Zivilcourage, Ehrengaben aus öffentlichen Mitteln (Altersjubiläum, Lebensrettung), **Entschädigungen für Blut-/Plasma-/Erythrozyten-/Thrombozytenspender, Leistungen aus Härtefonds für NS-Verfolgte** (FW 11.102).

Zuwendungen Dritter, die an den Bezug von ALG II oder Sozialgeld geknüpft sind, wie z. B. **Zuschüsse zu Schulmaterialien, Bereitstellung von Verhütungsmitteln. Verwandtenuwendungen in Geld** (zu Weihnachten oder Geburtstag, kleinere Taschengelder) oder **Zuwendungen von 2.000 € für einen Führerschein** (FW 11.104 + 5).

- **Guthaben aus Haushaltsstrom sind nicht anzurechnen**, denn Gutschriften und Rückerstattungen, die aus den Regelbedarfen stammen, sind grundsätzlich anrechnungsfrei zu stellen (BSG 23.8.11 – B 14 AS 186/10 R; § 22 Abs. 3 SGB II, siehe auch → § 82 Abs. 1 S. 2 SGB XII).
- **Rückzahlungen**, die sich auf die Kosten für **nicht anerkannte Aufwendungen für Unterkunft und Heizung beziehen**, sind anrechnungsfrei (§ 22 Abs. 3 SGB II).
- **NEU:** Überbrückungsgeld von Haftentlassenen nach § 51 StVollzG oder vergleichbare Leistungen nach landesrechtlichen Regelungen sind **ab dem 1.7.2021 nicht als Einkommen zu berücksichtigen** (§11a Abs. 6 SGB II)
- **NEU:** Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Betreuer*innen sind bis 3.000 € / Kalenderjahr anrechnungsfrei (§ 11a Abs. 1 Nr. 4 SGB II).

Zur Anrechenbarkeit von Einkünften

Nicht als Einkommen anzurechnen sind:

- **Corona-Boni** für Arbeitnehmer/-innen, die aufstockende ALG II-Leistungen beziehen sind bis 1.500 € rückwirkend zum 1. März 2020 anrechnungsfrei (§ 1 Abs. 1 Nr. 10 ALG II-V).
- **Anrechnungsfreiheit von Wirtschaftshilfen** zur Abfederung von Einnahmeausfällen, die ab dem 2. Nov. 2020 infolge der vorübergehenden Schließung von Betrieben und Einrichtungen erbracht wurden (sog. **Novemberhilfe und Dezemberhilfe**) (§ 1 Abs. 1 Nr. 13 ALG II-V - neu)
- **Anrechnungsfreiheit von Wirtschaftshilfen** die auf Grund des **Förderelements „Neustarthilfe“** des Bundesprogramms Überbrückungshilfe III für den Zeitraum von Dezember 2020 bis Juni 2021 gezahlten pauschalisierten Betriebskostenzuschüsse für Soloselbständige gezahlt werden (§ 1 Abs. 1 Nr. 14 ALG II-V- neu)
- **Darlehen** sind grundsätzlich **anrechnungsfrei**, da sie aufgrund der Rückzahlungsverpflichtung die Hilfebedürftigkeit nicht grundlegend verändern (BSG 8.12.2020 - B 4 AS 30/20 R; BSG 17.6.2010 – B 14 AS 46/09 R). Entscheidungserheblich ist allein, ob zum Zeitpunkt des Geldzuflusses die Rückzahlungsverpflichtung eindeutig festgestellt werden kann (LSG NRW 11.12. 2008 – L 7 AS 62/08, Eicher/Luik, 4. Aufl. § 11 Rn 22). Dabei ist es unerheblich, ob es sich um ein Privat- oder Geschäftsdarlehen handelt. Näheres zu Glaubwürdigkeit von Darlehen: SG Stade 6.12.2011 - S 28 AS 413/09. **Geschäftsdarlehen sind anrechnungsfrei** (LSG BB 1.7.2009 – L 32 AS 316/09). **Rückausnahme: darlehensweise gewährte Sozialleistungen**, wie BAföG und Meister-BAföG sind als Einkommen anzurechnen (§ 11 Abs. 1 S. 3 SGB II, FW 11.68).
- **Bagatelleinnahmen**, wenn sie **10 €/mtl. nicht übersteigen** (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 ALG II-V).
- Einnahmen **aus Kapitalvermögen**, soweit sie kalenderjährlich **100 €** nicht übersteigen (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 ALG II-V).
- Einnahmen aus „**Verwandtenpflege**“ nach § 3 Nr. 36 EStG. Also **Einnahmen der Pflegeperson** für Leistungen der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Versorgung (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 ALG II-V). Zu den Verwandten gehören: Ehepartner, Verlobte, Geschwister, Verwandte und Verschwägerter sowie Geschwister des Ehepartners und Ehepartner und Kinder von Geschwistern, auch Pflegeeltern und Pflegekinder. Näheres unter: (FW 11.110; BFH 29.8.1996 - III R 4/95).
- Nachweislich **weitergeleitetes Kindergeld** für nicht im Haushalt lebende Kinder (§ 1 Abs. 1 Nr. 8 ALG II-V).
- **Einkommen aus Erwerbstätigkeit von Sozialgeldbeziehern** (Kindern unter 15 J., befristet voll Erwerbsgeminderte in BG) in Höhe von bis zu 100 €/mtl. (§ 1 Abs. 1 Nr. 9 ALG II-V).
- **Verpflegung außerhalb von Arbeitsverhältnissen** (Krankenhaus, Kur, Reha, Kindergarten, Schule, Eltern, Klassenfahrten, Schulesen ...) ist **nicht als Einkommen** zu berücksichtigen (§ 1 Abs. 1 Nr. 11 ALG II-V).
- **Geldgeschenke an Minderjährige anlässlich Firmung, Kommunion, Konfirmation, sowie Jugendweihe oder vergleichbarer religiöser Feste** sind bis zu einer Höhe von bis zu 3.100 € **anrechnungsfrei** (§ 1 Abs. 1 Nr. 12 ALG II -V). Im Monat nach Zufluss werden sie zu Vermögen und sind bei Übersteigen der Vermögenshöchstgrenze weiterhin aufgrund der Härtefallregelung unberücksichtigt (§ 12 Abs. 3 Nr. 6 SGB II).
- **250 € aus Jugendfreiwilligendienst** oder **Bundesfreiwilligendienst** (§ 11b Abs. 2 S. 5 SGB II).
- Einnahmen aus **Untervermietung nach einem Kostensenkungsverfahren** stellen **kein Einkommen** im Sinne von § 11 SGB II dar (BSG 6.8.2014 – B 4 AS 37/13 R), solange durch die Erträge aus der Untervermietung die tatsächlichen Aufwendungen für die Unterkunft nicht überschritten werden (LSG BB 4.9.2014 - L 34 AS 224/14).

Nicht als Einkommen anzurechnen ist:

■ Einkommen von Schülern aus Ferienjobs, wenn:

- diese die **allgemein- und berufsbildende Schulen** besuchen,
- das **25. Lebensjahr noch nicht vollendet** haben,
- das Einkommen **in den Schulferien** erzielt wird und
- das Einkommen den **Betrag von 2.400 €* brutto kalenderjährlich nicht überschreitet.**

(§ 1 Abs. 4 ALG II-V, die brutto- Regelung ergibt sich aus § 2 Abs. 1 ALG II -V).

* 2.400 € gilt ab 01. März 2020, vorher 1.200 €

Das bedeutet im Umkehrschluss: wird höheres Einkommen erzielt, dann wird das über dem anrechnungsfreien Einkommen liegende Einkommen „normal“ angerechnet.

- Wird **außerhalb der Ferien** noch eine Erwerbstätigkeit durchgeführt, auch wenn diese in die Ferien reinreicht, **ist dies „normale“ Erwerbstätigkeit** („Taschengeldjob“), die nach den üblichen Regeln angerechnet wird.
- Die BA legt die Ferienjobregelung so aus, dass Einkünfte **unterhalb des Sockelbetrag bis 2.400 € grundsätzlich anrechnungsfrei sind**. Wird das Einkommen überschritten, ist nur das Einkommen oberhalb des Sockelbetrages anzurechnen (FW 11.19c).

Anrechnung von Einkünften aus Ehrenamtstätigkeit & Aufwandsentschädigung

Zunächst die Regeln im Steuerrecht:

Einkünfte aus nebenberuflicher Tätigkeit (privilegiertes Arbeitseinkommen)

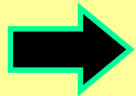
- **Einkünfte aus Ehrenamtstätigkeiten („Ehrenamtspauschale“):** von gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Organisationen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts (§ 3 Nr. 26a EStG). Das sind zB. Vereinsvorstände, Vereinskassierer, Beistände in Erwerbslosengruppen, Platz- und Gerätewarte. Die Ehrenamtspauschale kann bis zu **840 €/jährlich** steuer- und sozialversicherungsfrei gezahlt werden (§ 3 Nr. 26a EStG).
- **Einkünfte aus nebenberuflicher Tätigkeit („Übungsleitereinkünfte“):** können von gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Organisationen oder Körperschaften des öffentlichen Rechts in Höhe von **3.000 €/jährlich** steuer- und sozialversicherungsfrei gezahlt werden (§ 3 Nr. 26 EStG). Dies ist nur bei nebenberuflicher Tätigkeit, also nicht mehr als ein 1/3 der Zeit (max. 13 Stunden pro Woche) zulässig. Die Übungsleiterpauschale kann bei folgenden Tätigkeiten gezahlt werden: Ausbildungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer (Trainer Sportverein, Kurse, VHS, Uni ...) oder vergleichbare Tätigkeiten oder künstlerische Tätigkeiten (Chorleiter oder Dirigent bei Musik- oder Gesangsvereinen), sowie Pflege hilfebedürftiger Personen wie alter, kranker, obdachloser oder behinderter Menschen.

Einkünfte aus Aufwandsentschädigung (sonstiges, privilegiertes Nichtarbeitseinkommen)

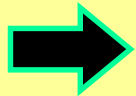
- **Bezüge („Aufwandsentschädigung“),** die nach Bundes- oder Landesrecht gezahlt oder auf bundesgesetzlicher oder landesgesetzlicher Ermächtigung beruhenden Bestimmungen gezahlt werden (§ 3 Nr. 12 EStG), zB. für kommunale Mandatsträger, Wahlhelfer, Laienrichter, Mitglied der freiwilligen Feuerwehr, etc.

Anrechnung privilegierter Einkünfte

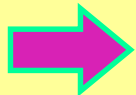
Anrechnung von Einkünften aus privilegiertem Erwerbseinkommen:



Wird **ausschließlich** privilegiertes Einkommen aus Erwerbstätigkeit oder Aufwandsentschädigung erzielt, ist dies in Höhe von **bis zu 250 €** im Monat **anrechnungsfrei** (§11b Abs. 2 S. 3 SGB II / → gilt auch für SGB XII, so § 82 Abs. 3 S. 4 SGB XII).

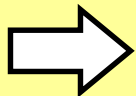


Wird neben dem privilegierten Einkommen noch (normales) Erwerbseinkommen erzielt, gibt es einen **anrechnungsfrei gestellten Grundfreibetrag** von bis zu **100 €** aus dem **normalen Erwerbseinkommen** **und** einen weiteren anrechnungsfreien **Grundfreibetrag** von bis zu **150 €** aus dem **privilegierten Einkommen** (§11b Abs. 2 S. 3 SGB II / § 82 Abs. 3 S. 4 SGB XII; BSG 28.10.2014 – B 14 AS 61/13 R).



Wenn **privilegiertes und normales Erwerbseinkommen** zusammentreffen, ist der **Erwerbstätigenfreibetrag** aus der Addierung beider Erwerbseinkünfte zu ermitteln.

→ Der Erwerbstätigenfreibetrag wird auch beim Zusammentreffen von privilegiertem und normalen Erwerbseinkommen **aus dem Einkommen ermittelt, welches 100 € übersteigt** (§ 11b Abs. 3 S. 2 Nr. 1 SGB II).



Wird aber nur privilegiertes Einkommen **durch Aufwandsentschädigung** erzielt, handelt es sich **nicht um Einkommen aus Erwerbstätigkeit**, weswegen kein Erwerbstätigenfreibetrag aus dem Geld oberhalb 100 € zusätzlich anrechnungsfrei ist.

Anrechnung von Arbeitseinkommen aus regulärer und privilegierter Arbeit **im SGB II**

1. Fallkonstellation

Übungsleiterhonorar für Trainertätigkeit im Sportverein. 250 € (§ 3 Nr. 26 EStG)

250,00 € Einkommen Übungsleiter
- 250,00 € Grundfreibetrag

0 € anrechenbares Einkommen

= 250 € können behalten werden

2. Fallkonstellation

Erwerbseinkommen durch Minijob 250 €

250,00 € Reguläres Erwerbseinkommen
- 100,00 € Grundfreibetrag
- 30,00 € Erwerbstätigenfreibetrag*

120,00 € anrechenbares Einkommen

= 130 € können behalten werden

* 20 % des Betrages der 100 € übersteigt
= 30 € (§ 11b Abs. 3 S.2 Nr. 1 SGB II)

3. Fallkonstellation

Erwerbseinkommen 150 € aus Übungsleiter
200 € aus Minijob

350,00 € Summe Arbeitseinkünfte

- 100,00 € Grundfreibetrag Arbeit
- 150,00 € Grundfreibetrag privilegierte Arbeit
- 50,00 € Erwerbstätigenfreibetrag
(20% des Betrages der 100 € übersteigt)

50,00 € anrechenbares Einkommen

= 300 € können behalten werden

4. Fallkonstellation

Übungsleiterhonorar 450 € in einer Summe

450,00 € Summe Arbeitseinkünfte

- 250,00 € Grundfreibetrag privilegierte Arbeit
- 70,00 € Erwerbstätigenfreibetrag
(20% des Betrages, der 100 € übersteigt)

130,00 € anrechenbares Einkommen *

= 320 € können behalten werden

* Hier wäre zu prüfen, ob es sich um einen Doppelten Zufluss von Arbeitsentgelt in einer Summe handelt, denn dann ist der Grundfreibetrag für jeden Monat gesondert abzusetzen (BSG 17.7.2014 – B 14 AS 25/13 R; FW11.155).

Exkurs Anrechnung von Arbeit und privilegiertem Einkommen **im SGB XII**

Rückblick SGB II-Regelung

1. Fallkonstellation

Erwerbseinkommen durch Minijob
im SGB II mit 100 € mtl.

100,00 € Einkommen
- 100,00 € Grundfreibetrag

0 € anrechenbares Einkommen

= 100 € können behalten werden

2. Fallkonstellation

Erwerbseinkommen durch Minijob im **SGB XII**
mit 100 € mtl.

100,00 € Einkommen
- 5,20 € Arbeitsmittelpauschale*

94,80 € Zwischenbetrag
- 28,44 € Erwerbstätigenfreibetrag**
(30% aus dem bereinigten Einkommen)

66,36 € anrechenbares Einkommen

= 33,64 € können behalten werden

3. Fallkonstellation

Übungsleiterhonorar für Trainer-
tätigkeit im Sportverein. 100 € mtl.
im **SGB XII** nach § 3 Nr. 26 EStG.

100,00 € Einkommen Übungsleiter
- 100,00 € Grundfreibetrag

0 € anrechenbares Einkommen

= 100 € können behalten werden

* § 82 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 SGB XII iVm. § 3 Abs. 5 Vo
zu § 82 SGB XII

** § 82 Abs. 3 S. 1 SGB XII

§ 11b Absetzbeträge SGB II

- (1) Vom Einkommen abzusetzen sind
1. auf das Einkommen entrichtete **Steuern**,
 2. **Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung** einschließlich der Beiträge zur Arbeitsförderung,
 3. Beiträge zu **öffentlichen oder privaten Versicherungen** oder ähnlichen Einrichtungen, soweit diese Beiträge **gesetzlich vorgeschrieben** oder nach Grund und Höhe angemessen sind; hierzu gehören Beiträge
 - a. zur Vorsorge für den Fall der **Krankheit und der Pflegebedürftigkeit** für Personen, die in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht versicherungspflichtig sind,
 - b. zur **Altersvorsorge** von Personen, die von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit sind, soweit die Beiträge nicht nach § 26 bezuschusst werden,
 4. **geförderte Altersvorsorgebeiträge** nach § 82 des Einkommensteuergesetzes, soweit sie den Mindesteigenbeitrag nach § 86 des Einkommensteuergesetzes nicht überschreiten,
 5. die **mit der Erzielung des Einkommens verbundenen notwendigen Ausgaben**,
 6. für **Erwerbstätige ferner ein Betrag nach Absatz 3**,
 7. Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltspflichten bis zu dem in einem **Unterhaltstitel** oder in einer notariell beurkundeten Unterhaltsvereinbarung festgelegten Betrag,
 8. bei erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, deren Einkommen nach dem Vierten Abschnitt des Bundesausbildungsförderungsgesetzes oder nach den §§ 67 oder 126 des Dritten Buches bei der Berechnung der Leistungen der Ausbildungsförderung für mindestens ein Kind berücksichtigt wird, der nach den Vorschriften der Ausbildungsförderung berücksichtigte Betrag.

Erklärung:

→ **zu Nr. 1:** hier ist immer vom **Bruttoeinkommen** auszugehen (§ 2 Abs. 1 ALG II-V).

→ **zu Nr. 3:** „öffentlichen oder privaten VS“
→ **Versicherungspauschale von 30 €** (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 ALG II-V)
→ „gesetzlich vorgeschriebene“ VS bedeutet **KFZ Versicherung** → (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 ALG II-V)

→ **Zu Nr. 4: Riesterbeiträge**

→ **Zu Nr. 5:** Alle Kosten die mit der Einkommenserzielung **notwendigerweise verbunden** sind → mind. 100 € **Grundfreibetrag bei Arbeitseinkommen** oder nachgewiesene Höhere Kosten (§ 11b Abs. 2 S. SGB II)

→ **zu Nr. 6: Erwerbstätigenfreibetrag**
→ **zu Nr. 7: titulierte Unterhaltspflichten**

Weitere Regelungen zur Einkommensanrechnung in der ALG II-V

I. Von Einkommen aus jeder Art sind abzusetzen:

- ◆ Vom **Einkommen Volljähriger** eine **Pauschale für Versicherungen** in Höhe von **30 €** (§ 11b Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II iVm § 6 Abs. 1 Nr. 1 ALG II-V). Erzielen mehrere Personen in einer BG Einkommen, ist die Versicherungspauschale mehrfach abzusetzen. Die Pauschale ist **ohne jeden Nachweis einer Versicherung** in Abzug zu bringen (BSG 19. 9.2008 – B 14 AS 56/07). Die VS-Pauschale kann pro Person und Monat auch bei verschiedenen Einkünften nur **einmal** (pro Monat) **abgesetzt** werden. Bei **Minderjährigen** könnte eine Versicherungspauschale nur abgesetzt werden, wenn es sich um „angemessene“ Versicherungen, wie eine Unfallversicherung bei besonderer Gefährdungslagen, handelt (BSG 10.5.2011 – B 4 AS 139/10 R). Die Versicherungspauschale ist auch vom überschießenden Kindergeld welches beim Kindergeldberechtigten anzurechnen ist abzusetzen (LPK SGB II, 7. Aufl., § 11b Rn 8).
- ◆ **gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen** (KFZ, Mofa, Motorrad und S-Pedelec) (§ 11b Abs. 1 Nr. 3 SGB II), **unabhängig davon**, ob dieses **für Erwerbstätigkeit benötigt wird**. KFZ-Haftpflicht ist nur beim **Halter des Kfz** abzusetzen (BSG 18.3.2008 – B 8/9b S 11/06 R). **Monatliche Absetzung = 1/12** des zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Leistungsanspruch nachgewiesenen Jahresbeitrages, unabhängig vom Zahlungsrhythmus (§ 6 Abs. 1 Nr. 3 ALG II-V).
- ◆ Abzusetzen sind auch **Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung**: das sind **Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge** und **Beiträge zur Arbeitsförderung** und **Zusatzbeiträge** der Krankenversicherung. Fallen solche Sozialversicherungsbeiträge an und ist Einkommen vorhanden, müssen diese in jedem Fall, auch im Falle der Vermeidbarkeit, vom Einkommen abgesetzt werden (§ 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB II).
- ◆ **Beiträge zur Vorsorge** bei **Krankheit und Pflege** für nicht pflichtversicherte Personen (§ 11b Abs. 1 Nr. 3 a) SGB II) und zur **Altersvorsorge** für von der Rentenversicherungspflicht Befreite (§ 11b Abs. 1 Nr. 3 b) SGB II).
- ◆ nach § 82 EStG **geförderte Altersvorsorge** → **Riester-Rente** beim Einkommen Leistungsberechtigter (§ 11b Abs. 4 SGB II iVm. § 6 Abs. 1 Nr. 4 ALG II-V).
Ab **1.1.2018** gilt dort durch das „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ ein neuer Anrechnungsfreibetrag für eine zusätzliche private, monatlich ausgezahlte Altersvorsorge. Zunächst bleibt ein „Grundfreibetrag“ von 100 € anrechnungsfrei, aus den übersteigenden Einkünften sind weitere 30% anrechnungsfrei (§ 82 Abs. 4 SGB XII). Daher „**lohnt**“ sich jetzt für Menschen in perspektivischer Altersarmut **eine private, zusätzliche Altersvorsorge**.

Zu den Absetzungen „notwendiger Ausgaben“ nach § 11b Abs. 1 Nr. 5 SGB II:

Aus Historie, Rechtsprechung und Literatur gibt es bei den „notwendigen mit der Einkommenserzielung in Verbindung stehenden Kosten“ eine **weite** Auslegung. Die davon umfassten Beträge sind vom Einkommen jeder Art abzusetzen.

Im Rahmen der **weiten Auslegung** der Absetzbeträge der „notwendigen Ausgaben“ sind auch von Nichtarbeitseinkommen abzusetzen: **Gewerkschaftsbeiträge** (BSG 27.9.2011 - B 4 AS 180/10 R; FW 11.139) und zu **Berufsverbänden/ Sozialverbänden** (BSG 31.10.2007 - B 14/11b AS 59/06 R; FW 11.139), sowie **Bewerbungskosten, Fahrtkosten, Fachliteratur, Fortbildungs- und Reisekosten zur Fortbildung** (LSG BaWü 25.9.2012 - L 13 AS 3794/12 ER-B; LSG BaWü 27.2.2014 - L 12 AS 4836/12; FW 11.139).

Von Einkommen abzusetzen sind titulierte Unterhaltszahlungen bzw. Kostenbeiträge (§ 11b Abs. 1 Nr. 7 SGB II)

Vom Einkommen sind ebenfalls abzusetzen Unterhaltszahlungen, wenn sie **laufend** und **tituliert** sind (§ 11b Abs. 1 Nr. 7 SGB II). Tituliert sind Unterhaltszahlungen durch Urteil, Titel beim Jugendamt, Titel durch Notar oder Anwaltsvergleich. **Heranziehungen zu vollstationären Leistungen der Jugendhilfe** nach §§ 91 ff SGB VIII sind **analog abzuziehen** (FW 11.168).

Titulierte Unterhaltsansprüche **können auch vom Einkommen des Partners abgesetzt werden**, wenn das eigene Einkommen des Verpflichteten nicht ausreicht (LSG BB 27.1.2009 – L 32 AS 3/09B ER). Tilgung von rückständigen Unterhalt gelten nicht als „titulierte Unterhaltszahlungen“ (BSG 12.10.2016 – B 4 AS 38/15 R). **Entsteht** durch die Absetzung der titulierten Unterhaltszahlung **SGB II - Hilfebedürftigkeit**, ist die Aufforderung zur Titeländerung durch das JC **unzulässig** (BSG 9.11.2010 – B 4 AS 78/10 R).

II. Vom Einkommen aus Erwerbstätigkeit u. Kurzarbeitergeld sind abzusetzen:

Grundsätzlich sind alle Absetzpositionen von § 11b Abs. 1 Nr. 1- 5 SGB II auch vom Erwerbseinkommen abzusetzen. Das sind: Nr.1: **Steuern**, Nr. 2: **Pflichtbeiträge zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung**, Nr. 3: **private und gesetzlich vorgeschriebene Versicherungen**, Nr. 4: **geförderte Altersvorsorge** und Nr. 5: **notwendige Kosten der Einkommenserzielung**.

- Bei **Erwerbseinkommen bis 400 € brutto** tritt anstelle der einzelnen Abzugsbeträge nach § 11b Abs. 1 Nr. 1 – 5 SGB II der sog. „**Grundfreibetrag**“ von **100 €** (§ 11b Abs. 2 S. 2 SGB II). Bei Arbeitseinkommen **oberhalb von 400 € brutto** können nachgewiesene **höhere Absetzbeträge** geltend gemacht werden. Bei **Ausbildungsvergütung** (betrieblich und überbetrieblich) sind ebenfalls der Grundfreibetrag von **100 €** oder **nachgewiesene höhere Ausgaben** abzusetzen (FW 11.159).
- **Zu den mit der Einkommenserzielung in Verbindung stehenden notwendigen Kosten gehören:**
Fahrtkosten zwischen Wohnort/Arbeitsstätte: zunächst mit ÖPNV, wenn dieser zumutbar und möglich ist (§ 6 Abs. 2 ALG II-V; FW 11.147). Bei **Benutzung eines Kfz sind** Fahrtkosten von **0,20 €** je Entfernungskilometer einfache Strecke zwischen Wohnort/Arbeitsstätte abzusetzen, **soweit nicht höhere, notwendige Ausgaben nachgewiesen werden** (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 ALG II - V). Bei wechselnden Arbeitsstätten sind das 0,10 € pro gefahrenen Kilometer. **Reparatur- und Wartungskosten** für das zur Erlangung des Erwerbseinkommens eingesetzte Kraftfahrzeug können **nicht vom Einkommen abgesetzt werden** (LSG BB 8.12.2011 - L 20 AS 47/08).

Faustformel: Bei der Ermittlung von Fahrtkosten gehen die JC's als Pauschalregelung von 19 Arbeitstagen im Monat aus, bei Abweichungen muss entsprechend erhöht oder reduziert werden [Rechenweg: X km x 0,20 € x 19 Tage = Fahrtkosten] (FW 11.146).

- **Arbeitsmittel** wie Arbeitskleidung (BSG 19.06.2012 – B 4 AS 163/11 R), **Arbeitsmittel** in tatsächlicher Höhe (BSG 19.6.2013 – B 4 AS 163/11 R) [allgemeine Definition: Werkzeuge, Geräte, Maschinen oder Anlagen, d. h. alle Gegenstände, die von Beschäftigten bei der Arbeit benutzt werden] **Kinderbetreuungskosten** (BSG 9.11.2010 - B 4 AS 7/10R), **Handy- und Telefonkosten, PKW- Leasingkosten** bei Selbstständigen (BSG 5.6.2014 – B 4 AS 31/13 R), **Fahrradreparaturkosten** als Betriebsausgabe bei Selbstständigen (SG Bremen 27.9.2016 - S 26 AS 975/14). Kosten für **doppelte Haushaltsführung** und **Familienheimfahrten**, mind. 1 x mtl., wenn tägliches Pendeln nicht möglich ist (SG Dresden 10.3.2014 - 4 AS 49/09; FW 11.141 + 11.144); Beiträge zu **Berufsverbänden und Gewerkschaften, Bewerbungskosten, Fahrtkosten, Fachliteratur, Fortbildungs- und Reisekosten zur Fortbildung** (LSG BaWü 25.9.2012 - L 13 AS 3794/12 ER-B; LSG BaWü 27.2. 2014 - L 12 AS 4836/12), **IT/Telefon, Reisekosten, Umzugskosten, Unfallkosten** und **Werkzeuge** (FW 11.139).

Kosten zur Reparatur oder Kauf eines Kfz:

Reparatur- und Wartungskosten sind im Rahmen der „Freien Förderung“ nach § 16f SGB II zu übernehmen. Der Kauf eines Kfz ist nur über das Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB II i. V. § 44 SGB III) zur Anbahnung oder Aufnahme eines versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisses möglich. **Es muss immer vorher ein Antrag gestellt werden!**

Erwerbstätigenfreibeträge

Hinweis: Werden vom Bruttoeinkommen ermittelt und vom Nettoeinkommen abgezogen!!!

Freibetrag jeweilige Stufe		% der Stufe	Höchstbetrag
Freibetrag 1. Stufe (max. 900 €) (§ 11b Abs. 3 S. 1 Nr. 1 SGB II) Erwerbseinkommen zwischen 100 € - 1000 €	⇒⇒	20 %	180 €
Freibetrag 2. Stufe (max. 200 €) (§ 11b Abs. 3 S. 1 Nr. 2 SGB II) Erwerbseinkommen zwischen 1000 € - 1200 €	⇒⇒	10 %	20 €
Freibetrag 3. Stufe (max. 300 €) (§ 11b Abs. 3 S. 3 SGB II) Erwerbseinkommen zwischen 1200 € - 1500 € (Kinderstufe, wenn Unterhaltspflicht für mind. 1 Kind besteht)	⇒⇒	10 %	30 €
Gesamtsumme Erwerbstätigenfreibeträge:			230 €

- Der Erwerbstätigenfreibetrag wird in einem ersten Rechenschritt ausgehend **vom monatlichen Bruttoeinkommen** ermittelt (§ 2 Abs. 1 ALG II-V). Die Beträge werden in den jeweiligen Stufen addiert und dann im zweiten Rechenschritt vom **Nettoeinkommen** abgezogen.
- **Bitte dringend beachten:** der Erwerbstätigenfreibetrag in der 1. Stufe (§ 11b Abs. 3 S. 2 Nr. 1 SGB II) **berechnet sich aus dem Einkommen, welches 100 € übersteigt.**
- **Die Freibetragsregelung gilt für erwerbsfähige Leistungsbezieher** (§ 11b Abs. 3 S. 1 SGB II), für (vorübergehend) nicht erwerbsfähige Leistungsbezieher ist § 82 Abs. 3 Satz 1 SGB XII entsprechend anzuwenden (BSG 28.11.2011 - B 14 AS 201/10 R).
- Fließen Einkünfte aus Erwerbstätigkeit aus mehreren Monaten "en bloc" in einer Zahlung zu, ist der Erwerbstätigenfreibetrag von jedem Monatseinkommen abzusetzen (LSG BaWü 9.8.2007 - L 7 AS 5695/06; SG Berlin 18.1.2012 - S 55 AS 30011/10).

Einkommensarten bzw. Anrechnungsarten

Laufendes Einkommen:

➔ **Laufende Einnahmen** sind alle **monatlich gezahlten** Einkünfte, die auf demselben Rechtsgrund beruhen und regelmäßig erbracht werden.

Anrechnungszeitpunkt:

Laufende Einkünfte sind immer **im Monat des Zuflusses** anzurechnen, sog. „Zuflussprinzip“ (§ 11 Abs. 2 S. 1 SGB II).



Einkommensanrechnung nach Monatsprinzip

Laufende Einnahmen sind: Erwerbseinkommen, laufend gezahlte **Sozialleistungen** und sonstige klassisch laufende Zahlungen wie **Unterhalt**.

Einmaliges Einkommen:

➔ **Einmalige Einnahmen** sind alle **einmalig** oder in größeren **Abständen als monatlich** zufließenden Einkünfte.

Anrechnungszeitpunkt:

Einmalige Einkünfte sind: Wenn im Monat des Zuflusses schon Leistungen erbracht wurden, sind diese **im/ab Zuflussfolgemonat** anzurechnen (§ 11 Abs. 3 S. 3 SGB II). Ist die Einnahme höher als der Leistungsanspruch, ist sie ab dem Monat, der auf den Zufluss folgt, auf **sechs Monate** in gleichen Anteilen **zu verteilen** (§ 11 Abs. 3 S. 3 SGB II). → **Bei vorzeitigem Verbrauch** ist ein Darlehen zu gewähren (§ 24 Abs. 4 S. 2 SGB II).



Einkommensanrechnung Verteilprinzip auf sechs Monate

Einmalige Einnahmen sind: Zinsen, Abfindungen, Steuererstattungen, Erbschaften, Schenkungen, Lottogewinne, Jubiläumsgeld, Leistungsprämien, Nachzahlungen aus anderen Leistungssystemen für Zeiten vor dem Zuflussmonat, **Urlaubs- und Weihnachtsgeld** und alles was **einmalig** oder in **größeren Abständen als monatlich** gezahlt wird.

Anrechnung Einmaliges Einkommen

Einmaliges Einkommen:

➡ **Einmaliges Einkommen** sind alle **einmalig** oder **in größeren Abständen als monatlich** zufließenden Einkünfte.

Anrechnungszeitpunkt:

Einmalige Einkünfte sind: Wenn im Monat des Zuflusses schon Leistungen erbracht wurden, sind diese **im/ab Zuflussfolgemonat** anzurechnen (§ 11 Abs. 3 S. 3 SGB II). Ist die Einnahme höher als der Leistungsanspruch, ist sie ab dem Monat, der auf den Zufluss folgt, auf **sechs Monate** in gleichen Anteilen **zu verteilen** (§ 11 Abs. 3 S. 3 SGB II). → **Bei vorzeitigem Verbrauch** ist ein Darlehen zu gewähren (§ 24 Abs. 4 S. 2 SGB II).



Einkommensanrechnung im laufenden Leistungsbezug: Verteilprinzip auf sechs Monate

Einmalige Einnahmen sind: Zinsen, Abfindungen, Steuererstattungen, Erbschaften, Schenkungen, Lottogewinne, Jubiläumsgewinne, Leistungsprämien, Nachzahlungen aus anderen Leistungssystemen für Zeiten vor dem Zuflussmonat, **Urlaubs- und Weihnachtsgeld** und alles was **einmalig** oder **in größeren Abständen als monatlich** gezahlt wird.

Zu beachtende Punkte:

Nachzahlungen aus Monaten vor dem Zufluss sind einmalige Einnahme und zu verteilen.

„Zu den einmaligen Einnahmen gehören auch als Nachzahlung zufließende Einnahmen, die nicht für den Monat des Zuflusses erbracht werden.“ (§ 11 Abs. 3 S. 2 SGB II)

Das gilt **nicht für SGB II - Nachzahlungen** (§ 11a Abs. 1 Nr. 1 SGB II) und **Nachzahlungen aus AsylbLG und SGB XII** (BSG 25.6.2015 - B 14 AS 17/14 R).

Bei vorzeitigem Verbrauch einer einmaligen Einnahme:

Ab dem 01.01.2017 gibt es **bei vorzeitigem Verbrauch** einer einmaligen Einnahme ausschließlich nur noch ein **Darlehen** (§ 24 Abs. 4 S. 2 SGB II). Allerdings könnte darüber nachgedacht werden, was ein »Verbrauch« konkret ist. Pfändung, Verlust oder Diebstahl stellen keinen »Verbrauch« dar. Wenn ein Darlehen wegen vorzeitigem Verbrauch gewährt wird, **besteht Anspruch auf Wohngeld** (nach § 7 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 WoGG).

Wichtiger Hinweis: Die Aufteilung auf sechs Monate entfällt, wenn im Aufteilungszeitraum die Hilfebedürftigkeit für mindestens einen Monat durch eine eigene Finanzierung und nicht Rückgriff auf das Schonvermögen oder Finanzierung Dritter entfällt (BSG 30.9.2008 – B 4 AS 29/07 R; FW 11.14).

5. Prüfpunkt: Bereinigung von einmaligem Einkommen in drei Schritten

Einmaliges Einkommen

1. Vorwegbereinigung

Die einmalige Einnahme ist im Zufluss- oder Zuflussfolgemonat zunächst **um alle Vorwegabsetzbeträge** des § 11b Abs. 1, Nr. 2, 5 und 6 SGB II zu bereinigen (§ 11b Abs. 1 S. 2 SGB II).

Das sind: **Steuern (Nr. 1), Pflichtbeiträge Sozialversicherung (Nr. 2), mit der Einkommenserzielung verbundene Kosten (Nr. 5) und der Erwerbstätigenfreibetrag (Nr. 6).** Danach sind die Verteilungsabzugsbeträge zu ermitteln; ist die einmalige Einnahme immer noch höher als der monatliche Leistungsanspruch, dann ist zu verteilen.

2. Ist die einmalige Einnahme geringer als der Leistungsanspruch, ist sie in einer Summe anzurechnen. Ist die einmalige Einnahme geringer als der monatliche SGB II-Bedarf, ist sie im Zufluss- oder Zuflussfolgemonat in einer Summe anzurechnen (§ 11 Abs. 3 S. 2 SGB II).

3. Verteilungsbereinigung

Ist die einmalige Einnahme höher als der monatliche Leistungsanspruch, ist sie **auf sechs Monate in gleichen Anteilen aufzuteilen und in monatlichen Teilbeträgen zu berücksichtigen** (§ 11 Abs. 3 S. 3 SGB II). Dabei ist jeden Monat abzusetzen: **Versicherungspauschale von 30 €, Kfz-Versicherung** (beides § 11b Abs. 1 S. 1 Nr. 3 SGB II) und der **Altersvorsorgebeitrag** (§ 11b Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SGB II; Umkehrschluss aus § 11b Abs. 1 S. 2 SGB II).

Wichtiger Hinweis: Ist nach größeren „Einmalzahlungen“ nach sechs Monaten noch Geld übrig, ist dies nunmehr Vermögen. Wenn es unterhalb des Schonvermögenbetrages ist (§ 12 Abs. 2 SGB II), ist es **nicht** leistungsausschließend zu berücksichtigen!

5. Prüfpunkt: Anrechnung einmaliges Einkommen

Parameter: alleinstehende Person = **859 € SGB II-Leistungsanspruch** (449 € Regelleistung, 350 € Miete, 60 € Heizung) und **ohne weiteres Einkommen**, mit Lottogewinnen in unterschiedlichen Höhen.

Lottogewinn von 700 €

700 €

- 30 € Versicherungspauschale
- 42 € Kfz-Versicherung
- 5 € Loskosten (§ 11b Abs. 1 Nr. 5 SGB II)

= **623 € anrechenbares Einkommen**

623 € ist weniger als der Bedarf, deshalb ist die Einnahme **in einer Summe anzurechnen**.

Lottogewinn von 10.000 €

Da 10.000 € mehr ist als der Leistungsanspruch von sechs Monaten = 5.154 €
entfällt der Leistungsanspruch.

Nach sechs Monaten wandelt sich das etwaig verbleibende Geld von Einkommen zu Vermögen.

Lottogewinn von 3.000 €

Rechnung: 3.000 € - 5 € Kosten für Los (§ 11b Abs. 1 Nr. 5 SGB II) = 2.995 € anrechenbares Einkommen nach Vorabvereinbarung.

»diese sind höher als der monatliche Bedarf, daher auf sechs Monate zu verteilen«

2.995 € : sechs Monate = **499,16 €** monatlicher Teilbetrag

499,16 €

- 30,00 € Versicherungspauschale
- 42,00 € Kfz-Versicherung

(Abzugsbeträge bei Verteilung)

= **427,17 €** anzurechnendes Einkommen für sechs Monate

Zu beachten: Bei Rausfall **müssen Sozialversicherungsbeiträge durch freiwillige Weiterversicherung selbst gezahlt werden!**

In den sechs Monaten des SGB II-Rausfalls besteht Anspruch auf Wohngeld!

Bei vorzeitigem Verbrauch einer einmaligen Einnahme:

Ab dem 01.01.2017 gibt es **bei vorzeitigem Verbrauch** einer einmaligen Einnahme ausschließlich nur noch ein **Darlehen** (§ 24 Abs. 4 S. 2 SGB II). Allerdings könnte darüber nachgedacht werden, was ein »Verbrauch« konkret ist. Pfändung, Verlust oder Diebstahl stellen keinen »Verbrauch« dar. Wenn ein Darlehen wegen vorzeitigem Verbrauch gewährt wird, **besteht Anspruch auf Wohngeld** (nach § 7 Abs. 1 S. 3 Nr. 1 WoGG).

5. Prüfpunkt: Anrechnung einmaliges Einkommen

Möglichkeiten unter denen einmalige Einnahmen nicht angerechnet werden dürfen:

- Wenn im Aufteilungszeitraum die Hilfebedürftigkeit für **mindestens einen Monat** durch eine **eigene Finanzierung** und nicht Rückgriff auf das Schonvermögen oder Finanzierung Dritter entfällt (BSG 30.9.2008 – B 4 AS 29/07 R; FW 11.14).
→ Diese (fiktive) Unterbrechung des Leistungsbezuges für einen Monat erzielt man ausschließlich durch **bedarfsdeckendes Erwerbseinkommen** → **also Arbeit**.
- Erfolgt der **Zufluss** einer einmaligen Einnahme im Monat **nach Ablauf des Bewilligungszeitraums** (BWZ) und wird **kein SGB II-Folgeantrag** gestellt, fließt diese in Zeiten des „Nichthilfebezuges“ zu. Sozialrechtlich wird diese einmalige Einnahme dann im Folgemonat zu Vermögen. Insofern die Vermögenshöchstgrenze nicht überschritten ist, ist das JC nicht befugt, dies dann „leistungsschädlich“ zu berücksichtigen.
Begründung: Es besteht keine Pflicht, einen Folgeantrag zu stellen und die Nichtstellung eines Folgeantrages stellt keinen Verzicht im Sinne des § 46 SGB I dar.
- Ist ein einmaliger Einkommenszufluss im kommenden Monat zu erwarten und ist ein Verzicht wegen Unwirksamkeit nicht möglich, könnte der **Leistungsanspruch aber durch einen Verstoß gegen die Verpflichtung der postalischen Erreichbarkeit** (§ 7 Abs. 4a SGB II iVm § 77 Abs. 1 SGB II) „**vernichtet**“ werden. Eine solche „Vernichtung“ ist kein Verzicht im Sinne des § 46 Abs. 2 SGB I und daher wirksam.

Führt die Anrechnung von einmaligem Einkommen zum Wegfall der Hilfebedürftigkeit für den gesamten Verteilzeitraum, sind etwaige nach Ablauf des Verteilzeitraums noch vorhandene finanzielle Mittel für den sich anschließenden neuen Leistungsfall nicht mehr als Einkommen, sondern als Vermögen zu berücksichtigen.

Basics zur vorläufigen Leistungsgewährung

Es gibt hier drei Rechtslagen:

- Rechtslage für Bewilligungsabschnitte, die **zwischen März 2020 und März 2021 begonnen haben** („Coronasonderrecht“) (§ 67 Abs. 4 SGB II – alt)
- Rechtslage für Bewilligungsabschnitte, die **ab April 2021 begonnen haben** („Rechtslage neu“) (§ 41a SGB II – neu)
- Rechtslage für Bewilligungsabschnitte, die **ab dem 1. August 2016 begonnen haben** („Rechtslage alt“) (§ 41a SGB II – alt)

Unterdeckungsschutz in der vorläufigen Leistungsgewährung

Bei **vorläufiger Leistungsgewährung in allen drei Rechtslagen** hat das Jobcenter immer:

- eine **realitätsnahe Prognose** hinsichtlich der zu erwartenden Einkünfte zu treffen, dabei **ist sicherzustellen**, dass der sozialrechtliche Bedarf (Regelbedarfe, Mehrbedarfe, KdU und Heizung und der 100 € -Grundfreibetrag) **immer gedeckt ist, lediglich der Erwerbstatigenfreibetrag kann ganz oder Teilweise außer Betracht bleiben**
→ **Unterdeckungsschutz** (§ 41a Abs. 2 S. 2 SGB II).

Unterdeckungsschutz in der vorläufigen Leistungsgewährung

„²Die vorläufige Leistung ist so zu bemessen, dass der monatliche Bedarf der Leistungsberechtigten zur Sicherung des Lebensunterhalts gedeckt ist; dabei kann der Absetzbetrag nach § 11b Abs. 1 S. 1 Nr. 6 [Erwerbstätigenfreibetrag] ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben. ³Hierbei sind die im Zeitpunkt der Entscheidung bekannten und prognostizierten Verhältnisse zugrunde zu legen.“ (§ 41a Abs. 2 S. 2 SGB II)

Das bedeutet:

- der SGB II – Bedarf muss immer gedeckt werden,
- der Grundfreibetrag von 100 € muss zusätzlich erbracht werden.

Beispiel an wechselnden Einkünften per Minijob, durchschnittliches Einkommen 150 – 200 €.
Sozialrechtlicher Bedarf 449 € RB + 500 € Miete und Heizung = 949 € sozialrechtlicher Bedarf.

Jobcenter rechnet 450 € an:

- 450 € Einkommen aus Minijob
- 100 € Grundfreibetrag
- 70 € Erwerbstätigenfreibetrag

280 € anrechenbares Einkommen

Jobcenter rechnet 175 € an:

- 175 € Einkommen aus Minijob
- 100 € Grundfreibetrag
- 15 € Erwerbstätigenfreibetrag

60 € anrechenbares Einkommen

Durch die rechtswidrige Einkommensanrechnung wird die Existenz um 220 € unterschritten.

2.8 Bescheide im SGB II: EK-Anrechnung vorläufige Leistungsgewährung / **Regelung ab 4/2021**

Vorläufige Leistungsgewährung für **Bewilligungsabschnitte**, die **ab April 2021** begonnen haben („Rechtslage neu“) (§ 41a SGB II - neu)

- **Durchschnittseinkommen** nur bei **Einkünften aus Selbstständigkeit, Gewerbebetrieb und Land- und Forstwirtschaft**,
- bei **unselbstständigen Einkünften** Anrechnung im **Monat des Zufluss**

Einkommensanrechnung bei Einkommen aus Selbstständigkeit oder Gewerbe:

Bei Einkommen aus **Selbstständigkeit, Gewerbebetrieb und Land- und Forstwirtschaft** ist weiterhin ein **Durchschnittseinkommen** zu ermitteln. Neue Rechtsgrundlage: § 3 Abs. 4 ALG II-V.

➔ Etwaige **unselbstständige Einkünfte** sind entsprechend des **Monatsprinzip** anzurechnen.

➔ **Einmalige Einkünfte** sind **im/ab Zuflussfolgemonat** nach den Regeln des § 11 Abs. 3 SGB II anzurechnen.



Bei Einkommen aus **Gewerbe und Betrieb** ist ein **Monatliches Durchschnittseinkommen** zu begründen, bei **einmaligen Einkünften** nach **Zufluss** und den Regeln zur Anrechnung von **einmaligen Einkünften**

Einkommensanrechnung bei Einkommen aus **unselbstständiger Tätigkeit**:

Bei wechselnden Einkünften aus **unselbstständiger Tätigkeit** ist **kein** Durchschnittseinkommen zu bilden, diese sind nur **im Monat des tatsächlichen Zuflusses** anzurechnen. Einmalige Einkünfte sind **im/ab Folgemonat** des Zuflusses nach den Regeln des § 11 Abs. 3 SGB II anzurechnen.



Einkommensanrechnung nach Monatsprinzip

Nach **sechs Monaten** ist **zwingend immer eine abschließende Entscheidung zu treffen** (§ 41a Abs. 4 SGB II-neu).

Ist nach einem Jahr keine abschließende Entscheidung ergangen, **gelten die vorläufig bewilligten Leistungen als abschließend festgesetzt** („Endgültigkeitsfiktion“), so § 41a Abs. 5 SGB II.

2.7 Bescheide im SGB II: EK-Anrechnung vorläufige Leistungsgewährung / Sozialschutzregelung

Vorläufige Leistungsgewährung für alle Bewilligungsabschnitte die zwischen März 2020 und März 2021 begonnen haben („Corona Sonderrecht“) (§ 67 Abs. 4 SGB II –alt)

Einkommensanrechnung als monatliches Durchschnittseinkommen:

Anrechnungszeitpunkt:

Bei vorläufiger Leistungsgewährung im Rahmen der Sozialschutzregelungen (§ 67 Abs. 4 SGB II, § 41a SGB II) hat das Jobcenter:

- Es ist eine **realitätsnahe Prognose** hinsichtlich der zu erwartenden Einkünfte zu treffen, dabei **ist sicherzustellen**, dass der sozialrechtliche Bedarf **immer gedeckt ist** → **Unterdeckungsschutz** (§ 41a Abs. 2 S. 2 SGB II).
- Eine **abschließende Entscheidung ist nur auf Antrag** der leistungsberechtigten Person zulässig (§ 67 Abs. 4 S. 2 SGB II-alt).



Wenn eine abschließende Entscheidung beantragt wird, ist das Einkommen aus selbstständiger, unselbstständiger Tätigkeit und sonstige Einnahmen als **monatliches Durchschnittseinkommen** zu berücksichtigen.

Grundsätzliches zum monatlichen Durchschnittseinkommen:

Darunter fallen **alle laufenden** und **einmaligen Einnahmen**, die im Bewilligungsabschnitt zufließen. Diese sind entsprechend der jeweiligen Vorschriften zur Einkommensbereinigung um die jeweiligen **Absetzbeträge** des § 11b SGB II **zu bereinigen** und in **gleichen Anteilen auf die Monate im Bewilligungszeitraum zu verteilen** (§ 41a Abs. 4 S. 3 SGB II -alt).

Es ist **kein Durchschnittseinkommen** zu ermitteln, wenn die Gründe des Abs. 4-alt vorliegen: Behördliche **Feststellung, dass kein Anspruch bestand, fiktiver Rausfall wegen zu hohem Einkommen** oder **Antrag auf abschließende Festsetzung** (§ 41a Abs. 4 S. 2 Nr. 1-3 SGB II-alt)

Wichtig: Wurden zu geringe Leistungen erbracht, gibt es nur dann eine Nachzahlung, wenn der Leistungsberechtigte innerhalb eines Jahres nach Ablauf des BWZ die endgültige Festsetzung beantragt (§ 67 Abs. 4 S. 2 SGB II).

2.6 Bescheide im SGB II: EK-Anrechnung vorläufige Leistungsgewährung / „altes Recht“

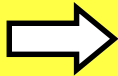
Vorläufige Leistungsgewährung in der ab 1. Aug. 2016 gelten Rechtslage („Rechtslage alt“)

➔ Einkommensanrechnung als monatliches Durchschnittseinkommen:

Anrechnungszeitpunkt:

Bei **vorläufiger Leistungsgewährung** (nach § 41a Abs. 4 S. 2 ff SGB II-alt) hat das Jobcenter:

- bei der **endgültigen Festsetzung** sind alle **laufenden** und **einmaligen Einkünfte** (BSG 11.7.2019 - B 14 AS 44/18 R), die im Bewilligungsabschnitt zufließen zu addieren und in gleichen Anteilen **auf die Monate im Bewilligungszeitraum zu verteilen** (§ 41a Abs. 4 S. 3 SGB II).



Das bedeutet, das Einkommen ist als **monatliches Durchschnittseinkommen** zu berücksichtigen.

Grundsätzliches zum monatlichen Durchschnittseinkommen:

Darunter fallen **alle laufenden** und **einmaligen Einnahmen**, die im Bewilligungsabschnitt zufließen. Diese sind entsprechend der jeweiligen Vorschriften zur Einkommensbereinigung um die jeweiligen **Absetzbeträge** des § 11b SGB II **zu bereinigen** und in **gleichen Anteilen auf die Monate im Bewilligungszeitraum zu verteilen** (§ 41a Abs. 4 S. 3 SGB II -alt).

Rückausnahme: Einkommensanrechnung nach Monatsprinzip

Es ist kein Durchschnittseinkommen zu ermitteln, wenn (§ 41a Abs. 4 S. 2 Nr. 1 – 3 SGB II-alt):

- Das Jobcenter wegen fehlender Mitwirkung nach § 41a Abs. 3 S. 4 SGB **feststellt**, dass **kein Anspruch bestanden hat** (§ 41a Abs. 4 S. 2 Nr. 1 SGB II)
- Für **mind. einen Monat** im Bewilligungszeitraum **wegen hohem Einkommen kein SGB II - Anspruch bestanden** hat. Das ist in der Regel: hohes Erwerbseinkommen welches höher ist als der monatliche Bedarf und daher zum fiktiven Rausfall aus Leistungsbezug führt (§ 41a Abs. 4 S. 2 Nr. 2 SGB II)
- der Leistungsberechtigte wegen Unterdeckung einen **Antrag auf abschließende Festsetzung** anhand des tatsächlichen Einkommen beantragt hat (§ 41a Abs. 4 S. 2 Nr. 3 SGB II)

Liegt einer der drei Punkte vor, ist das Einkommen ausschließlich monatsweise, entsprechend des Zuflusses anzurechnen.

Rechenbeispiel mit Erwerbseinkommen

Fallbeispiel:

Eckdaten:

Klaus und Rita sind verheiratet und leben mit drei Kindern zusammen. Claudia (21 J.), Verena (13 J.) stammen aus erster Ehe von Rita. Michael (5 J.) ist ein gemeinsames Kind. Klaus ist Lagerist und verdient 1.590 € brutto und 1.256 € netto. Rita hat beim Textildiscounter KiK einen Minijob und erhält dort 400 € netto. Claudia studiert und wohnt noch im Elternhaus, sie erhält BAföG in Höhe von 583 € und benötigt einen Krankenkostmehrbedarf wegen Morbus Crohn. Für alle drei Kinder wird Kindergeld gezahlt. Rita ist Kindergeldberechtigte und gibt Kurse in der VHS und erhält dort mtl. 80€ Übungsleiterhonorar. Der Kindsvater von Verena zahlt monatlich 300 € Unterhalt für Verena.

Absetzbeträge Einkommen:

Klaus muss mit dem Kfz zur Arbeit fahren. Arbeitsstätte und Wohnort sind einfache Strecke 45 km. Seine Kfz-Versicherung beträgt 47 €/mtl., er ist Versicherungsnehmer und Gewerkschaftsmitglied und zahlt 12,40 € Beiträge.

Unterkunfts- und Heizkosten:

Sie zahlen für ihre Wohnung 855 € Warmmiete. Das Warmwasser wird dezentral mit Gasboiler zubereitet, dafür bezahlt die Familie monatlich 54 € an den Energieversorger.

Ermittlung der Absetzbeträge bei Erwerbseinkommen

Fall: Klaus und Rita, Claudia 21 J., Verena 13 J., Michael 5 J.; **Einkommen Klaus:** 1.590 € brutto / 1.256 € netto, **Absetzbeträge: Kfz-Versicherung 47€, Gewerkschaft 12,40€, Fahrtkosten 171,60€; Einkommen Rita:** 400€ netto + 80€ privilegiertes Einkommen, **Absetzbeträge: 45€ ÖPNV;** Einkommen Claudia: 583€ BAföG und 204€ Kindergeld; **Einkommen Verena:** 300€ Unterhalt vom Vater; **Wohnen:** Miete + Heizung 855€, dezentrales Warmwasser 54€.

1. Rechenschritt bei Klaus

Ermittlung Absetzbeträge / Werbungskosten:

30,00	Versicherungspauschale *** (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 ALG II-V)
+ 47,00	Kfz-Versicherung (§ 11b Abs. 1 Nr. 3 SGB II)
+ 12,40	Gewerkschaftsbeitrag (§ 11b Abs. 1 Nr. 5 SGB II)
+ 171,00	Fahrtkosten ** (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 ALG II-V)
= 260,40	Summe Absetzbeträge

1. Rechenschritt bei Rita

Ermittlung Absetzbeträge / Werbungskosten:

30,00	Versicherungspauschale *** (§ 6 Abs. 1 Nr. 1 ALG II-V)
+ 45,00	Fahrtkosten ** (§ 6 Abs. 1 Nr. 5 ALG II-V)
= 75,00	Zwischensumme Absetzbeträge
100,00	Grundfreibetrag (ist ein Mindestabsetzbetrag)

** Berechnung Fahrtkosten nach BA

45 Entfernungs-km x 0,20 € x 19 Tage =
171,00 €
 (FW 11.146; § 6 Abs. 1 Nr. 5 ALG II-V)

Ermittlung Erwerbstätigenfreibetrag

Fall: Klaus und Rita, Claudia 21 J., Verena 13 J., Michael 5 J.; **Einkommen Klaus:** 1.590 € brutto / 1.256 € netto, **Absetzbeträge:** Kfz-Versicherung 47€, Gewerkschaft 12,40€, Fahrtkosten 171,60€; **Einkommen Rita:** 400€ netto + 80€ privilegiertes Einkommen, **Absetzbeträge:** 45€ ÖPNV; **Einkommen Claudia:** 583€ BAföG und 204€ Kindergeld; **Einkommen Verena:** 300€ Unterhalt vom Vater; **Wohnen:** Miete + Heizung 855€, dezentrales Warmwasser 54€.

2. Rechenschritt bei Klaus

Erwerbstätigenfreibetrag aus
1.590 € brutto reguläre Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigenfreibetrag 1. Stufe (100 – 1000 €)

180,00	Freibetrag (20 % von 900 €)
--------	-----------------------------

Erwerbstätigenfreibetrag 2. Stufe (1000 – 1200 €)

+ 20,00	Freibetrag (10 % von 200 €)
---------	-----------------------------

Erwerbstätigenfreibetrag 3. Stufe (1200 – 1500 €)

+ 30,00	Freibetrag (10 % von 300 €)
---------	-----------------------------

= 230,00	Summe Erwerbstätigenfreibetrag **
-----------------	--

2. Rechenschritt bei Rita

Erwerbstätigenfreibetrag aus

400 € + 80 € = 480 €
(reguläres + privilegiertes Erwerbseinkommen)

Erwerbstätigenfreibetrag 1. Stufe (100 – 1000 €)

76,00	Freibetrag (20 % von 380 €)
-------	-----------------------------

Erwerbstätigenfreibetrag 2. Stufe (1000 – 1200 €)

-----	-----
-------	-------

Erwerbstätigenfreibetrag 3. Stufe (1200 – 1500 €)

-----	-----
-------	-------

= 76,00	Summe Erwerbstätigenfreibetrag
----------------	---------------------------------------

** das über 1.500 € liegende Einkommen bleibt unberücksichtigt

Zu berücksichtigendes Einkommen

Fall: Klaus und Rita, Claudia 21 J., Verena 13 J., Michael 5 J.; **Einkommen Klaus:** 1.590 € brutto / 1.256 € netto, **Absetzbeträge: Kfz-Versicherung 47€, Gewerkschaft 12,40€, Fahrtkosten 171,60€;** **Einkommen Rita:** 400€ netto + 80€ privilegiertes Einkommen, **Absetzbeträge: 45€ ÖPNV;** **Einkommen Claudia:** 583€ BAföG und 204€ Kindergeld; **Einkommen Verena:** 300€ Unterhalt vom Vater; **Wohnen:** Miete + Heizung 855€, dezentrales Warmwasser 54€.

3. Rechenschritt bei Klaus

Bereinigung des Netto-Einkommens um Absetzbeträge + Erwerbstätigenfreibetrag

1.256,00	Erwerbseinkommen, netto
- 260,40	Summe Absetzbeträge
- 230,00	Erwerbstätigenfreibetrag
= 765,60	anrechenbares Einkommen

3. Rechenschritt bei Rita

Bereinigung des Netto-Einkommens um Absetzbeträge + Erwerbstätigenfreibetrag

480,00	Erwerbseinkommen, netto reguläres + privilegiertes
- 100,00	Grundfreibetrag reguläre Arbeit
- 80,00	Grundfreibetrag privilegierte Arbeit
- 76,00	Erwerbstätigenfreibetrag aus regulärem + privilegiertem Erwerbseinkommen
= 224,00	anrechenbares Einkommen

Rausfall von Kindern prüfen

4. Zwischenrechnungen

Ermittlung, ob U-25-Jährige aus der BG rausfallen

Ermittlung Bedarf Claudia

360,00 € Regelbedarf
 + 44,90 € Krankenkostmehrbedarf
 + 171,00 € 1/5 Miete
 + 10,80 € 1/5 Warmwasser
 =====
 = **586,70 € Summe Bedarf**

Zu berücksichtigendes Einkommen Claudia

583,00	BAföG, Elternwohnerin
219,00	Kindergeld
= 802,00	Summe Einkommen vor Bereinigung
- 100,00	Mindestabsetzbetrag BAföG
= 702,00	anrechenbares Einkommen

702,00 € anrechenbares Einkommen
 - 586,70 € Bedarf

115,30 € Überschuss Kindergeld

Dieser »unbenötigte« Teil des Kindergeldes in Höhe von 115,30 € ist beim Kindergeldberechtigten als Einkommen anzurechnen.

Ermittlung Bedarf Verena

311,00 € Regelbedarf
 + 171,00 € 1/5 Miete
 + 10,80 € 1/5 Warmwasser
 =====
492,80 € SGB II-Bedarf

Zu berücksichtigendes Einkommen Verena

300,00	Unterhalt
+ 219,00	Kindergeld
= 519,00	zu berücksichtigendes Einkommen

Ergebnis: Verena hat mehr als Ihr Bedarf und fällt aufgrund § 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II aus der BG raus.

Ermittlung Kindergeldüberschuss

519,00 € Einkommen
 - 492,80 € Bedarf
 =====
= Kein SGB II - Leistungsanspruch

26,20 € ist »unbenötigtes« Kindergeld

Folgen: Claudia und Verena fallen aus BG raus (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II), unbenötigtes KG in Höhe von 115,30 € und 26,20 € = **141,50 €** ist als nicht benötigtes KG beim KG-Berechtigten anzurechnen.

Klaus	Rita	Michael	Claudia	Verena	Erklärung
1. Schritt:		Ermittlung des Bedarfes			
404,00	404,00	285,00	360,00	309,00	Regelbedarf
			44,90		Mehrbedarfe Krankenkost
+ 171,00	+ 171,00	+ 171,00	+ 171,00	+ 171,00	1/5 KdU + Heizung
+ 10,80	+ 10,80	+ 10,80	+ 10,80	+ 10,80	1/5 abweichender Warmwasserbedarf
= 585,80	= 585,80	= 466,80	= 586,70	= 490,80	Summe jeweiliger Bedarf
2. Schritt:		Einkommensbereinigung			
1.256,00	480,00		802,00		Erwerbseinkommen / BAföG
		219,00	+ 115,30		Kindergeld
- 260,40	- 180,00		- 100,00		Summe Absetzbeträge / Mindestgrundfreibetrag
- 230,00	- 76,00				Summe Erwerbstätigenfreibetrag
	+ 141,50				unbenötigtes Kindergeld von Verena
= 765,60	= 365,50	= 219,00	= 0,00	0,00	anrechenbares Einkommen
3. Schritt:		Gegenüberstellung von Einkommen gegen Bedarf			
585,80	585,80	466,80			Bedarf
- 765,60	- 365,50	- 219,00			anrechenbares Einkommen
179,80					Überschuss Klaus
	220,30	247,80		= 468,10	sozialrechtlicher Bedarf v. Rita und Michael
Überschuss			468,10		sozialrechtlicher Bedarf v. Rita und Michael
			- 179,80		abzgl. Überschuss Klaus
			= 288,30		SGB II – Leistungsanspruch

»Unbenötigtes«
Kindergeld
115,30 €
+ 26,20 €

141,50 € Summe
unbenötigtes
Kindergeld

Vermögen Teil I

geschütztes Vermögen im SGB II		
Grundfreibetrag für Volljährige in Höhe von Lebensalter x 150 € mind. aber 3.100 €	jeweils für erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und dessen Partner (§ 12 Abs. 2 Nr. 1 SGB II)	Die Kinderfreibeträge sind nicht auf die Eltern übertragbar (BSG v. 13.05.09 – B 4 AS 39/08 R)
Grundfreibetrag für Kinder in Höhe von 3.100 €	für jedes minderjährige Kind (§ 12 Abs. 2 Nr. 1a SGB II)	
Altersvorsorge entsprechend der Förderhöchstbeträge nach § 10a EStG	(§ 12 Abs. 2 Nr. 2 SGB II)	
Altersvorsorgevermögen mit Verwertungsausschluss* in Höhe von Lebensalter x 750 €	für jeden Leistungsberechtigten und dessen Partner (§ 12 Abs. 2 Nr. 3 SGB II)	
Ansparfreibetrag** in Höhe von 750 €	für jede Person der Bedarfsgemeinschaft (§ 12 Abs. 2 Nr. 4 SGB II)	

Aussetzen der Vermögensprüfung (§ 67 Abs. 2 S. 1 SGB II/§ 141 Abs. 2 SGB XII).

Für Anträge, die zwischen **März 2020** und **März 2022** gestellt worden sind / werden, wird **per Gesetz vermutet**, dass die Antragsteller **nicht über erhebliches Vermögen verfügen**, wenn dies **im Antrag erklärt wird**, dabei gelten folgende Regelungen: **60.000 € für erste Person**, zzgl. **30.000 € für jede weitere Person** (FW 67, Nr. 1.2 Abs. 5, <https://t1p.de/yll8d>).

* Ein kurz vor Beginn der Hilfebedürftigkeit nach § 168 Abs. 3 VVG abgeschlossener Verwertungsausschluss für eine Lebensversicherung stellt nur das „Ausnutzen der gesetzlichen Möglichkeiten“ dar, eine deswegen ausgesprochene Pflichtverletzung wegen Herbeiführung von Hilfsbedürftigkeit ist unzulässig (SG Mainz v. 13.11.2012 – S 4 AS 466/11).

** Der Ansparfreibetrag wird für die gesamte BG berechnet. Das heißt, er kann entweder erhöhend zum Grundfreibetrag bei den Kindern berücksichtigt werden (also von 3.100 auf 3.850 €) oder die Ansparfreibeträge der Kinder bei den Eltern.

Aussetzen der Vermögensprüfung in Coronazeiten: Für Anträge die zwischen März 2020 und März 2022 gestellt werden und bei denen erklärt wird, dass über kein erhebliches Vermögen verfügt wird, gilt für sechs Monate ein Vermögensfreibetrag von 60.000 € für die erste Person und 30.000 € für jede weitere Person (§ 67 Abs. 2 SGB II; FH 67, Kapitel 1), Download: <https://t1p.de/yll8d>) → näheres nächste Folie

Allgemeine Regeln, insofern keine Erklärung hinsichtlich „erheblichen Vermögens“ im Antrag abgegeben wurde:

- **angemessener Hausrat** (§ 12 Abs. 3 Nr. 1 SGB II)
- ein **angemessenes Kfz** für jeden Erwerbsfähigen in der BG (§ 12 Abs. 3 Nr. 2 SGB II) im Wert von bis zu **7.500 €** (BSG 6.9.2007 - B 14/7b AS 66/06 ER)
- vom Inhaber als für die **Altersvorsorge bestimmtes, bezeichnetes, angemessenes Vermögen** bei Befreiung von der Rentenversicherungspflicht (§ 12 Abs. 3 Nr. 3 SGB II) (Eicher/Luik, 4. Aufl. § 12, Rn 85 geht von bis zu 280.000 € aus, die BA bestimmt keine Obergrenze (FW 12.27). Im Rahmen der Corona Regelungen ist **Altersvorsorgevermögen** Höhe von **8.000 € pro Lebensjahr nicht zu berücksichtigen** (FW 67, Nr. 1.2).
- **selbst genutztes, angemessenes Wohneigentum** gilt vom Grundsatz her ohne weitere Prüfung bis **80/90 qm** (Wohnung/Haus) für **ein und zwei Personen** als angemessen (BSG 29.3.2007 - B 7b AS 12/06 R - Rn 23 zur Auslegung von § 12 Abs. 3 Nr. 4 SGB II), für jede weitere Person gelten **weitere 20 qm** (BSG 7.11.2006 - B 7b AS 2/05 R; BSG 12.10.2016 - B 4 AS 4/16 R). Die Angemessenheit reduziert sich nach einem Auszug der Kinder immer entsprechend; „Familienheimbestandsschutzregelung“ bei Erst-auszügen entsprechend dem II. WoBauG **sind nicht anzuwenden** (BSG 12.10.2016 - B 4 AS 4/16 R). **Abweichung bei Ausübung von Gewerbe** im selbstgenutztem Haus (BSG 18.9.2014 - B 14 AS 58/13 R)
- **Vermögen zur baldigen Beschaffung oder Erhalt von Wohnbedürfnissen behinderter oder pflegebedürftiger Personen** (§ 12 Abs. 3 Nr. 5 SGB II). Diese müssen nicht in der BG leben, Verwandtschaftsgrad von § 16 Abs. 5 SGB X ist erforderlich
- **Sachen und Rechte, deren Verwertung offensichtlich unwirtschaftlich ist** (§ 12 Abs. 3 Nr. 6 SGB II). Wobei nach derzeitiger Weisungslage von einem Wertverlust von mehr als 10% unter dem Sub-stanzwert ausgegangen wird (FW 12.37). Bei 12,9% Wertverlust ist die Unwirtschaftlichkeitsgrenze noch nicht erreicht (BSG 15.4.2008 - B 14 AS 27/07 R), bei 18,5 % schon (LSG NRW 16.3.2010 - L 7 B 386/09 AS ER)
- **besonderer Härte der Verwertung** (§ 12 Abs. 3 Nr. 6 SGB II), z.B. bei besonderen Familien- und Erbstücken, Vermögensrückstellung für eine würdige Beerdigung und Grabpflege, Vermögenseinsatz kurz vor der Pensionierung (FW 12.38)
- Vermögensgegenstände, die zur **Aufnahme** oder **Fortsetzung** der **Berufsausbildung** oder **Erwerbstätigkeit unentbehrlich** sind (§ 7 Abs. 1 ALG II-V)

Aussetzung der Vermögensprüfung im Rahmen der „Sozialschutz-Paket“

■ Wirkung der Sozialschutz-Paketregelungen (§ 67 Abs. 1 SGB II / § 141 Abs. 1 SGB XII)

Diese Regelungen gelten für alle Bewilligungszeiträume (BWZ), die zwischen **März 2020** bis **März 2022** begonnen haben bzw. beginnen werden (§ 67 Abs. 1 SGB II iVm. § 68 Abs. 1 S. 1 SGB II / § 141 Abs. 1 SGB XII iVm. § 142 Abs. 1 SGB XII).

■ Aussetzen der Vermögensprüfung (§ 67 Abs. 2 S. 1 SGB II/§ 141 Abs. 2 SGB XII).

Für Anträge, die zwischen **März 2020** und **März 2022** gestellt worden sind/bzw. werden, ist Vermögen **nicht zu berücksichtigen**, wenn im Antrag erklärt wird, dass die Antragstellenden nicht über erhebliches Vermögen verfügen (FW 67, Nr. 1.2 Abs. 5, sowie § 67 Abs. 2 S. 2 SGB II/§ 141 Abs. 2 S. 2 SGB XII; Vereinfachter Antrag Nr. 7 Vermögen). Dabei gelten für eine Person **60.000 € nicht als nicht erhebliches Vermögen**, zzgl. **30.000 €** für jede weitere Person **in der Bedarfsgemeinschaft**. Das bedeutet, dass JC darf nicht verlangen, dass die „Anlage VM“ (Vermögen) ausgefüllt wird (FW 67, Nr. 1.2, Nr. 9). **Info:** Nach Ablauf des jeweiligen Bewilligungsabschnitts wird **keine Vermögensprüfung nachgeholt!**

Die BA bestimmt: das bei der Vermögensprüfung **nur kurzfristig verwertbaren** Vermögensgegenstände wie Barmittel, Sparguthaben, Tagesgelder, Wertpapiersparpläne und -depots, sowie Kunstwerke oder Edelmetalle **zu berücksichtigen** sind.

Nicht in die Prüfung **einzubeziehen** sind die **nicht kurzfristig verwertbare, bzw. frei verfügbare** Vermögensbestände. Dazu gehören insbesondere: **selbstgenutzte Wohnimmobilien**, Altersvorsorgeprodukte wie Kapitallebens- oder Rentenversicherungen (FW 67, Nr. 1.2).

Bei Solo-Selbstständigen/Freiberuflern gilt **Altersvorsorgevermögen** Höhe von **8.000 € für jedes angefangene Jahr der Selbständigkeit als nicht zu berücksichtigendes Vermögen**. Diese Regelung betrifft von der **Rentenversicherungspflicht Befreite** und auch **Nichtbefreite** (FW 67, Nr. 1.2 (6)).

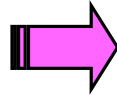
Die Weisung der BA gibt es hier zum Download: <https://t1p.de/yll8d> (Stand 26.1.2022)

Mit der Begrenzung der Privilegierungsregelungen der Sozialschutzpakete auf sechs Monate wird eine **Ungleichbehandlung zwischen Soloselbständigen und Gewerbetreibenden und Leistungsbeziehenden**, die unabhängig von der Coronapandemie im Leistungsbezug im Leistungsbezug sind **institutionalisiert**, **da für die Solo-Selbstständigen immer für sechs Monate** zu gewähren ist (§ 67 Abs. 4 S. 1 SGB II/§ 141 Abs. 4 S. 1 SGB XII), für andere in der Regel für **zwölf Monate** (§ 41 Abs. 3 SGB II).

Die Vermögensschutzregelung gilt im **SGB II** (§ 67 Abs. 2 SGB II), im **SGB XII** (§ 141 Abs. 2 SGB XII) und bei **Geflüchteten die sog. Analogleistungen** erhalten (§ 2 Abs. 1 Satz 1 AsylbLG).

Gemeinschaftstypen im SGB II

Bedarfs-
gemeinschaft



Definition:

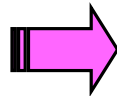
Selbstbehaltlose Unterhaltsgemeinschaft zwischen Leistungsberechtigten und dessen ehelichem und eheähnlichem Partner, sowie unter-25-jährigen, unverheirateten, hilfebedürftigen, leiblichen und Stiefkindern in einem Haushalt.

Knackpunkte:

- Verantwortungs- und Einstandsgemeinschaft / BG
- Stiefkinderproblematik
- kein Familienvermögensfreibetrag
- nicht hilfebedürftige U-25'e
- Auszug Unter-25-Jähriger
- angemessene KdU
- schwangere und junge Eltern im Elternhaus

(§§ 7 Abs. 2, Abs. 3, § 9 Abs. 2,3 SGB II)

Haushalts-
gemeinschaft



Definition:

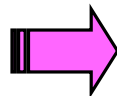
widerlegbare Unterhaltsgemeinschaft mit Selbstbehaltsgrenze zwischen in Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft lebenden Verwandten und Verschwägerten

Knackpunkte:

- Höhe der Selbstbehaltsgrenzen
- wie die Unterhaltsvermutung widerlegt werden kann

(§§ 9 Abs. 5 SGB II iVm. § 1 Abs. 2 ALG II-V)

Wohn-
gemeinschaft



Definition:

alles, was keine Bedarfs- und keine Haushaltsgemeinschaft ist, ist eine **Wohngemeinschaft**

Knackpunkte:

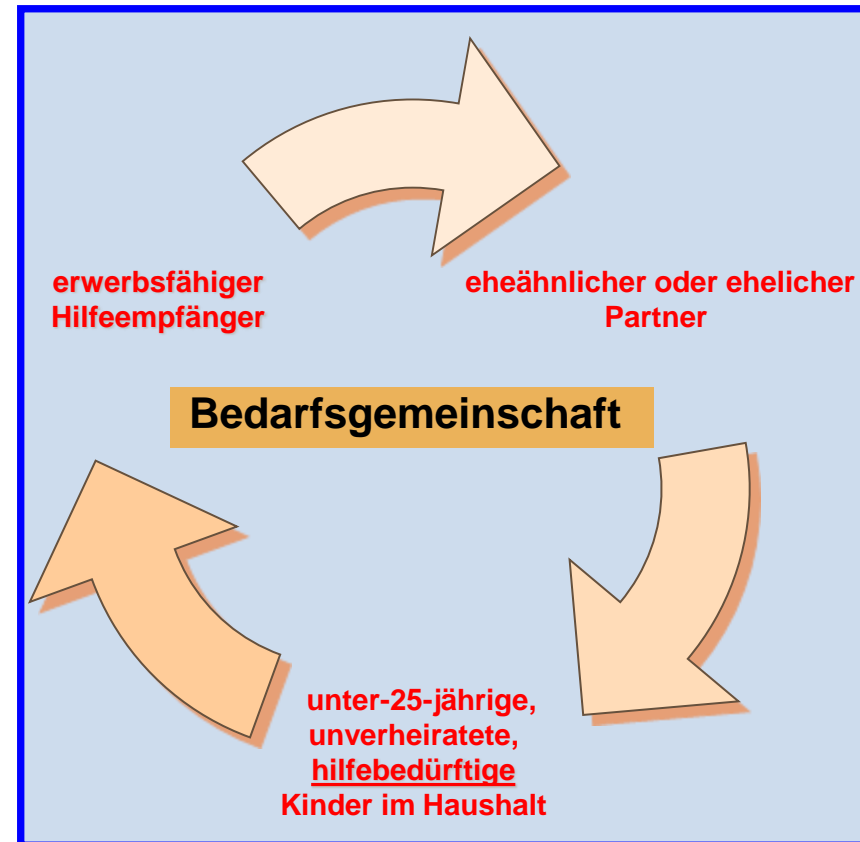
- Anspruch Mehrbedarf wegen Alleinerziehung
- angemessene KdU

Gemeinschaften im ALG II »Bedarfsgemeinschaft«

Voraussetzung für eine Bedarfsgemeinschaft ist, dass mindestens eine Person **erwerbsfähig** im Sinne von § 7 SGB II sein muss.

Zur **Bedarfsgemeinschaft** (§ 7 Abs. 3 SGB II) gehören:

- der **erwerbsfähige Hilfebedürftige** zwischen 15 und 65 Jahren (§ 7 Abs. 3 Nr. 1 SGB II), bzw. mit angehobener Altersrentengrenze (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 SGB II i.V. m. § 7a SGB II)
- der **eheähnliche** oder **eheliche Partner** des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (§ 7 Abs. 3 Nr. 3 SGB II) (Verantwortungs- und Einstandsgemeinschaft)
- die zum Haushalt gehörenden, **unverheirateten, unter-25-jährigen, hilfebedürftigen** Kinder (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II),
- die zum Haushalt gehörenden **Kinder des Partners** [Stiefkind] (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II i.V. m. § 9 Abs. 2 S. 2 SGB II)
Ausnahme: Schwangere Kinder, gehören zur BG, aber es besteht **keine Unterhaltspflicht** der Eltern, genauso bei Betreuung ihres Kindes bis zum vollenden 6. Lebensjahr (§ 9 Abs. 3 SGB II)
- **Kinder beim Besuchsaufenthalt** beim umgangsberechtigten Elternteil (BSG 2.0.2009 – B 14 AS 75/08 ER).



Die Bedarfsgemeinschaft ist eine selbstbehaltlose Unterhaltsgemeinschaft, in der jeder alles oberhalb des eigenen Bedarfes den Mitgliedern der Bedarfsgemeinschaft abzurücken hat.

Verantwortungs- und Einstandsgemeinschaft im SGB II

Einführung in die Vorgängerregelung aus der alten Arbeitslosenhilfe und dem BSHG:

Zum besseren Verständnis: die vorgehende Rechtspr. des BVerfG zur eheähnlichen Gemeinschaft:

Eine eheähnliche Gemeinschaft ist grundsätzlich **nur dann** anzunehmen, wenn es sich um eine **auf Dauer angelegte** Lebensgemeinschaft von nicht **unter drei Jahren** handelt, die daneben **keine weitere Lebensgemeinschaft gleicher Art** zulässt und die sich durch eine **innere Bindung von solch einem Gewicht auszeichnet**, dass ein gegenseitiges Einstehen der Partner füreinander **besteht, also weit über eine Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehen**. Das ist insbesondere der Fall, wenn die Partner Einkommen vorrangig zur Sicherung des gemeinsamen Lebensunterhaltes einsetzen, bevor damit eigene Bedürfnisse befriedigt werden (BVerfG 17.11.1992 – 1 BvL 8/87; BVerfG 17.5.1995 - 5 C 16/93).

Diese Rechtslage, die zuvor im BSHG, in der Arbeitslosenhilfe und anfänglich im SGB II gegolten hat, gilt seit dem 01. August 2006 im SGB II nicht mehr, es wurde vielmehr folgende Rechtslage bestimmt:

Eine Verantwortungs- und Einstehensgemeinschaft im Sinne des SGB II liegt nur vor, wenn kumulativ die folgenden Voraussetzungen gegeben sind: Es muss sich

1. um **Partner** handeln, die
2. in einer **Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft** leben (objektive Voraussetzungen) und zwar
3. so, dass nach **verständiger Würdigung** der **wechselseitige Wille anzunehmen** ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen (subjektive Voraussetzung) (BSG 23.8.2012-B 4 AS 34/12 R) (Zusammenfassung der Regelungen in § 7 Abs. 3 Nr. 3. lit. C SGB II).

Diese drei Kriterien müssen kumulativ vorhanden sein (BSG 23.8.2012 – B 4 AS 34/12 R, LSG NRW 6.6.2013 – L 7 AS 914/12, LSG Sachsen 7.1.2011 – L 7 As 115/09).

Eine Einstehensgemeinschaft wird vermutet ...

wenn (Partner in einer Wohnung)

1. länger als **ein Jahr zusammenleben** (§ 7 Abs. 3a Nr. 1 SGB II)
2. (oder) mit einem **gemeinsamen Kind zusammenleben** (§ 7 Abs. 3a Nr. 2 SGB II)
3. (oder) **Kinder oder Angehörige im Haushalt versorgen** (§ 7 Abs. 3a Nr. 3 SGB II)
4. (oder) befugt sind, **über Einkommen oder Vermögen des anderen zu verfügen** (§ 7 Abs. 3a Nr. 4 SGB II).

Diese gesetzliche Vermutung hat zur Folge, dass die Betroffenen die Vermutung **widerlegen** müssen. Die davon Betroffenen tragen die **Beweislast** für das Nichtvorliegen des Einstandswillens.

Primär gibt es hier **massive Beratungsunterlassungsfehler**, weil jedes Jobcenter bei der Erstbeantragung von Leistungen die Antragsteller*innen umfassend im Rahmen der Spontanberatung beraten müssen.

Spontanberatung bedeutet die behördliche Verpflichtung, aus dem Einzelfall sich ergebende, rechtliche für den Leistungsberechtigten günstige Fallgestaltung hinzuweisen (ständige Rspr. BSG 04.09.2013 - B 12 AL 2/12 R).

Diese Beratungspflicht besteht durch § 14 SGB I und verschärft in Bezug auf das SGB II, nach § 14 Abs. 2 SGB II.

Das erfolgt von Seiten der Jobcenter konsequent nicht. Das Antragsformular lässt auch keine Beantragung im Rahmen einer Wohngemeinschaft zu.

Welche Leistungen sind bei Partnerschaft im Jahr vor der Annahme einer Einstehensgemeinschaft zu erbringen?

In der „Schnupperzeit“, also im ersten Jahr des Zusammenlebens, haben die Partner Leistungsansprüche wie bei einer Wohngemeinschaft. Das heißt leistungrechtlich:

➔ es ist der **Alleinstehenden-Regelsatz** von **jeweils 449 €**, statt **404 €** zu erbringen, sowie, wenn es vorliegt, besteht der **Anspruch** auf den Mehrbedarf für **Alleinerziehende** in Höhe von **161,64 € bzw. 53,88 €**

➔ **Unterkunftskosten** sind in **Höhe der Mietoberwerten** für die jeweils **alleine lebenden Personen** zu berücksichtigen (BSG 25.4.2018 - B 14 AS 14/17 R; BSG 18.6.2008 - B 14/11b AS 61/06 R, Rn. 22; BSG 18.2.2010 - B 14 AS 73/08 R).

Das bedeutet, dass in der Übergangsphase auf eine BG auch bei höheren Mieten als für eine BG angemessene Miete die **Zustimmung vom JC zur Anmietung erteilt** und **Kauttionen übernommen werden** müssen.

Das Ganze konkret am Beispiel an der Mietobergrenze in Berlin

Eckdaten: 1 Person 421 € Bruttokaltmiete; 2 Personen 495 € Bruttokaltmiete.

Die Bruttokaltmiete für 2 Personen beträgt in der „Schnupperzeit“:

2 x 421 € = 842 € und nicht 495 €.

Wenn also eine Wohnung für **550 € gefunden wird**, ist diese angemessen im Sinne des SGB II, dann **muss das JC der Anmietung zustimmen** und die **Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten** (Kaution, Genossenschaft, Umzug, Renovierung ... bis zur Telefonummeldung, Nachsendeantrag) übernehmen.

Hat sich die „noch-WG“ in eine „BG“ gewandelt, ist bei Überschreitung der MOG ein Kostensenkungsverfahren nach § 22 Abs. 1 S. 3 SGB II eingeleitet werden. Nur wenn möglich und zumutbar, darf das JC dann die KdU senken

Rausfall von Unter-25-Jährigen aus der Bedarfsgemeinschaft

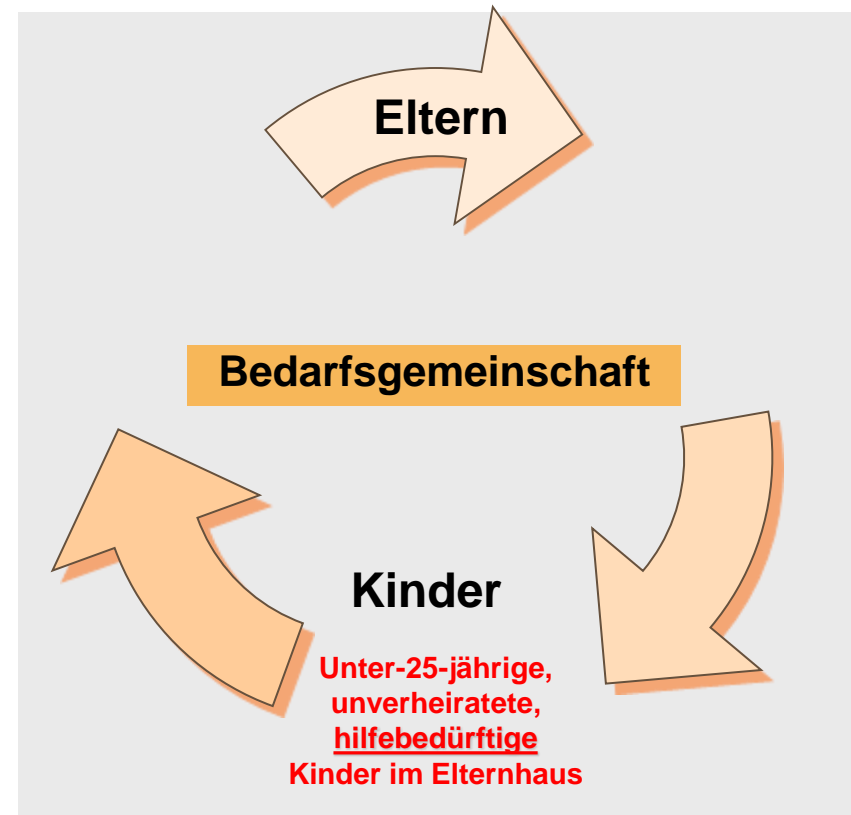
Kinder gehören unter drei Voraussetzungen zur **Bedarfsgemeinschaft** mit den Eltern, sie müssen:

- **unter-25-jährig**,
- **unverheiratet** und
- **hilfebedürftig** im Sinne des SGB II sein

(§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II).

Ist eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt, fallen die Kinder aus der Bedarfsgemeinschaft raus. Dies hat zur Folge, dass das Einkommen oberhalb des eigenen Bedarfes nicht bei der Familie angerechnet werden darf.

Die spezielle Stellung des Kindergeldes im SGB II ist zu beachten. Zunächst ist es Einkommen des Kindergeldberechtigten. Wird es aber vom Kind zur Sicherung des Bedarfes benötigt, ist es beim Kind anzurechnen (§ 11 Abs. 1 SGB II). In der Folge heißt das, unbenötigtes Kindergeld ist dann wieder beim Kindergeldberechtigten anzurechnen.



Rausfall von Unter-25-Jährigen aus der Bedarfsgemeinschaft

Sachverhalt: alleinerziehende Mutter, Kind 5 Jahre, KdUH: 450 € (wird in voller Höhe anerkannt) // **Einkünfte:** Kindergeld 219 €, 450 € Unterhalt vom Kindsvater // Mutter hat kein eigenes Einkommen // **EK-Bereinigung:** 60 €/mtl. Kfz-Versicherung, Riesterrrente 5 €

So würde das JC rechtswidrig ohne Bereinigung berechnen:

SGB II- Bedarfsrechnung ohne Rausfall des Kindes:

449,00 € RB Mutter
 + 285,00 € RB Kind 5 Jahre
 + 161,64 € MB Alleinerziehende
 + 450,00 € Miete und Heizung

1345,64 € sozialrechtlicher Bedarf

SGB II – Berechnung:

1345,64 € Bedarf
 - 450,00 € Unterhalt
 - 219,00 € Kindergeld

676,64 € SGB II-Auszahlungsbetrag

»Geld aus allen Töpfen«:

450,00 € Unterhalt
 + 219,00 € Kindergeld
 + 676,64 € Leistungen Jobcenter

1345,64 € Geld aus allen Quellen

So muss das JC berechnen:

SGB II-Berechnung mit Rausfall Kind:

449,00 € RB Mutter
 + 161,64 € MB Alleinerziehende
 + 225,00 € ½ Miete und Heizung

835,64 € Bedarf Mutter

Berechnung Einkommen:

159,00 € verbliebenes KG
 - 30,00 € Versicherungspauschale
 - 60,00 € Kfz Versicherung
 - 5,00 € Riester

64,00 € anrechenbares EK

Endrechnung:

835,64 € sozialrechtlicher Bedarf
 - 64,00 € anrechenbares EK

771,64 € SGB II-Anspruch

»Geld aus allen Töpfen«:

450,00 € Unterhalt
 + 219,00 € Kindergeld
 + 771,64 € Leistungen Jobcenter

1440,64 € Geld aus allen Quellen

1. Rechenschritt: Bedarf Kind

SGB II-Bedarfsberechnung Kind:

285,00 € RB Kind
 + 225,00 € ½ Miete und Heizung

510,00 € Bedarf Kind

abzüglich Einkommen:

450,00 € Unterhalt
 + 60,00 € benötigtes Kindergeld

= kein SGB II-Anspruch

Folge: Kind fällt aus BG raus (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II).
 + unbenötigtes Kindergeld in Höhe von 159 € ist bei KG-Berechtigten anzurechnen (§ 11 Abs. 1 S. 5 SGB II)

Erklärung Differenz:

Die Differenz von 95 EUR entsteht durch die Einkommensbereinigung des verbliebenen Kindergeldes.



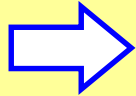
Folgen für die zu berücksichtigenden Unterkunftskosten durch den Rausfall von U-25-Jährigen aus der BG

Grundsätzliche Regel:

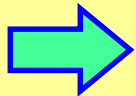
Die »angemessenen Unterkunftskosten« orientieren sich immer an der **Anzahl der BG-Mitglieder** und **nicht** an der Anzahl der Personen in einem Haushalt.

Die **Angemessenheit** der Unterkunftskosten hat sich **immer an der Anzahl der BG - Mitglieder** und **nicht** an der **Anzahl der Personen in einem Haushalt** zu orientieren (BSG 25.4.2018 - B 14 AS 14/17 R; BSG 18.6.2008 - B 14/11b AS61/06 R; BSG 18.2.2010 - B 14 AS 73/08 R).

Im Ergebnis bedeutet dies:



Fallen in Haushalten, in denen die Unterkunftskosten nach einer wirksam gewordenen Kostensenkungsaufforderung wegen Unangemessenheit reduziert wurden, Kinder (nach § 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II) aus der BG raus, sind die jeweils **kopfanteiligen Unterkunftskosten** bei der Ermittlung des Bedarfes des Kindes und des Elternteiles zugrunde zu legen.



Solange die tatsächlichen hälftigen Unterkunftskosten des Elternteils die jeweilige örtliche Angemessenheitsgrenze für einen **Ein-Personen-Haushalt nicht überschreiten, sind diese als angemessene KdU zu berücksichtigen. Eine Reduktion auf ½ der KdU für einen Zwei-Personen-Haushalt ist dann rechtswidrig.**

Berechnung mit „tatsächlichem KdU-Bedarf“

Angemessene KdU:

1 Person 421,50 €
Alleinerziehende
+ ein Kind: 509,60 €

Sachverhalt: identisch bis auf KdU. Tatsächliche KdU beträgt 600 €, zzgl. 50 € Heizung, JC hat nach wirksam gewordener Kostensenkungsaufforderung auf „angemessene“ KdU auf 509,60 € reduziert

So würde das JC rechtswidrig berechnen:

SGB II- Bedarfsrechnung:

449,00 € RB Mutter
+ 285,00 € RB Kind 5 Jahre
+ 161,64 € MB Alleinerziehende
+ 509,60 € **anerkannte** KdU
+ 50,00 € Heizung

1455,24 € berücksichtigter sozialrechtlicher Bedarf

SGB II – Berechnung:

1455,24 € Bedarf
- 450,00 € Unterhalt
- 219,00 € Kindergeld

786,24 € ALG II - Auszahlungsbetrag

»Geld aus allen Töpfen«:

450,00 € Unterhalt
+ 219,00 € Kindergeld
+ 786,24 € Leistungen Jobcenter

1455,24 € Geld aus allen Quellen

So muß das JC berechnen:

SGB II-Berechnung nach Rausfall Kind:

449,00 € RB Mutter
+ 161,64 € MB Alleinerziehende
+ 300,00 € ½ **tatsächliche** KdU
+ 25,00 € ½ Heizung

935,64 € Bedarf (mit tatsächl. KdU)

Berechnung Einkommen:

59,00 € unbenötigtes KG
- 30,00 € Versicherungspauschale
- 60,00 € Kfz Versicherung
- 5,00 € Riester

0,00 € anrechenbares EK

Endrechnung:

935,64 € anzuerkennender Bedarf
- 0,00 € anrechenbares EK

935,64 € SGB II-Anspruch

SGB II-Bedarfsberechnung Kind:

285,00 € RB Kind
+ 300,00 € ½ **tatsächliche** KdU
+ 25,00 € ½ Heizung

610,00 € Bedarf (mit tatsächl. KdU)

abzüglich Einkommen:

- 450,00 € Unterhalt
- 158,00 € benötigtes Kindergeld

= kein SGB II-Anspruch

Folge: Kind fällt aus BG raus (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II), unbenötigtes KG in Höhe von **59 €** ist als EK beim KG-Berechtigten anzurechnen.

Hinweis:

Im 1. Schritt ist zu prüfen, ob das Kind mit ½ tatsächlicher KdU noch hilfebedürftig ist. Wenn es nicht hilfebedürftig ist, ist das **JC nicht befugt die KdU auf angemessene KdU zu begrenzen**, dann sind die tatsächliche KdU zu berücksichtigen.

Differenz 149,40 €

Erklärung Differenz:

90,40 € nicht berücks. KdU
+ 59,00 € bereinigtes KG

149,40 € Differenz

»Geld aus allen Töpfen«:

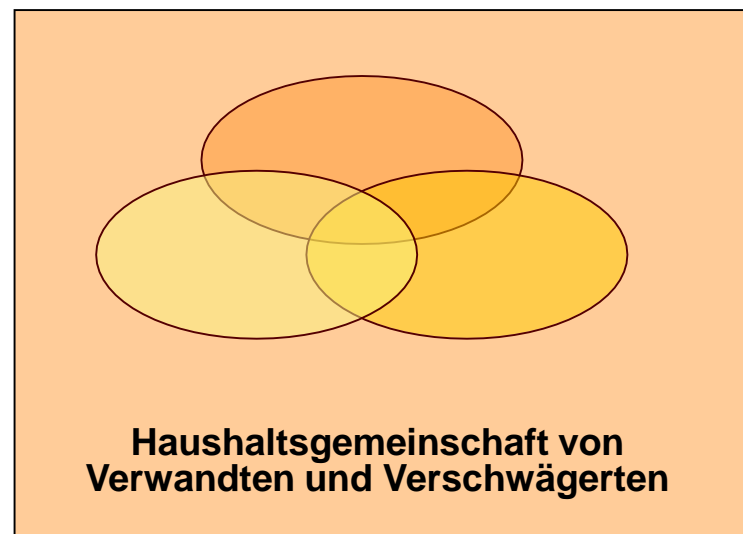
450,00 € Unterhalt
+ 219,00 € Kindergeld
+ 935,64 € Leistungen Jobcenter

1604,64 € Geld aus allen Quellen

Gemeinschaften im ALG II: »Haushaltsgemeinschaft«

Leben Verwandte und Verschwägerete in einer Haushaltsgemeinschaft, wird vermutet, dass sie sich gegenseitig Unterhalt leisten, soweit dies nach ihrem Einkommen und Vermögen erwartet werden kann (§ 9 Abs. 5 SGB II).

- Eine Haushaltsgemeinschaft von Verwandten und Verschwägerten liegt nur vor, wenn aus „**einem Topf**“ gewirtschaftet wird.
- Die Unterhaltsvermutung darf nur angenommen werden, soweit dies nach **Einkommen** und **Vermögen erwartet** werden kann (§ 9 Abs. 5 SGB II).
- **Die Unterhaltsvermutung ist widerlegbar**
- Das Vorliegen einer Haushaltsgemeinschaft wird grundsätzlich **durch Erklärung des Hilfebedürftigen festgestellt** (FW 9.11).
- Besteht keine Rechtspflicht zur Unterhaltszahlung, **reicht** zum Widersprechen der Unterhaltsvermutung **eine entsprechende schriftliche Erklärung** des Hilfeempfängers aus (FW 9.27).



Selbstbehalt: Zweifacher Satz der maßgeblichen RL + anteilige Miete und Heizkosten zzgl. der Hälfte der Differenz zwischen Selbstbehalt und des im Sinne von § 11 Abs. 2 SGB II bereinigten Einkommens (§ 1 Abs. 2 der ALG II-V). Dabei sind **besondere Belastungen** wie Krankenbehandlungen, Schuldverpflichtungen, Versicherungen und Unterhaltszahlungen **zu berücksichtigen** (FW 9.32).

Berechnung der Unterhaltsleistungen im Rahmen einer Haushaltsgemeinschaft

Die Unterhaltsvermutung des § 9 Abs. 5 SGB II greift überhaupt nur, wenn die Unterhaltsleistung dem Betroffenen wirtschaftlich möglich sind (§ 9 Abs. 5 SGB II, § 1 Abs. 2 ALG II-V). Dazu wird in einem **ersten Schritt** die Selbstbehaltsgrenze ermittelt, im **zweiten Schritt** das anrechenbare Einkommen und in einem **dritten Schritt** die Hälfte der Differenz zwischen beiden Beträgen. In der Höhe ist eine Unterstützung im Rahmen der HG möglich.

Rechenfall: Klaus mit einem Erwerbseinkommen von 1.930 € brutto und 1.450 € netto.

Erster Schritt: Ermittlung Selbstbehaltsgrenze

898 € (2 x 449 € Regelsatz)
+ ~ 200 € anteilige KDU + Heizung
=====

~ **1.098 € Selbstbehaltsgrenze**

Zweiter Schritt: Ermittlung Einkommen

1.450 € netto Einkommen
- 100 € Grundfreibetrag
- 200 € Erwerbstätigenfreibetrag*
=====

= **1.150 € Summe anrechenbares EK**

Dritter Schritt: hälftiger Differenzbetrag

1.150 € anrechenbares EK
- 1.098 € Selbstbehalt
=====

= **52 € Differenz**

Ermittlung hälftiger Betrag:

52 € : 2 = **26 €**

Somit beträgt der zum Unterhalt vermutete und zumutbare Betrag **26 €/mtl.**

Aus der Rechnung ergibt sich, dass bei **bereinigtem** Einkommen von unter ca. 1.000 € **nie** eine Unterhaltsvermutung greift, oberhalb gegebenenfalls. Allerdings um 1.000 € bereinigte Einkommen [aus Erwerbstätigkeit] zu erzielen, bedarf es mind. 1.300 € netto.

*** Die BA regelt in ihren Weisungen, dass neben den regulären Beträgen zur Einkommensbereinigungen nach § 11b SGB II weitere besondere Belastungen absetzbar seien. Diese können zusätzlich vom Einkommen angesetzt werden und somit die Selbstbehaltsgrenze erhöhen:**

Genannt werden: Wie Unterhaltszahlungen, Beiträge zu Versicherungen (Hundehaftpflicht, Rechtsschutzversicherung, etc.), Kosten für die eigene Fort- und Weiterbildung, Sonderbedarfe, z. B. für orthopädische Hilfen, Zinsen und Tilgungsbeträge aus Schuldverpflichtungen, Bedarfe für Bildung und Teilhabe (FW 9.32)

Nicht von den Regelbedarfen umfasster Bedarf/Erstausstattung

Zuschuss

Nicht von der Regelleistung umfasst sind:

- Bedarfe für **Erstausstattung für die Wohnung** einschließlich **Haushaltsgeräten** (§ 24 Abs. 3 Nr. 1 SGB II)
- **Erstausstattung für Bekleidung**, sowie **Bedarfe bei Schwangerschaft und Geburt** (§ 24 Abs. 3 Nr. 2 SGB II)
- die **Anschaffung** und **Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparatur** und **Miete von therapeutischem Gerät und Ausrüstungen** (u.a. **Brillenreparatur**, 24 Abs. 3 SGB II)

1. Stufe

Das bedeutet: es besteht ein Anspruch auf **erstmalig zu beschaffende** Hausratsgegenstände und dann, wenn diese aufgrund „außergewöhnlicher Umstände“ wiederholt beschafft werden müssen (Bt-Drs 15/1514, 60).

„Bedarfsdeckende“ Regelsätze bzw. Ansparkonzeption der Regelsätze:

Nach der Erstausstattung sind **weitere Bedarfe »von der Wiege bis zur Bahre«** sowie **Austausch, Reparatur, Ergänzungsbedarfe** aus den „bedarfsdeckenden“ Regelbedarfen (§ 3 Abs. 3 S. 1 SGB II) **anzusparen** und **zu erbringen** (§ 20 Abs. 1 S. 3 SGB II).

Zur **Anspargung auf zukünftige einmalige Bedarfe** sind in der **RS 16 % = 71,84 €** enthalten (BT-Drs 15/1514, S. 59).

2. Stufe

Darlehen bei unabweisbarem Bedarf (Anspardarlehen):

Wurde aus den „bedarfsdeckenden“ Regelbedarfen nicht angespart, ist der **Bedarf unabweisbar, ist kein Vermögen der Darlehensnehmer mehr vorhanden** und **Selbsthilfe nicht möglich** und handelt es sich um einen **von der Regelleistung umfassten Bedarf**, muss ein Darlehen erbracht werden (§ 24 Abs. 1 SGB II, § 42a Abs. 1 SGB II).

Darlehen

3. Stufe

Hinweis: Die Ansparkonzeption aus den Regelsätzen ist faktisch gescheitert, 67,6 % der SGB II-beziehenden Familien können im Monat keinen festen Betrag aus den Regelbedarfen sparen (BVerfG 23.7.2014 – 1 BvL 10/12, Rn 115 – 121). Die Regelbedarfe sind einfach zu niedrig!

Erstmalige und wiederholte Anschaffung aufgrund besonderer Umstände

Nicht von der Regelleistung umfasst sind:

Es besteht ein Anspruch auf eine **Erstausrüstung**; diese Bedarfe sind nicht von der Regelleistung umfasst und beinhalten:

- **Erstausrüstungen für die Wohnung** einschließlich **Haushaltsgeräten** (§ 24 Abs. 3 Nr.1 SGB II)
 - **Erstausrüstung für Bekleidung** und **bei Schwangerschaft** und **Geburt** (§ 24 Abs. 3 Nr. 2 SGB II)
 - **Anschaffung** und **Reparaturen von orthopädischen Schuhen**, **Reparatur** und **Miete** von **therapeutischem Gerät** und **Ausrüstungen** (§ 24 Abs. 3 SGB II).
- **Zur Erstausrüstung für die Wohnung** gehört auch die erstmalige **Beschaffung eines "Jugendbettes"**,. Nachdem das Kind dem Kinderbett entwachsen ist, handelt es sich auch um eine Erstausrüstung für die Wohnung (BSG 23.5.2013 - B 4 AS 79/12 R).

Der Erstausrüstungsbegriff ist weit auszulegen, es geht dabei um Bedarfe zur **Ausstattung für die Wohnung, Bekleidung und Ausstattung bei Schwangerschaft und Geburt**, die

- **erstmalig angeschafft** werden müssen oder die aufgrund **„außergewöhnlicher Umstände“** nicht mehr vorhanden sind und wiederholt beschafft werden müssen.

Das Bedarfsdeckungsprinzip gebietet eine bedarfsorientierte Betrachtung des Anspruchs auf eine Wohnungsausstattung.

Beispiele für Erstausrüstungsbedarfe an Hausrat:

- nach **Verlassen des Elternhauses** (BSG 19.9.2008 - B 14 AS 64/07 R)
- bei **Verlassen der Ehe-/Partnerwohnung** (BSG 19.9.2008 - B 14 AS 64/07 R)
- **Verlust der Ausstattungsgegenstände** nach **Wohnungsbrand** (BT-Dr. 15/1514, 60, vgl. BSG 19.08.2010 - B 14 AS 36/09)
- **Wohnungsausstattung** und **Bekleidung** nach **Haftentlassung**, auch wenn diese schon mal vorhanden waren und die Einlagerung der Möbel während der Haft nicht möglich war (BSG 23.3.2010 - B 14 AS 81/08 R; BSG 13.4.2011 – B 14 AS 53/10 R, BT-Dr. 15/1514, 60)
- **Ausstattungsbedarfe** nach **Wohnungsaufgabe** wegen **Alkoholerkrankung** (BSG 19.8.2010 – B 14 AS 36/09) oder **Wohnungsaufgabe** in der Folge einer **psychischen Erkrankung** (LSG NRW 19.9.2011 - L 19 AS 12/11 B)

Erstmalige und wiederholte Anschaffung aufgrund besonderer Umstände

Beispiele für Erstausrüstungsbedarfe an Hausrat:

- **bei Zuzug aus dem Ausland**, wenn kein Hausrat mitgenommen werden konnte (BSG 27.9.2011 - B 4 AS 202/10 R)
- Wohnungsausstattungsbedarf anlässlich der Wahrnehmung des **Umgangsrechtes oder der Rückkehr eines Kindes** vom anderen **Elternteil, Heim** oder **Pflegefamilie**
- bei **Wechsel** aus möblierter in **unmöblierte Wohnung**, Erstausrüstung können auch **einzelne**, bisher nicht besessene Gegenstände sein (BSG 23.5.2013 - B 4 AS 79/ 12 R)
- **nach Aufenthalt im Frauenhaus** (BSG 23.5.2012-B 14 AS 156/ 11 R; LSG NRW 13.7.2011- L 12 AS 2155/10)
- bei **Vermüllung** und **Verwahrlosung** einer Wohnung (SG Bremen 2.3.2010 - S 23 AS 257/10 ER)
- **Ausstattungsbedarfe** nach **Wohnungslosigkeit** (BSG 24.2.2011 - B 14 AS 75/10 R; BSG 19.8.2010 – B 14 AS 36/09 R)
- bei Neubezug einer Wohnung **nach der Unterbringung in einer Einrichtung** (Rili Frankfurt „Abweichende Erbringung von Leistungen“ v. 24.8.2011)
- **Möbelverlust bei Zwangsräumung** durch Gerichtsvollzieher oder Vermieter (Rili Frankfurt „Abweichende Erbringung von Leistungen“ v. 24.8.2011)
- Erstausrüstungsbedarfe nach **Wasserschaden** oder **Ungezieferbefall** (Rili: Erstausrüstung Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten Stadt Remscheid v. 1.7.2017, Rili JC Lübeck Drs. 0142/2016)
- Die Hausratsgegenstände müssen nicht mehr vorhanden sein, **auf den Grund des Verlustes** der Sachen, insbesondere vorwerfbares Verhalten, **kommt es nicht an**. Das Bedarfsdeckungsprinzip gebietet eine **bedarfsorientierte Betrachtung des Anspruchs** auf eine Wohnungsausstattung (SG Reutlingenn 14.11.2016 – S 7 AS 449/16)

Beispiele für Erstausstattungsbedarfe an Hausrat:

- Der **Erstausstattung gleichzustellen** ist die Anschaffung von notwendigem Hausrat, wenn bisherige Möbel **aufgrund eines vom JC veranlassten Umzuges** unbrauchbar oder nicht vorhanden oder nur zur Nutzung überlassen waren (z.B. Einbauküche oder möbliert vermietete Räume) geworden sind (BSG 1.7.2009 – B 4 AS 77/08 R)
- Analog des BSG Urteils zum „Jugendbett“ für ein Kind, was dem "Kinderbett" entwachsen ist, (BSG 23. 5.2013 - B 4 AS 79/12 R) der **Anspruch auf einen Schülerschreibtisch** (LSG BB 15.02.2012 – S 174 AS 28285/11 WA)
- Wurde ein **Möbelstück vom Sperrmüll** angeschafft, vorliegend ein Kinderbett, steht dieses dem **Anspruch auf Erstausstattung nicht entgegen**, da davon auszugehen ist, dass dieses nicht den grundlegenden Bedürfnissen genügt (LSG NRW 29.8.2013 - L 19 AS 999/13 B)

Kleiner Hinweis: Kommt es von Versicherungen oder Schädigern zu Zahlungen wegen Wertersatz für die Entziehung oder Beschädigung eines zuvor besessenen Vermögensgegenstandes, sind diese **nicht als Einkommen zu berücksichtigen**. Mit einem solcher Wertersatz erhält der ALG II-Empfänger keinen Wert hinzu, den er nicht vorher schon besessen hatte (BSG 9.8.2018 - B 14 AS 20/17 R).

Ein **fahrlässiges Verhalten** im Zusammenhang mit dem Verlust der Wohnungsausstattung steht dem Anspruch aufgrund außergewöhnlicher Umstände nicht entgegen (BSG 27.9.2011 - B4 AS 202/10 R).

Außergewöhnlicher Umstand bei Bekleidung

- Als außergewöhnlicher Umstand können auch Bekleidungsbedarfe angesehen werden, wenn diese aufgrund starker Gewichtszunahme oder -abnahme entstehen (LSG HH 27.10.2011 - L 5 AS 342/10).
- Außergewöhnlicher Bekleidungsbedarf wegen Übergröße oder -gewicht ist als **Härtefall-mehrbedarf** nach § 21 Abs. 6 SGB II zu erbringen.

Erstmalige und wiederholte Anschaffung aufgrund besonderer Umstände

Erstausstattung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräte (§ 24 Abs. 3 Nr.1 SGB II -E)

Geldleistung vorrangig

Die Erstausstattung kann als **Sach- oder Geldleistung** gewährt werden (§ 24 Abs. 3 S. 5 SGB II). **Geldleistung hat Vorrang** (LPK SGB II, 6. Aufl., § 24 Rn 16; Eicher/Luik 4. Aufl. § 24, Rn 60), Sachleistungsgewährung ist **tendenziell diskriminierend** (LPK SGB II, 6. Aufl., § 4 Rn 9).

Der Geldleistungsanspruch kann auch über das **Wunschrecht** (nach § 33 S. 2 SGB I) **be-gründet** werden. Er ist immer angemessen, da der Betroffene **diskriminierungsfrei** auf dem allgemeinen Markt und unter **Nutzung von Sonderangeboten und privaten Verkäufen** seinen Bedarf decken können muss (VG Stuttgart 24.1.2002 - 8 K 40/01). Der Verweis auf nur einen Anbieter stellt zudem einen **Verstoß gegen das Wettbewerbsgesetz** dar.

In der Regel neu oder neuwertig

Es sind bei der Gewährung von Erstausstattungsgegenständen hohe Anforderungen an die Qualität zu stellen, das heißt: **in der Regel neu oder neuwertig**.

Bei reiner Gebrauchtgewährung wird zukünftiger Hilfebedarf produziert, dies läuft den Leistungsgrundsätzen zuwider: SGB II-Leistungen **sind darauf auszurichten**, dass Hilfebedürftigkeit **vermieden, reduziert und verringert** wird (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 SGB II). Durch die Gewährung von **gebrauchtem Schrott wird Hilfebedürftigkeit aber „produziert“**, sei es durch Darlehen bei unabweisbarem Bedarf und erhöhte Energieabrechnungen.

Sofortige Bedarfsdeckung

Der **Anspruch** auf Deckung des Bedarfs **besteht ab Antragstellung** (§§ 40, 41 SGB I), wochen- oder monatelanges Warten und **Verweis auf regionale Vergaberichtlinien** ist **willkürlich und rechtswidrig** (§ 31 SGB I). Besteht ein akuter Bedarf, hat die Behörde dafür Sorge zu tragen, **dass er sofort gedeckt wird**.

Erstausstattung: Hausrat

Erstausstattung hat bedarfsdeckend zu sein.

Die Erstausstattungsbedarfe können „auch in Form von Pauschalbeträgen erbracht werden. Bei der Bemessung der Pauschalbeträge sind geeignete Angaben über die erforderlichen Aufwendungen und nachvollziehbare Erfahrungswerte zu berücksichtigen“ (§ 24 Abs. 3 S. 5 + 6 SGB II).

Das bedeutet:

- Es ist daher zu empfehlen, **nicht** eine Erstausstattungs**pauschale** zu beantragen, sondern eine **Liste an einzelnen Bedarfsgegenständen**.
- Bewilligt die Behörde nur die Pauschale, könnte dagegen in Widerspruch gegangen werden und um jeden einzelnen Gegenstand und die Höhe des Betrages gestritten werden.
- Es gilt auch im SGB II: mit der Leistung soll das **soziokulturelle Existenzminimum** eines Leistungsempfängers in der Umgebung von Nichtleistungsempfängern, orientiert an den unteren Einkommensschichten, sichergestellt werden (Art 1 GG [Menschwürde]; Art. 20 GG [Sozialstaatsgebot]. „**Der Staat hat die Mindestvoraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben zu sichern**“ [BVerfG 21.5.1990, BVerfGE 82, S. 60 [80]]).
- Die Behörde **kann, muss aber nicht, eine Pauschale gewähren**. Eine Gewährung der Pauschale **ohne Ermessensabwägung ist ermessensfehlerhaft** und macht sie somit **rechtswidrig**.
- Die Behörde hat (auf Antrag) die **Aufschlüsselung der Pauschale darzulegen**. Dies ergibt sich aus den Begründungspflichten der § 24 Abs. 3 S. 6 SGB II und § 35 Abs. 1 SGB X.
- Ist mit der gewährten Leistung der **Bedarf nicht zu decken**, hat die Behörde den einzelnen Betrag/die Pauschale **bedarfsdeckend aufzustocken**. Das ergibt sich aus dem **Einzelfallgrundsatz** (§ 33 SGB I), dem **Sozialstaatsgebot** (Art. 20 GG) und dem **Rechtsanspruch** auf die Leistung.

Das JC hat **keine Möglichkeit, die Bewilligung** von Erstausstattungsbedarf bei nicht zweckentsprechender Verwendung **zu widerrufen**. Das Verlangen, **Quittungen vorzulegen, ist rechtswidrig** (SG Bayreuth 14.8.2019 - S 9 AS 602/18 und S 98 AS 805/18; SG Gießen 6.7.2015 – S 25 AS 607/12). Siehe Weisung:

<https://t1p.de/qpx7>

Erstausstattung Hausrat

Die Erstausstattungsbedarfe können „auch in Form von Pauschalbeträgen erbracht werden. Bei der Bemessung der Pauschalbeträge sind geeignete Angaben über die erforderlichen Aufwendungen und nachvollziehbare Erfahrungswerte zu berücksichtigen“ (§ 24 Abs. 3 S. 5 + 6 SGB II).

Bundesweite Beispiele, in welcher Höhe Pauschalen für Erstausstattung für eine Person gezahlt werden:

• Landkreises Bautzen	<u>bis zu</u>	600,- EUR
• Landkreises Wittenberg		760,- EUR
• Landkreises Mittelsachsen		800,- EUR
• Hamburg		809,- EUR
• Landkreis Leipzig		880,- EUR
• Annaberg – Buchholz		950,- EUR
• Bremen		1.003,- EUR
• Wuppertal		1.170,- EUR
• Berlin		1.189,- EUR
• Stadt Dessau-Roßlau		1.320,- EUR
• Landkreises Zwickau		1.471,- EUR
• Essen		1.700,- EUR
• Erfurt		1.800,- EUR
• Wetteraukreis		2.060,- EUR

Im „Bayerischen Zuschussprogramm zur Behebung der vom Hochwasser verursachten Schäden“ wurden bei komplettem Hausratverlust ein Zuschuss von **13.000 €** und für den Partner **weitere 8.500 €** gewährt (Nr. 7 lit b), 29. Juli 2013 Nr. II-C1-4770-004/13).

Auch **Ein-Personen-Haushalte** haben Anspruch auf eine **Waschmaschine**, auf die Nutzung eines Waschalons muss sich der Antragsteller nicht verweisen lassen (SG Dresden v. 10.10. 2014 - S 20 AS 5639/14 ER; LSG NSB v. 27.05.2014 – L 11 AS 369/11).

Erstausstattung an Bekleidung

Erstausstattungsbedarf

Es besteht ein Anspruch auf erstmalige Ausstattung, diese ist nicht von der Regelleistung umfasst, er beinhaltet:

- Erstausstattung für **Bekleidung** und Bedarfe bei **Schwangerschaft** und **Geburt** (§ 24 Abs. 3 Nr. 2 SGB II).
- **Anschaffung** und **Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparatur und Miete von therapeutischem Gerät und Ausrüstungen** (§ 24 Abs. 3 Nr. 3 SGB II).

Erstausstattung für Bekleidung

⇒ Es besteht ein **Anspruch auf Grundausrüstung an Bekleidung**. Diese muss so bemessen sein, dass ein **mehrfaches Wechseln der Kleidung innerhalb einer Woche möglich ist**, zumal infolge von Krankheiten, Schwäche, Unfall, Arztbesuch oder Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen **eine zusätzliche Wechselerfordernis eintreten kann**. Dabei kann sich an den Empfehlungen des Deutschen Vereins orientiert werden (LPK-SGB II, 6. Aufl., § 24 Rn 33).

- ⇒ **Kinderkleidung** im Wachstumsalter sind **von der Regelleistung umfasst** und sind nicht als Erstausstattung nach § 24 Abs. 3 Nr. 2 SGB II zu gewähren, noch fallen sie unter die Härtefallregelung des BVerfG (BSG 23.3.2010 - B 14 AS 81/08 R).
- ⇒ Ein Erstausstattungsanspruch auf Bekleidung kann auch bei **erheblichen Gewichtsschwankungen** in Frage kommen (BSG 23.3.2010 - B 14 AS 81/08 R).
- ⇒ **Erstausstattung bei Schwangerschaft und Geburt ist bedarfs- und anlassbezogen** auszulegen. Der Anspruch besteht **anlässlich jeder** Schwangerschaft und Geburt. Fristenpläne der Behörde, Schwangerschaftsbekleidung und Kinderbedarfe hätten beispielsweise vier Jahre aufbewahrt zu werden, entbehren einer Rechtsgrundlage.
- ⇒ **Rechtzeitige Gewährung:** "Die Pauschale für die Babyerstausrüstung **ist rechtzeitig zu gewähren**, so im **sechsten Monat** der Schwangerschaft (Eicher/Luik, 4. Aufl., § 24 Rn 111). Ich würde hier vertreten: irgendwann zwischen der 13. – 24. Woche.

Weitere nicht von den Regelbedarfen umfasste Bedarfe:

- **Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen, Reparatur und Miete von therapeutischem Gerät und Ausrüstungen** (§ 24 Abs. 3 Nr. 3 SGB II/ § 31 Abs. 3 SGB XII).

Anschaffung und Reparaturen von orthopädischen Schuhen

- Orthopädische Schuhe fallen unter die Hilfsmittel i.S.v. § 33 SGB V, danach sind orthopädische Schuhe Hilfsmittel und Bekleidung zugleich. Der Hilfsmittelanteil ist von der Krankenkasse und der Bekleidungsanteil nunmehr vom JC zu übernehmen. Das beinhaltet Erstversorgung, Ersatzbeschaffung und Reparatur von orthopädischen Straßenschuhen, Hausschuhen, Sport- und Badeschuhen, sowie Interimsschuhen.

Reparatur und Miete von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen

- Sind therapeutische Geräten und Ausrüstungen („Gegenstände, die im Einzelfall erforderlich sind, um den Erfolg der Krankenbehandlung zu sichern, einer drohenden Behinderung vorzubeugen oder Behinderung auszugleichen“) im Besitz eines Leistungsbeziehers (das können auch geschenkte oder eingekaufte Geräte sein) und müssen diese repariert werden und werden die Kosten nicht von Dritten übernommen, sind die Kosten vom JC zu übernehmen. Es sind die tatsächlichen Kosten ohne Beschränkung auf einen Höchstbetrag zu übernehmen (Eicher/Luik, 4. Aufl., § 24 Rn 121), entsprechend auch Mietkosten für Brillen u.ä.

→ → → **Auf Brillenreparatur besteht ein Übernahmeanspruch (durch das JC/Sozialamt)!**



Brillen gehören zu therapeutischen Geräten, **Reparaturkosten** sind daher **in tatsächlicher Höhe vom JC zu übernehmen**. Unter Reparatur (von lateinisch „reparare“ bedeutet: wiederherstellen bzw. Instandsetzung) wird der Vorgang verstanden, bei dem ein defekter Gegenstand in den ursprünglichen, funktionsfähigen Zustand zurückversetzt wird. Reparatur liegt ohne Zweifel dann vor, wenn das Gestell kaputt geht und repariert wird oder wenn z.B. nach einem Sturz das Glas zerbrochen ist und nun ein Ersatzglas eingesetzt werden muss (BSG 25.10.2017 - B 14 AS 4/17 R). Sehstärkeänderungen stellen keine Reparatur dar (LSG NRW 07.08.2014 – L 7 AS 269/14). Es sind die tatsächlichen Kosten zu übernehmen (Eicher/Luik, 4. Aufl. § 24, Rn 121).

→ Das wird vom BVerfG (BVerfG 23.7.2014 – 1 BvL 10/12 u.a.) unterstützt, da Gefahr der Unterdeckung <RN120> wegen fehlender, anderweitiger Anspruchsgrundlage im SGB V.

Unabweisbarer Bedarf/Ersatzbeschaffung

Kann im Einzelfall ein **einmaliger**, von der **Regelleistung umfasster** Bedarf (§ 20 Abs. 1 SGB II), der nach den Umständen **unabweisbar ist**, weder durch **Vermögenseinsatz** (§ 42a Abs. 1 SGB II) noch **auf andere Weise** gedeckt werden, **erbringt** die Behörde diese als **Darlehen**. Das Darlehen ist in Höhe von **10 %** der maßgeblichen RB's aller Darlehensnehmer aufzurechnen (§ 42a Abs. 2 SGB II).

Ein Darlehen nach § 24 Abs. 1 SGB II umfasst:

- Ernährung
- Kleidung
- Körperpflege
- Hausrat
- Haushaltsenergie (ohne Anteile f. Heizung und Warmwasser)
- persönliche Bedürfnisse
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

- **Abgrenzung einmaliger/laufender Bedarf:** Zunächst muss es sich um einen **einmaligen** und **vom RB umfassten Bedarf** handeln. Bei laufenden, bzw. dauerhaften Bedarfen (d.h. mehr als einmal im Bewilligungsabschnitt anfallenden Bedarfen) **ist** der **Mehrbedarf** (nach § 21 Abs. 6 SGB II) **auf Zuschussbasis** zu gewähren.
- **Von der Regelleistung umfasste Bedarfe** sind insbesondere **Lebensunterhalt** (dringender **Vorschussbedarf** z.B. bei Geldverlust), **Kleidung** (verschlissene Bekleidung), **Hausrat** (defekte Waschmaschine, Bett), **Haushaltsenergie** (Jahresabrechnung Strom des Energieversorgers/keine Schulden), **Bedarfe des täglichen Lebens** (einmaliger medizinischer Bedarf), **Beziehungen zur Umwelt** (Telefon, Fernseher [BSG 14.2.2011 - B 14 AS 75/10 R]) oder **Computer/Internet** („Internet von zentraler Bedeutung für die Lebensführung“ (BGH 24.1.2013 - III ZR 98/12). Kinder und Jugendliche haben einen **eigenen Anspruch!** nach § 21 Abs. 6 SGB II. (→ Folie 61).
Das BSG hat mit den Urteilen vom 08.05.2019 eine Öffnungsklausel geschaffen und bestimmt, dass zusätzliche Bedarfe, die in den Anschaffungskosten **einmalig anfallen**, aber **als Bedarf fortlaufend bestehen**, auch **vom Härtefallmehrbedarf** (nach § 21 Abs. 6 SGB II) **gedeckt** sind (BSG 8.5.2019 - B 14 AS 6/18 R und B 14 AS 13/18 R). Das bedeutet: auf **Zuschussbasis ohne Rückzahlpflicht zu gewähren** sind.

Überblick Darlehen im SGB II

Mietkaution u. Genossenschaftsanteil	§ 22 Abs. 6 S. 3 SGB II
bei Miet- oder Energieschulden und drohendem Wohnraumverlust	§ 22 Abs. 8 SGB II
bei unabweisbarem Bedarf für von der Regelleistung umfasste Bedarfe	§ 24 Abs. 1 SGB II
bei zu erwartendem Einkommen bis Monatsende bei vorzeitigem Verbrauch einer einmaligen Einnahme	§ 24 Abs. 4 S. 1 SGB II § 24 Abs. 4 S. 2 SGB II
bei Instandhaltung und Reparatur von Wohneigentum	§ 22 Abs. 2 S. 2 SGB II
bei nicht bereitem Vermögen oder bei besonderer Härte → Fälligkeit bei erfolgter Verwertung des Vermögens (§ 42a Abs. 3 SGB II)	§ 24 Abs. 5 SGB II
bei Selbstständigen für Sachmittel	§ 16c Abs. 1 SGB II
für Auszubildende in Härtefällen → Fälligkeit nach Beendigung der Ausbildung (§ 42a Abs. 5 SGB II)	§ 27 Abs. 3 S. 1 SGB II
für den Monat der Aufnahme einer Ausbildung	§ 27 Abs. 3 S. 4 SGB II
vorfällige Leistungen (als besondere Art von Darlehen) auf die Leistungen des nächsten Monats in Höhe von bis zu 100 EUR je leistungsberechtigte Person	§ 42 Abs. 2 SGB II

Alle Darlehen bis auf Ausnahme des Azubi-Darlehen und nicht verwertbarem Vermögen sind im Hilfebezug fällig (§ 42a Abs. 5 SGB II).

Zulässigkeit von zeitgleichen Aufrechnungen und Sanktionen



Weder durch Aufrechnung, Sanktionen oder öffentlich-rechtliche Verträge noch durch Verzichtserklärungen darf die 30%-Schallgrenze der Existenzunterschreitung rechtlich zulässig unterschritten werden.

Dahingehende Verträge + Verzichtserklärungen **sind unwirksam** (§ 53 Abs. 1 S. 1 SGB X, § 46 Abs. 2 SGB I).

Sanktionen oberhalb 30% des RB durch Urteil des BVerfG vom 05. November 2019 - 1 BvL 7/16 derzeit gestrichen

Rückwirkungszeiträume eines Überprüfungsantrages nach § 44 SGB X

„Soweit sich im Einzelfall **ergibt**, dass bei Erlass eines Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden ist, der sich als unrichtig erweist, und soweit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht **nicht erbracht** oder **Beiträge zu Unrecht erhoben** worden sind, **ist** der Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung für die Vergangenheit zurückzunehmen“ (§ 44 Abs. 1 SGB X).

→ Sinnvollerweise sollte, das „sich Ergeben“ durch einen Antrag auf Überprüfung „Überprüfungsantrag“ ausgelöst werden. Daraus ergibt sich die behördliche Pflicht, den rechtswidrigen, **bestandskräftigen** Bescheid zu korrigieren.

Fristen zur Korrektur

Allgemeines Sozialrecht:

→ Zu Unrecht **nicht erbrachte Leistungen**: **vier Jahre rückwirkend** (§ 44 Abs. 4 SGB X).

→ Zu Unrecht **erhobene Beiträge**: bis zur Verjährung der Forderung *

Die Frist beginnt immer mit Anfang des Jahres, in der das Ergeben der Rechtswidrigkeit stattgefunden hat, bzw. der Antrag gestellt wurde. Also von Jan. des aktuellen Jahres auf bis Jan. vor vier Jahren (§ 44 Abs. 4 S. 2 SGB X).

Grundsicherungssonderrecht (SGB II, SGB XII und AsylbLG):

→ Zu Unrecht **nicht erbrachte Leistungen**: **ein Jahr rückwirkend** (§ 40 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 SGB II, § 116a S. 1 Nr. 2 SGB XII).

→ Zu Unrecht **erhobene Beiträge für Bescheide, die bis zum 31. Juli 2016 erlassen wurden** weiterhin **bis zur Verjährung** (BSG 14.5.2020 – B 14 AS 10/19 R), bei ab dem 1. Aug. 2016 erlassene Bescheide **vier Jahre** (§ 40 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 SGB II, § 116a S. 1 Nr. 1 SGB XII).

Zu Unrecht nicht erbrachte Leistungen sind im SGB II **auch nach Beendigung** des Leistungsbezuges zu erbringen, denn ein Überprüfungsantrag „setzt **keine bis zum Abschluss des Überprüfungsverfahrens durchgehend bestehende Hilfebedürftigkeit voraus**“ (BSG 4.4. 2017 - B 4 AS 6/16 R). Bei Leistungen nach dem 3. Kapitel des SGB XII und im AsylbLG wird in der Rechtsprechung eine ununterbrochene Hilfebedürftigkeit gefordert (BSG 29.9.2009 - B 8 SO 16/08 R).

* Das BSG hat jüngst entschieden, dass es zur **Verhinderung der Verjährung** eines Durchsetzungsbescheides im Sinne des § 52 Abs. 2 SGB X bedarf, sonst ist ein Erstattungsbescheid nach vier Jahren verjährt (BSG 4.3.2021 – B 11 AL 5/20 R). Ein Mahngebührenbescheid ist kein solcher Durchsetzungsbescheid.

Abkürzungsverzeichnis in den Folien

BA	Bundesagentur für Arbeit
BG	Bedarfsgemeinschaft
BSG	Bundessozialgericht
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BuT	Bildung und Teilhabeleistungen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BWZ	Bewilligungszeitraum
DPWV	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
eBO	Bürger- und Organisationenpostfach
EGVP	elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach
FW	Fachliche Weisungen zum SGB II der BA
iVm	in Verbindung mit
KdU	Kosten der Unterkunft
Kiz	Kinderzuschlag
LSG BaWü	LSG Baden-Württemberg
LSG Bay	Landessozialgericht Bayern
LSG BB	LSG Berlin – Brandenburg
LSG MV	Landessozialgericht Mecklenburg-Vorpommern
LSG NRW	Landessozialgericht NRW
LSG NSB	Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen
LSG SH	Landessozialgericht Schleswig-Holstein
MB	Mehrbedarf
MOG	Mietobergrenze
RiLi	Richtlinie
Rn	Randnummer
RS	Regelsatz
Rspr	Rechtsprechung
Ü-Antrag	Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X
WoGG	Wohngeld

Werbung in eigener Sache

Abschließend möchte ich noch Werbung in eigener Sache machen, ich bin Herausgeber zusammen mit Matthias Butenob, Volker Gerloff, Helge Hildebrandt, Inge Hannemann, Annette Höpfner, Frank Jäger, Lars Johann, Uwe Klerks, Claudia Mehlhorn, Volker Mundt, Joachim Schaller, Sven Schumann, Claudius Voigt und meiner Person Autor des „Leitfaden ALG II / Sozialhilfe von A-Z“.

Diesen kann und möchte ich natürlich für die aktuelle Beratungspraxis empfehlen. Laut Spiegel ist er das „Standardwerk für Arbeitslosengeld II-Empfänger“. Für Betroffene und deren Berater ist er ein fundierter Ratgeber, er befähigt und ermutigt zur rechtlichen Gegenwehr. Mit dem Leitfaden wollen wir auch Mut machen, sich gegen Sozialabbau und Lohndumping zur Wehr zu setzen.

Der aktuelle Leitfaden ist im April 2021 erschienen.

Mediadaten:

Leitfaden für Alg II / Sozialhilfe von A-Z

Autoren: Harald Thomé und andere

Umfang: 900 Seiten

Stand: 31. Auflage, Februar 2021

ISBN: ISBN: 978-3-932246-68-5

Preis: ca. 19 € inkl. Versand innerhalb Deutschlands

Bestellungen über den Verlag:

online: www.dvs-buch.de

per Fax: 069 / 74 01 69

per Brief: DVS Verlag
Schumannstr. 51
60325 Frankfurt

Der Versand erfolgt gegen Rechnung.



Werbung in weiterer Sache: Der Verein Tacheles betreibt ein Adressverzeichnis mit bundesweiten Beratungsstellen, Rechtsanwälten, Betroffeneninitiativen und sonstigen Organisationen die im Bereich der SGB II/SGB XII/SGB III sozialrechtliche Beratung anbieten. Darauf möchte ich hinweisen, sich dort einzutragen und dieses Angebot zu nutzen. Das Tacheles Adressverzeichnis ist zu finden unter:

<http://tacheles-sozialhilfe.de/adressverzeichnis/>

Ein paar Anmerkungen zu meinen Folien

Ich veröffentliche mein Skript, weil ich Aufklärung über die Details von Hartz IV geben möchte. Detaillierte Kenntnis und Information ist die Voraussetzung dafür, dass die über 6 Mio. Millionen Hartz IV–Leistungsbezieher und ihre Berater*inn konkreter verstehen was und warum das mit Ihnen passiert und auch dafür, um für demokratische Rechte zu kämpfen und der Entrechtung durch Hartz IV entgegenzutreten. **Denn nur wer seine Rechte kennt, kann dafür kämpfen!**

Das Sozialrecht war davon geprägt das „**soziale Rechte sind weit auszulegen sind**“ (§ 2 Abs. 2 SGB I), heute gibt es im SGB II/SGB XII fast nur noch **Sonderrecht**, also ein Gesetz in denen das Sozialrecht des SGB I/SGB X nicht mehr gilt.

Mir liegt es am Herzen, dass durch dieses Land ein starker Ruck geht, der sich gegen die völlige Demontage sozialer Sicherungssysteme und demokratischer Rechte wendet. Druck auf der Straße und solidarisches Handeln in den Behörden ist entscheidend. Auch entscheidend dafür, sich gegen „abendländische“ Verblendung, Rassismus und Idiotismus, Pegida und AfD genannt, zu wenden aber auch dagegen das durch dieses Land nicht ein „brauner“ neofaschistischer Ruck geht, der statt der staatlichen neoliberalen Politik die Nichtdeutschen und die Erwerbslosen zu Sündenböcken erklärt. **Der Kampf gegen Armut, Entrechtung und für Umverteilung und Menschenrechte ist untrennbar miteinander mit der Solidarität mit Geflüchteten verbunden.** Zu den Grundrechtseinschränkungen wegen Corona ist zu sagen, liebe Leute schaltet das Hirn ein gegen irgendwelche Verschwörungstheoretiker und **man geht nicht mit Rassisten, Antisemiten und Nazis zusammen auf die Straße!**

Eine weitere Etappe ist die Auseinandersetzung in den Gerichtssälen. Dafür sind viele mutige Betroffene und engagierte Organisationen und Anwälte nötig. Auch hier wird die ein oder andere Schweinerei von Hartz IV in akribischer Kleinarbeit zerlegt werden müssen. Beratungsstellen und Anwälte finden Sie im Netz unter: www.my-sozialberatung.de

Diese Folien können und sollen in der Öffentlichkeit für nicht kommerzielle Zwecke genutzt werden. Ich bitte selbstverständlich um Hinweis darauf, dass diese von mir sind.

Kommerzielle Nutzung, also Nutzung für Anlässe, bei denen andere Gelder zahlen müssen, ist nicht zugelassen und/oder im Einzelfall mit mir abzusprechen.

Vor dem Hintergrund, dass ich hauptberuflich von Seminaren und Vorträgen lebe, begrüße ich es natürlich, wenn ihr/Sie mich dazu einladet und ich diese selbst abhalten kann. Schön fände ich es, wenn für die Nutzung der Folien beispielsweise der Verein Tacheles einen kleinen Obolus bekommen könnte (Konto-Nr. auf der Tachelesseite unter „Spenden“).

Außerdem möchte ich mich noch bei den Vielen bedanken, die mir Rückmeldungen und Anmerkungen zu meinen bisherigen Folien gegeben haben. Ebenfalls bedanken möchte ich mich all jenen, bei denen ich den ein oder anderen Gedanken und die ein oder andere Formulierung entleihen konnte.

Wie üblich, ist diese Foliensammlung wiederum nur ein Provisorium. Da ich im Tacheles in der laufenden Beratung involviert und in einer Vielzahl von Projekten, bis hin zuletzt das Verfahren zu den Sanktionen beim Bundesverfassungsgericht eingebunden bin und zudem alle paar Monate ein neues „SGB II-Änderungsgesetz“ durchgepeitscht wird, ist es einfach nicht möglich alle Änderungen sofort in neue Folien umzusetzen.

Daher müssen sich alle mit diesem fortlaufenden Provisorium zufrieden geben.

Abschließend möchte ich noch auf die Seite des Vereins Tacheles e.V. verweisen und natürlich auf meine eigene als Referent für Arbeitslosen- und Sozialrecht.

www.tacheles-sozialhilfe.de

www.harald-thome.de

